

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-  
 Anstalt. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 26 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 6 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 11. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Kampf in der Elektro-Industrie.

### Unseren Feinden!

Der Niesenkampf, der sich gegenwärtig in der Elektro-Industrie von Berlin und Umgegend abspielt und möglicherweise in Wälde sich auf die gesamte Berliner Metallindustrie ausdehnt, wenn das Unternehmertum seinen brutalen Instinkten gegen die Arbeiterklasse folgt, hat bis jetzt für die Sozialdemokratie große Vorteile gezeigt.

Dieser Kampf hat auch dem kurzschichtigsten und vertrauensseligsten Arbeiter, der noch an eine gewisse Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, das heißt zwischen Unternehmer und Arbeiter glaubte, ein Licht aufgesteckt, wie es die beste sozialdemokratische „Gehebe“ nicht besser ihm auflecken konnte.

Was sehen wir? Nahe an 500 Arbeiter (Schraubendreher und Lagerarbeiter) fordern von ihren Unternehmern eine Lohnerhöhung, die auch der rigorosste Prognostiker nicht als unbeschöndet ansehen kann. Darauf erklären die Unternehmer beziehungsweise ihre geistigen Handlanger, die Fabrikleiter, daß sie eine solche Forderung nicht bewilligen wollen und daß, wenn die Arbeiter nicht sofort die mittlerweile hingelegte Arbeit wieder aufnehmen und zwar zu den alten Bedingungen, sie ihre gesamten Arbeiter aufs Pflaster werfen würden.

Siehe, getan! Da die streikenden 470 Arbeiter, wie sich von selbst verstand, sich einer solchen schamlosen Zustimmung nicht fügten, müssen heute 40 000 Arbeiter, die an dem Streik gänzlich unbeteiligt sind, für sie mitbüßen und sind mit ihren Familien dem Elend der Verdienstlosigkeit preisgegeben.

Wir fragen jeden ehrenhaften Menschen: kann es einen gewalttätigeren, rücksichtsloseren und ungerechteren Standpunkt geben, als ihn hier die Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber einnehmen?

Über 40 000 Arbeiter werden mit der Freigabe ihrer Existenz bestraft, weil einige hundert Arbeiter ihre berechtigten und bescheidenen Forderungen nicht auf ein Nachtgebot der Unternehmer aufgeben und wie geprügelte Hunde zu Arenz kriechen wollen.

Man muß sich diese wenigen nackten Tatsachen vergegenwärtigen, um die Ungeheuerlichkeit der Zustände, unter denen wir leben, zu begreifen.

Aber nicht genug damit. Wollen die ausgesperrten Arbeiter nicht bis zum 14. d. M. wie reuige Sünder in die kapitalistischen Bagnos zurückkriechen, so sollen weitere 20 000 Menschen aufs Pflaster stiegen und mit ihren Familien ebenfalls der Verdienstlosigkeit, d. h. dem Hungern preisgegeben werden.

In welchen Zuständen und in welchem Zeitalter leben wir? Weil es einer kleinen Handvoll ungeheuer reicher Leute, die aus der Arbeitskraft ihrer Arbeiter Jahr für Jahr Tonnen roten Goldes erpressen, beliebt, einigen hundert Arbeitern eine kleine Lohnerhöhung zu verweigern, die ihre Profitrate nicht um ein Viertel Prozent kürzte, werden weiter Zehntausende von Arbeitern, die mit ihren Familienangehörigen die Bevölkerung einer respektablen Großstadt bilden, zum Hungern verurteilt.

Car tel est nostre plaisir! (Das ist so unser Vergnügen!) sagten die absoluten Könige des Regims vor der großen Revolution.

Diese kleine Handvoll Großkapitalisten schädigt selbstverständlich mit der Durchführung ihres Herrenstandpunktes zunächst auch Tausende von Mittelstandsleuten auf das allerschwerste. Denn mit den hungernden Arbeitern und ihren Familien müssen büßen die Wohnungsvermieter, die Krämer und Kaufleute, Wirte, Schneider, Schuhmacher usw. usw., mit einem Wort die kleinen selbständigen Existenzen, die von dem Arbeitsverdienst der ausgesperrten 40 000, nächstens vielleicht der 60 000 Arbeiter leben.

Und da die Regierung, wie sich das für eine Regierung, die namentlich auf das Wohl ihrer reichen Untertanen bedacht sein muß, von selbst versteht, die Proben in der Elektro-Industrie unterstützt, so können sich diese tausende kleiner Geschäftsleute bei dieser Regierung, die auch besonders die Mittelstandsretterei betreiben will, bedanken.

Außen wir also fröhlichen Herzens: Noch lebe die Mittelstandsretterei! Die allerdings an diesem Berliner Vorgang gemessen als der reinste Humbug erscheint.

Aber noch andere Lehren lassen sich aus diesem Niesenkampfe ziehen, Lehren, die nicht den Magnaten in der Elektro-Industrie und ihren Internen in der Regierung zugute kommen, sondern der von beiden aufs äußerste gehetzten Sozialdemokratie.

Ein Charakteristikum dieses Niesenkampfes ist, daß die gesamte bürgerliche Presse Berlins, von der „Vossischen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ bis zur „Nordd. Allg. Ztg.“, der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuzzeitung“ auf Seiten der Unternehmer steht.

Als es sich um die Arbeiterzustände in Hamburg, Crimmitschau, der Ruhrgebiete usw. handelte, stand die Berliner Presse weit vom Schuß, d. h. ihre kapitalistischen Interessen wurden von jenen Arbeiterzuständen nur wenig berührt, und so sah es sehr schön aus, daß ein Teil derselben in Arbeiterfreundlichkeit machte und den betreffenden Unter-

nehmern ins Gewissen redete ihren Arbeitern entgegenzukommen und sich mit ihnen zu verständigen.

Diesmal liegen aber die Dinge ganz anders. Bei der Aussperrung der Arbeiter in der Berliner Elektro-Industrie und verwandten Betriebe ist das gesamte Berliner Großkapital einschließlich der Eigentümer der bürgerlichen Presse direkt oder indirekt mit dem eigenen Geldbeutel engagiert. Wo aber die eigenen finanziellen Interessen der Presse oder ihrer Klientel in Frage kommen, da läßt sie die Maske des Liberalismus, der Arbeiterfreundlichkeit und des Christentums fallen und haut mit der ganzen Wut des in seinen Interessen bedrohten Kapitalisten auf die Arbeiter los und nimmt die Gewalttakte der Unternehmer in Schutz.

Auch das trägt dazu bei, einem weiteren großen Kreis von Leuten den Star zu stechen und sie über die wahren Gesinnungen der bürgerlichen Presse aufzuklären. Das kommt wieder der gehetzten Sozialdemokratie zugute.

Das weiß natürlich auch die gegnerische Presse und da sie sich der Erbärmlichkeit ihrer Rolle sehr wohl bewußt ist, so muß sie die Sachlage vor ihrer Leserschaft verdrehen und klagen und verdunkeln, daß die Walfen brechen. Und wie kann sie leichter ihre Stellungnahme rechtfertigen, als daß sie frech und dreist erklärt:

An dieser ganzen Skalamität sei wieder nur die Sozialdemokratie schuld; sie allein sei das Karüdel, das angefangen habe und nur um ihr Parteinteresse zu fördern, habe sie den Streik vom Saun gebrochen und das brave, harmlose Unternehmertum zu einem „Akt der Notwehr“ gezwungen.

In dieser verlogenen Weise schallt es unisono von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten der bürgerlichen Presse Berlins.

Allen voran das achselträgerischste Blatt der Berliner Presse, das sich liberal nennende „Berliner Tageblatt“, das in seiner Morgenausgabe vom 9. Oktober dieses Thema ganz besonders zu Lode reitet.

Das „Berliner Tageblatt“ heult darüber Ströme Strolchstränen, daß die armen von der Sozialdemokratie verführten Arbeiter die Besche begahnen müßten. Denn daß die Arbeiter in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe unterliegen, steht für das Moskische Kapitalistenblatt von vornherein fest.

Nachdem es die Hoffnung ausgesprochen, daß man hüben und drüben seine wahren Interessen werde kennen lernen, fährt das Moskische Blatt also heuchlerisch und verlogen fort:

„Auf der Arbeiterseite ist der Einfluß der Sozialdemokratie, die die Streiks und die Kriegserklärungen an die Unternehmer überhaupt aus parteipolitischen Gründen braucht, ein Hemmnis für diese Erkenntnis und auf der Seite der Arbeitgeber ist das gleiche der Fall. Solange die Arbeiter, wie jetzt in Berlin, Streiks im Interesse der Sozialdemokratie inszenieren werden, werden die bürgerlich fühlenden Unternehmer sich dagegen wehren, und mit Recht. Wenn aber die Arbeiterschaft die sozialdemokratischen Parteilinderschübe abgelegt haben wird, dann wird auch das Unternehmertum in dem Bewußtsein, daß die Arbeiter aus sachlichen, nicht aus parteipolitischen Gründen ihnen mit ihren Forderungen kommen, diese Forderungen mehr berücksichtigen als jetzt! Dann aber wird der Streik und die Aussperrung nicht, wie heute, das alltägliche Kampfmittel, sondern nur die ultima ratio sein, die ebenso selten in Anwendung kommen wird, wie die ultima ratio regum, die Kanone.“

Schade um jeden Tag, der diesem blöden Gewinnsel als Widerlegung gewidmet würde.

Die Sozialdemokratie hat — wie aus der Darstellung des Sachverhalts in diesem Artikel für jeden, der ehrlich ist, hervorgeht — mit dem Streik in der Berliner Elektro-Industrie genau so viel zu tun, wie das „Berliner Tageblatt“. Was sich auf diesem Gebiete in den letzten Wochen abspielte, hat die Sozialdemokratie und ihre Leitung auf demselben Wege erfahren wie das „Berl. Tageblatt“.

Aber wenn die Sozialdemokratie mit dem Streik und Massenanschluß in der Berliner Elektro-Industrie bisher nicht das geringste zu tun hat, ist damit nicht gesagt, daß sie auch künftig mit diesen Vorgängen und ihrer Konsequenzen nichts zu tun haben will.

Wir können den Rudolf Mosse, Rathenau und Genossen verraten, daß die gesamte Sozialdemokratie Deutschlands den jetzt hier in Berlin sich abspielenden Kämpfen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt und daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln in diesen Kampf eintreten wird — selbstverständlich zugunsten der schände mihandelten Arbeiter — sobald sie glaubt, daß die Stunde dazu gekommen ist.

Zunächst ist es Sache der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen, vor allen Dingen in Berlin, diesen Kampf im Interesse ihrer Angehörigen bis zum äußersten zu führen, und die Gewerkschaften werden ihren Ramm stellen. Das Weitere wird sich finden.

Eins aber mögen sich die Rathenau, Mosse und Genossen, mit einem Wort der ganze Berliner Kapitalistenklingel schon jetzt merken:

Wenn die Herren glauben, mit einem Kampfe gegen ihre Arbeiter, denen sie ihre Millionen verdanken, die Sozialdemokratie zu schädigen und zu schwächen, so irren sie sich: sie schädigen selbst dann nicht die Sozialdemokratie, sondern stärken sie nur, wenn die Arbeiter — was wir nicht glauben — in diesem Kampfe unterliegen sollten. Dafür haben die Rathenau und Genossen mit ihrer blöden Politik zu gut geforgt.

Wie diese Kapitalmagnaten Tausende von Mittelstandsleuten klar gemacht haben, daß nicht der Arbeiter, sondern das Proletariat in der Großindustrie ihr Todfeind ist, so haben sie auch schon jetzt durch ihre Massenaussperrung Zehntausende von Arbeitern klar gemacht, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern der Kapitalismus — gehören seine Träger zu den beschnittenen oder unbeschnittenen Mammonsbesitzern — der grimmigste Feind der Arbeiter ist.

Indem sie Zehntausende von Arbeitern auf die Straße werfen, einerlei ob es rote Sozialdemokraten oder patriotische Kriegervereiner, liberale Gewerkschaftler oder fromme Zentrumsanhänger sind, also ohne Rücksicht auf politische Gesinnung und Religion, sondern nur weil es ein Arbeiter ist, so begreifen nunmehr auf einmal die Arbeiter, daß sie als Arbeiter gleiche Interessen haben und sie dummköpfig sein müßten, sich künftig noch von ihren sozialen Feinden weiter am politischen Karrenheil herumführen zu lassen.

Sie begreifen jetzt mit erschreckender Deutlichkeit, daß es für sie nur noch ein Drüben gibt, d. h. auf Seiten der Sozialdemokratie zu stehen und zu kämpfen.

In diesem Sinne haben einmal wieder die Rathenau, die Mosse und Genossen, unsere größten Feinde, sich als unsere besten Freunde gezeigt und so rufen wir aus Herzensgrunde ihnen zu:

Vivent nos amis, les ennemis!  
 Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Was sich auch eine wohlweise Regierung bis in ihre obersten Spigen hinter die Ohren schreiben mag!

### Herr Rathenau verlangt nichts umsonst!

Die Darstellung der drei Werke über ihre Auffassung von der Entwicklung des Kampfes hat natürlich in der bürgerlichen Presse bereitwillige und beifällige Aufnahme gefunden. Nicht alle Zeitungen wurden aber von dem Elektricitäts-Concern gleichmäßig behandelt. Gerade die Blätter, die berartige im Interesse des Unternehmertums verfaßte Darstellungen mit Ruhm und in bester Form ihrem redaktionellen Teile einverleiben wollten, haben dieselbe als Belohnung für treue Dienste als Inzerat überwiesen bekommen. Die Firma Mosse, die sich unterläßt, neben dem unternehmertreuen „Tageblatt“ auch noch ein Blatt für Arbeiter-Verständigung herauszugeben, ist von der Alimentation ausgeschlossen; dagegen werden „Post“ und „Neueste Nachrichten“, „Börsen-Courier“, „Tägliche Rundschau“ und einige andere Blätter jetzt in noch tieferem Grad von der Heberzeugung des Elektro-Unternehmertums preisen, das seine Angestellten so gut bezahlt!

### Die streikenden Maschinisten und Geizer

haben in den letzten beiden Tagen wieder einigen Zugang an Ausständigen erhalten, so daß die Zahl der Streikenden gegenwärtig 850 beträgt. Wenn auch noch immer ein beträchtlicher Teil der alten Leute in den Zentrallen stecken geblieben ist, so geht doch aus der Zunahme der Zahl hervor, daß die moralische Wirkung des Streiks einen steigenden Einfluß auf die bislang am Ausstände nicht beteiligten Maschinisten und Geizer auszuüben scheint. Dieser Umstand ist vor allem auf die jetzigen Betriebszustände in den Zentrallen und Refinerationen zurückzuführen. Zwar bekommen die Streikbrecher größtenteils einen erhöhten Lohn; vielen sind die Löhne sogar verdoppelt worden. Auch an Speise und Trank ist keinerlei Mangel; die Direktoren lassen es sich eben etwas kosten. Jedoch die Tatsache, daß die meisten der wirklich brauchbaren Arbeitswilligen die Betriebsräume weder Tag noch Nacht verlassen dürfen, also wie in einer Art Gefängnis gehalten werden, ist einem Teil der alten Leute mit der Zeit doch unangenehm geworden. Hinzu kommt noch, daß von ihnen verlangt wurde, die in den Herbergen zur Heimat oder im Scheunenviertel ausgegabelten gewerkschaftlichen Streikbrecher freundschaftlich anzulernen und so gewissermaßen Bruderschaft mit ihnen zu machen. Der übrige Teil der nicht mit in den Ausstand getretenen Maschinisten und Geizer läßt sich jetzt wohl hauptsächlich nur noch durch den erhöhten Lohn zur weiteren Arbeitswilligkeit bewegen. Mitgeteilt zu werden verdient noch, daß eine Anzahl Streikbrecher in verschiedenen Zentrallen auf ihre Art rebelliert haben, weil ihnen bei ihrem jetzigen Verdienst das hastähnliche Verbleiben in den Betriebsräumen langweilig wurde. So ist einigen von ihnen denn am Sábuser gestattet worden, des Abends truppweise den Betrieb auf einige Stunden, gewissermaßen zum „Auslassen“ zu verlassen. Um nun jedes Zusammenreffen mit Streikposten zu vermeiden, haben die Leuten die Erlaubnis bekommen, gleich über das Bahngleise nach dem Bahnhof Pankowstraße zu gehen. Wenn sonst ein gewöhnlicher Zivildienst das Bahngleise betrifft, hat er eine Strafe von 6 M. zu gewärtigen. Solche Strafparagrafen scheinen aber für die Herren Streikbrecher außer Kraft gesetzt zu sein. Auch in der Zentrale Mauerstraße hat man in künftiger Art für zweckentprechende Auslastung der lieben Arbeitswilligen gesorgt. Vom Markthallenrestaurant fährt jetzt nämlich eine hübschgeputzte Polstreue nach dem Fenster des Kofettraumes der Zentrale, sobald die Streikbrecher auf diesem etwas ungewöhnlichen Wege je nach Gutdünken ihrer Vorgesetzten das Freie gewinnen dürfen. Ja, und wird sogar berichtet, daß in der Zentrale

Spanbauerstraße die Brandmauer nach dem Hildebrandtschen Schloßladengeschäft durchbrochen worden ist, um die Streifkredere durch dieses Wandloch und von da durch den Bombenladen unerkannt hinauszu lassen. Derartige Maßnahmen beweisen zur Genüge, welchen Wert die Unternehmer nebst den Behörden auf die Erhaltung von Arbeitskräften in den Zentren legen und welche enormen Kosten ihnen der Streik des Maschinenpersonals verursacht.

**Eine Differenz im Kabelwerke von Dr. Cassirer, Charlottenburg,** hat ihre Ursache in der Aussperrung. Die dortigen, fast durchweg im Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter haben nämlich die starke Vermutung, daß in diesem Werk Streikarbeit für die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft angefertigt werden solle. Da die Firma in einem Tarifvertragsverhältnis zu ihren Arbeitern steht, so wurde im beiderseitigen Einverständnis die Entscheidung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts eingeholt. Gestern konnte die Differenz vor dem Einigungsamt denn auch zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt werden, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung zu kommen brauchte.

**Solidarität.**

Aus Chemnitz meldet ein Telegramm vom 10. Oktober: Gestern abend tagte hier eine etwa von 1000 Arbeitern besuchte Versammlung von Arbeitern der hiesigen Maschinenfabrik vorn. Hartmann. Insbesondere wurden die Lohnbedingungen einer scharfen Kritik unterzogen. Im Anschluß daran wurde auch über den großen Streik in der Berliner Metallindustrie diskutiert. Es wurde später folgende Resolution beschloffen:

„Die heute im Gasthaus „Adler“ tagende Metallarbeiter-Versammlung nimmt Kenntnis von dem Riesenstreik in der Berliner Metallindustrie. Die Anwesenden erwarten, daß von Chemnitz aus niemand nach Berlin fährt, um dort als Streifkredere zu arbeiten. Desgleichen verspricht die Versammlung ihre kämpfenden Kollegen moralisch und materiell zu unterstützen und bittet den Vorsitzenden, Schritte zu unternehmen, um möglichst schnell Mittel zu beschaffen zur Unterstützung der durch den Liebesmuth der Unternehmer ausgesperrten Berliner Kollegen.“

**Politische Uebersicht.**

Berlin, den 10. Oktober.

**Der Fall Nieuwenhuis.**

Domela Nieuwenhuis sendet an uns einen Brief, in dem er dem Jenaer Parteitag, den Parteigenossen und der sozialdemokratischen Parteipresse seinen Dank ausspricht für den Eifer, mit dem die deutsche Sozialdemokratie sich seiner Sache, obwohl es sich um einen politischen Gegner handelt, angenommen habe. Nieuwenhuis sendet uns weiter eine Abschrift des Briefes, den er an den preussischen Minister des Innern gerichtet hat. Er lautet:

An Se. Excellenz den Minister des Innern.

Infolge Ihrer Depesche vom Freitag, den 29. September, bin ich aus dem Strafgefängnis in Köln entlassen worden, wo ich 18 Tage verweilt habe. Se. Excellenz hat gemeint, damit seine Pflicht zu erfüllen und ich erlaube Ihnen dafür meinen aufrichtigen Dank. Aber auch ich habe eine Pflicht zu erfüllen, die ich mit diesem Schreiben in der Hoffnung beläugle, daß Se. Excellenz dieser Sache seine volle Aufmerksamkeit schenken wird.

Ich erhebe gegen das Polizeipräsidium in Köln Anklage wegen ungeschickter und ungeredeter Freiheitsberaubung, und stelle die Frage, ob ein Staat den Anspruch erheben kann, sich einen Rechtsstaat zu nennen, wenn die Polizeivollkräfte derartige Maßnahmen treffen kann und darf, ohne deswegen von der Regierung bestraft zu werden.

Ich werde meine Anklage begründen.

Am 11. September bin ich in Köln verhaftet und in das Polizeigefängnis gebracht worden. Ich bin dort geblieben bis zum 22., ohne verhöört zu werden, ohne zu wissen warum und wofür ich verhaftet worden bin. Und das, obwohl das Gesetz jedem Gefangenen das Recht gibt, innerhalb 24 Stunden von dem Richter verhöört zu werden. Als Ausländer war diese Bestimmung mir unbekannt. Aber auf alle Fälle, wenn das Gesetz diese Bestimmung gebietet vorschreibt, wäre es die Pflicht gewesen, mich innerhalb 24 Stunden dem Richter vorzuführen. Elf Tage Freiheitsberaubung im Widerspruch zum Gesetz!

Man hat mich wie einen gemeinen Verbrecher in das Gefängnis geschleppt, in eine Zelle geschlossen und dort verwahrt, und das alles, weil ich, wie ich nach elf Tagen hörte, über die Grenze gegangen war, ohne dazu das Recht zu haben. Ich bin wegen Verstoßes verurteilt worden, weil ich vor 15 Jahren aus Preußen ausgewiesen worden bin. Ueber die Rechtsfrage schweige ich, da die Auslegung des Gesetzes natürlich verschieden sein kann. Vor dem Schöffengericht erschienen, bin ich am Mittwoch, den 27. September, zu fünf Tagen verurteilt worden, aber die Richter erklärten meine Strafe für verhöört wegen der Zeit, welche ich schon im Gefängnis als Untersuchungsgefangener gewesen war; ich wurde vom Richter entlassen.

Der Polizeipräsident scheint jedoch eine Persönlichkeit zu sein, die sich über die Gesetze nicht und die sich gar nicht bekümmert um das Urteil der Richter. Er ist allmächtig. Das hat er in meinem Fall gezeigt. Denn statt mich zu entlassen, bin ich wiederum als Polizeigefangener zurückgehalten worden. Und wiederum geschah das gleiche. Ohne zu wissen, warum, blieb ich verhaftet, hat man mich festgehalten. Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, hat man wieder einen Brief von mir an den niederländischen Konsul in Köln, noch einen Brief an meinen Rechtsanwalt an ihre Adressen befördert. Wiederum ein Rechtsbruch, denn ich hatte das Recht, zu erwarten, daß meine Briefe direkt befördert werden sollten, wie das Gesetz es befiehlt. Mein Rechtsanwalt, Herr Schramm aus Köln, wählte also nichts von meiner neuen Verhaftung und lebte in der festen Ueberzeugung, daß ich sofort nach meiner Heimat zurückgekehrt wäre. Ich füge als Beilage die Beweisstücke an, nämlich die zwei Briefe, die man glücklicherweise so unvorsichtig war, mir einzuhändigen. Se. Excellenz gewinnen dadurch die seltene Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß sich die Sache so verhält. Man hat mich wiederum ungeschicklich ins Gefängnis geführt und dort behalten, bis die Depesche Sr. Excellenz mich endlich erlöste. Öffentlich werden Se. Excellenz ohne Ansehen der Person handeln; denn es gilt hier die Ehre Preußens auch dem Auslande gegenüber. Wo der Boden des Rechtsstaates verloren ist, da herrscht Willkür und Tyrannie. Was würde Se. Excellenz dazu sagen, wenn ein Deutscher im Auslande so behandelt würde, wie ich in Köln!

Ich erhebe gegen den Polizeipräsidenten die Anklage des Amtsmißbrauches und gebe mich der Hoffnung hin, daß solche Dinge niemals wieder vorkommen werden. Und ich fordere weiter von der Regierung einen Schadenersatz für meine Freiheitsberaubung während so vieler Tage. Selbst wenn Se. Excellenz sich dazu entschließen sollten, wie es Recht ist und wie ich erwarten darf, so bleibt das Unrecht dennoch bestehen, es wäre nur ein schwacher Versuch von Ihrer Seite, das Gut zu machen, was ein Beamter, der seine Machtbefugnisse überschreitet und seine Rechte mißbraucht, übel getan hat.

Ich werde also sehen, ob das Rechtsgefühl Sr. Excellenz stärker ist, als die Macht eines Polizeipräsidenten, dessen Willkür eine Gefahr ist für alle Staatsbürger aller Länder und eine Schmach für Preußen.

**Ergebnis**

F. Domela Nieuwenhuis, niederländischer Staatsbürger.

Silbersum, Holland, 2. Oktober 1905.

Was der preussische Minister, wenn er den Mißhandelten überhaupt einer Antwort würdig, erwidern wird, läßt sich unschwer

voraussetzen. In der „Kölnischen Zeitung“ wird bereits von „amtlicher Stelle“, d. h. wahrscheinlich vom Kölner Polizeipräsidenten, der ungeheuerliche Vorgang „erklärt“. Es wird in dieser Erklärung darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung der Rechtsverwahrung des Nieuwenhuis hinfällig ist: Der holländische Politiker nahm eben fälschlich an, daß Preußen ein Rechtsstaat sei, und diese Annahme ist falsch. Preußen ist kein Rechtsstaat, sondern ein Polizeistaat. Preußen schafft zwar Rechtsgarantien innerhalb des Gebietes der Justiz, aber die Polizei ist stärker als die Justiz und insbesondere für Ausländer gibt es keinerlei Rechtsgarantien, sondern nur Polizeivillkür. Selbst wenn der Ausländer so glücklich ist, ein Verbrechen begangen zu haben, genießt er erst die Garantien des Rechts in dem Augenblick, wo es der Polizei beliebt, seine Sache an die Justiz weiter zu geben. Sie kann ihn vorher und nachher, so lange es ihr beliebt, in Polizeigewahrsam halten, ohne daß der Verhaftete überhaupt erfährt, warum und wozu.

Das ist in der amtlichen Erklärung der „Kölnischen Zeitung“ mit allem wünschenswerten Eynismus klar ausgedrückt: „Nieuwenhuis ist nicht zum Zwecke der Strafverfolgung“ so heißt es da, „sondern lediglich zur Sicherung der Ausweisung in Polizeigewahrsam genommen worden. Erst nachher stellte sich heraus, daß er schon früher aus Preußen ausgewiesen war und sich deshalb durch die unerlaubte Rückkehr einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Sobald diese Tatsache der Polizei bekannt wurde, hat sie Nieuwenhuis unverzüglich dem Amtsrichter vorgeführt und damit dem § 123 der Strafprozessordnung Genüge geleistet.“

Mit anderen Worten: die Polizei kann einen Ausländer solange nach Willkür festnehmen, bis ihr „bekannt“ wird, daß er sich eines Deliktes schuldig gemacht hat. Wäre die strafbare Handlung der Polizei erst nach 8 Wochen „bekannt“ geworden oder hätte überhaupt Nieuwenhuis nicht das Glück gehabt, eine Gesetzesübertretung begangen zu haben, so wäre er überhaupt niemals dem Richter vorgeführt worden und hätte niemals die Rechtsgarantien der Strafprozessordnung genossen.

Es ist Ausländern hinfort zu raten, wenn sie nicht in die Falle der Polizei geraten wollen, ein so deutliches Verbrechen zu begehen, etwa einen Mord, daß selbst der Polizei es sofort bekannt werden muß, der betreffende sei unverzüglich dem Richter vorzuführen.

Ein frecher Eynismus spricht auch aus der „amtlichen“ Begründung, warum man dem Nieuwenhuis auch nach gefestigter Verurteilung und gerichtlicher Freilassung nochmals verhaftet habe: „Die wiederholte Festnahme nach Erledigung des Strafverfahrens ließ sich nicht umgehen, weil damals die Aufnahmeerklärung der niederländischen Regierung noch nicht eingegangen war.“ Natürlich, der Polizei war eben nicht bekannt, daß Nieuwenhuis ein angesehener holländischer Staatsbürger ist. Die dem famosen Kölner Polizeipräsidenten bracht es ferner nicht bekannt zu sein, daß in Holland wie in jedem Kulturland Staatsbürger „angenommen“ werden müssen, da es keine Verbannung von Zuländern gibt. Der preussische Polizei leuchtet gar nichts bekannt zu sein, und sie kann verhaften wen und solange sie Lust hat. Das ist nur einmal der Rechtszustand in Deutschland. Dagegen läßt sich gar nichts machen und nur das Ausland selbst kann dieses barbarische Polizeipreussen zur Ordnung und zur Scham rufen, indem es nun seinerseits Deutsche ebenso für vogelfrei erklärt, wie es in Preußen mit Ausländern geschieht. Kein Deutscher im Auslande kann sich hinfort mehr beklagen, wenn er mißhandelt wird.

Und wenn sich die amtliche Erklärung der „Kölnischen Zeitung“ auf eine „Praxis“ beruft, die teils auf „besonderer Vereinbarung“ teils auf dem „Solidaritätsgefühl aller Kulturböller“ beruht, daß „Anarchisten“ im Wege des „unmittelbaren Zwanges“ an die heimliche Grenze abgeschoben werden, so wird man hinfort alle preussischen Staatsbürger reaktionärer Gesinnung im Auslande auf dem Wege unmittelbaren Zwanges an die deutsche Grenze befördern dürfen. Denn wenn Anarchismus im Polizeisinne Rechtlosigkeit bedeutet, Auflösung des Rechts, so ist jeder preussische Staatsbürger, der die preussische Polizeipraxis, die alles Recht auflöst, unterstützt, im blutigsten Sinne ein Anarchist. Wie man sieht, beruft sich der „Anarchist“ Nieuwenhuis naiv auf den Rechtsstaat Preußen und die Vertreter des Rechtsstaates Preußen antworten ebenso naiv, daß Preußen kein Rechtsstaat sei, sondern daß die Polizeianarchie höchstes Gesetz sei!

**Amsterdam, 10. Oktober. (Tel.)**

Gestern abend fand eine Protestversammlung gegen die Verhaftung Nieuwenhuis' statt. Nieuwenhuis wohnte der Versammlung bei. Der protestantische Pfarrer Schermerhorn gab seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft keinen Protest gegen die Verhaftung erhoben hat. (?)

**Städtetag und Fleischsteuer.**

In der gestern hier abgehaltenen vertraulichen Sitzung des Vorstandes des Deutschen Städtetages, zu dem die Bürgermeister einer Reihe der bedeutendsten Städte Deutschlands gehören, wurde beschlossen, eine Sonderdeputation an den Reichskanzler zu schicken, um Abhilfe-Maßregeln gegen die Fleischnot zu verlangen. Die Sonderdeputation besteht aus den Oberbürgermeistern von Berlin, Frankfurt a. M., München, Stuttgart und Straßburg. Dem Beschlusse entsprechend wurde sofort ein Telegramm an den Reichskanzler abgehandelt mit der Anfrage, wann Fürst Bülow diese Deputation des Städtetages empfangen wolle.

**Die Fleischnot und der bayerische Landtag.**

Die Besprechung der Fleischnot-Interpellation unserer Genossen im bayerischen Landtag hat zu dem Ergebnis geführt, das sich leicht voraussetzen ließ: die Regierung denkt nicht daran, wirksame Maßregeln zur Beseitigung der Fleischnot zu ergreifen. Wenn der Minister des Innern Graf Feilichig versicherte, daß die einheimische Landwirtschaft sehr bald in der Lage sein werde, den Markt genügend zu versorgen, so daß man wieder zu „normalen“ Preisen werde laufen können, so glaubt er das wahrscheinlich selbst nicht. Man sah dem Minister an, daß er eine Sache vertreibt, von deren Richtigkeit er selbst nicht überzeugt ist. Aber in Bayern sind eben alle bürgerlichen Parteien — auch die Liberalen natürlich nicht ausgenommen — vollständig agrarisch verfaßt, so daß es für die Regierung das bequemste ist, wenn sie sich einfach auch auf den agrarischen Standpunkt stellt. In der Debatte wurde von sozialdemokratischer Seite auch auf das gänzlich unmotivirte Verbot der Einfuhr amerikanischen Wäshenfleisches verwiesen. Der Minister erwiderte darauf, dieses Verbot sei aus sanitären Gründen erfolgt. Als ihm daraufhin vorgehalten wurde, daß doch in der deutschen Kriegsmarine solches Wäshenfleisch verwendet werde, kam er schließlich in Verlegenheit und suchte sich mit der Bemerkung herauszuwinden, er spreche jetzt nur von der Einfuhr nach Deutschland! Mit geradem Munde erklärte der Minister, er wolle kein Mittel zur Behebung der heftigen Fleischsteuerung. Die einzige richtige Antwort darauf gab ihm unser Genosse Segitz, indem er bemerkte, wenn die Regierung mit ihrem Votum zu Ende sei, dann solle sie einfach erklären: „Wir können nicht mehr, mögen nun andere heranzutreten und es besser machen.“

Die Vertreter der agrarischen Interessen operierten natürlich wieder mit ihren altbekannten Argumenten. Dabei verwickelten sie sich beständig in Widersprüche. So behaupteten die einen, eine

Fleisch- und Viehnot bestie überhaupt nicht, sondern nur eine Verteuerung, denn Vieh sei genug vorhanden. Im Gegentheil dazu erklärten wieder andere, in Folge der bisherigen schlechten Viehpreise seien die Landwirte gezwungen gewesen, die Schweinezucht einzuschränken; jetzt aber habe man angefangen, wieder mehr zu züchten. Von agrarischer Seite suchte man die ganze Schuld an der jetzigen Fleischtheuerung dem Zwischenhandel und den Reggern zuzuschreiben. Wegen der Regierung erhob man den Vorwurf, daß sie die Bildung von Vieh-Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die den Zwischenhandel ausschalten sollen, nicht genügend gefördert habe. Nun ist es zweifellos, daß der Zwischenhandel wie überall so auch speziell beim Viehgeschäft ein preisvertuerndes Element ist — die alleinige oder auch nur die meiste Schuld an der Fleischtheuerung kann man ihm freilich nicht zuschieben — und daß seine Ausschaltung durch eine genossenschaftliche Organisation nur begünstigt werden könnte. Deswegen ist das Verlangen, der Staat solle solche Genossenschaften möglichst fördern und auch durch Geldmittel unterstützen, ganz berechtigt. Aber solche Genossenschaften können nur prosperieren, wenn unter ihren Mitgliedern Gemeinnut und genossenschaftlicher Geist vorhanden ist. Und da fehlt es bei den bayerischen Bauern noch ganz bedeutend. Interessant ist es übrigens, daß ein Zentrumabgeordneter, also das Mitglied einer Partei, die den Konsumvereinen doch sicher nicht besonders freundlich gesinnt ist, den sozialdemokratischen Konsumvereinen zum Vorwurf machte, daß sie nicht Schlagwisch bei den Bauern direkt einlaufen! Jetzt auf einmal könnten die Konsumvereine also ihren Betrieb auch noch erlernen.

Von liberaler Seite trat Abg. Meußhöfer „für gewisse Erleichterungen im Grenzverkehr“ ein, aber nicht etwa für völlige Öffnung der Grenzen! Das stimmt zwar nicht mit den großen Deklamationen der liberalen Vertreter in verschiedenen Städtewahlungen überein, paßt aber sonst ganz vortrefflich zu dem Verhalten des Liberalismus.

In der Fleischnotdebatte im bayerischen Landtag haben also die Agrarier zweifellos „gesiegt“. Die arbeitende und konsumierende Bevölkerung hat sich bei dieser Gelegenheit wieder davon überzeugen können, daß sie eine rückhaltlose Vertreibung ihrer Interessen nur bei der Sozialdemokratie findet.

Von den bayerischen Gemeindevätern. Man schreibt uns aus Bayern: In Nürnberg ist heuer die Gemeindevahl schon auf den 6. November anberaumt, während sie anderwärts, wie letzter, meist erst in der zweiten Hälfte des Monats stattfindet. Dieser frühe Termin wurde, wie es heißt, deshalb anberaumt, weil am 14. November in Nürnberg ein Kaiser Wilhelm-Denkmal enthüllt wird, zu welcher Gelegenheit der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz und die Kronprinzessin, der Prinzregent und noch eine Anzahl anderer Fürstlichkeiten erscheinen werden, um den freisinnigen Ratsbürgern Nürnbergs Gelegenheit zu geben, sich im Glanze der Sojgunst zu sonnen. Dieses bagatellartige Fest, in dessen Erwartung das ganze liberale Epichorium schon halb verrückt geworden ist, will man nicht mitten in die Wahlbewegung hineinstellen lassen.

Was jetzt hat sich der Wahlkampf noch nicht entwickelt. Die Parteien sind zunächst noch mit organisatorischen Vorarbeiten beschäftigt. In Nürnberg werden sich auch diesmal wieder nur zwei Gegner gegenüberstehen: die Sozialdemokratie und der gesamte bürgerliche Wählerblock. Unsere Partei wird wiederum mit aller Energie den Sturm auf das Rathaus unternehmen, wenn sie auch mit noch stärkeren Schweregeiten zu kämpfen hat als letzter. Die verbündeten Freisinnigen und Nationalliberalen sind fleißig dabei, alles, was nicht sozialistisch ist, zusammenzufassen, denn allein fühlen sie sich nicht stark genug, ihre Wählerherrschaft in der Gemeinde unter Mißachtung aller liberalen Grundsätze aufrecht zu erhalten.

Die Anträge auf Erleichterung der Erwerbung des Wahlrechts für die Kinderbewilligten durch Befreiung oder wenigstens Herabsetzung des hohen Wahlzensus oder durch Einführung der Bezirkswahlwahl wurden von den gemeindlichen Kollegien wieder kurz abgelehnt, der Liberalismus will den Zustand der Entziehung und Vergewaltigung der großen Masse der Umlagezahler auch fernerhin konservern.

Inzwischen geht im liberalen Lager nicht alles ganz so glatt ab. Die verschiedenen Parteien machen etwa hohe Ansprüche. So machen zum Beispiel die Mittelstandsparteier bedeutende Schwierigkeiten; sie sind durch den Ausfall der Landtagswahl, den sie sich als Verdienst zuschreiben, übermütig geworden und verlangen vier Sige als Lohn für ihre Wahlhilfe, was den Liberalen etwas hoch erscheint. Auch die städtischen Beamten, bisher die getreuesten Wähler der Rathsherrn, werden diesmal unobdient; sie sind schon zu lange an der Kasse herumgeführt worden, keiner der Stadtväter hat für sie eine Hand gerührt. Deshalb wollen sie die aufzustellenden Kandidaten nicht mehr unbedenken wählen.

In der demokratischen Partei hat die kommende Wahl zu einem kleinen Aroch geführt. Diese Partei ist bei der letzten Wahl vor drei Jahren ebenfalls mit dem Wismarsch gegangen. Entschiedene Demokraten sind angesichts der Zustände in der Gemeinde und der Verbrüderung der Liberalen mit allen möglichen reaktionären Elementen der Anschauung, daß sich ein weiteres Zusammengehen mit ihnen nicht mehr mit den demokratischen Grundsätzen verträgt. In der Spitze dieser Bewegung steht der Redakteur des demokratischen Organs, Selzner, der eine starke Minderheit hinter sich hat. In der entscheidenden Versammlung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen; Selzner widersprach entschieden dem Antrage, aus Zweckmäßigkeitsgründen sich wieder den Liberalen anzuschließen, unter besonderem Hinweis darauf, daß diese gelistlich die Mehrheit der Bevölkerung von der Vertreibung ausschließen, und stellte dem Gegenantrage, Anschluß an die Sozialdemokraten zu suchen. Die Mehrheit entschied sich jedoch, um eines Siges willen dem Ruckschmuddel beizutreten. Das Zentrum ging vor drei Jahren ebenfalls mit den Liberalen und bekam einen Vertreter zugesprochen, der aber bald bei seiner Partei in Ungnade fiel, weil er mit den Liberalen durch Dieb und Damm ging und es bei verschiedenen Gelegenheiten unteulich, die ultramontanen Grundsätze hervorzuheben. Was die Partei diesmal tun wird, ist noch nicht entschieden.

Wir werden wie gesagt der einen reaktionären Masse gegenüber einen schärferen Standpunkt haben als sonst; die Militärs aus dem Kleinbürgerstande usw. sind, weil wir im Gemeindevahlkampf unsere prinzipiellen Forderungen stärker betonen als bisher, fahnenflüchtig geworden und in das Lager des Gegners übergelaufen, der sie durch allerlei Versprechungen festhält. Seit Monaten hat man mit Hochdruck daran gearbeitet, alle diejenigen, von denen man annehmen kann, daß sie uns feindlich gegenüberstehen, zu Würgern zu machen, während in Folge der hohen Gehälter, die den Arbeitern sehr erschwert ist, sich das Wahlrecht zu erwerben. Wir dürfen aber trotz alledem wenigstens auf einen erheblichen Stimmenzuwachs rechnen.

**Ein deutscher Kriegsveteran verhungert!**

Man schreibt uns aus Württemberg: Dieser Tage wurde der Gemeindevater und Kriegsveteran aus den glorreichen Jahren 1870/71, Benedikt Ausermann von Wald in Schwaben, verhungert aufgefunden. Er war 8 Tage ohne Nahrung gewesen. Als man ihn in bewußtlosem Zustande auffand, starb er nach einer Stunde. — Die bürgerliche Presse brachte diese erschütternde Nachricht in trockenem Feuilletonstil und fügte hinzu: „Fast als ein Wunder muß es bezeichnet werden, daß Ausermann nach 8 Tagen noch lebend gefunden wurde.“

Also ein Mensch und dazu einer, der für „Deutschlands Ruhm und Ehre“ sich selbst zu Marke trug, buchstäblich verhungert! In einem Lande, wo Jahr für Jahr Millionen und Milliarden für kulturwidrige Zwecke hinausgeworfen werden, müssen Menschen wegen Mangel an Geld und Nahrung elendiglich verrecken, und dabei wundert sich die gutgesinnte Presse bloß, daß der arme nicht schon früher zugrunde gegangen ist! Und die Sozialdemokratie, die solche zum Himmel schreiende Verbrechen der heutigen Gesellschaft verhindern will, ist die Rote der „Glenden“ —

**Der altenburgische Reichstags-Abgeordnete Porzig im Jenaer Gemeinderat.** Man schreibt uns aus Jena: Anlässlich der Fleischnot hatten ein paar Gemeinderatsmitglieder in Jena den Antrag gestellt, die Gemeindefleischbörse zu erheben, beim Thüringer Stadtrat zu veranlassen, daß die Frage der Fleischnot dort erledigt werden solle. Da um jene Zeit der Gemeinderat in Jena aber keine Sitzungen abhielt, fand über diesen Antrag eine Zirkularabstimmung statt. Nur der Reichstags-Abgeordnete Porzig, der auch Jenaer Stadtwahl ist, stimmte allein gegen diesen Antrag. Doch damit glaubte Herr Porzig noch nicht genug getan zu haben. Er griff wegen diesem Vorgehen die Gemeindevorstellungen an, die ohne Befragung und Kenntnis der Verhältnisse einander mit ihren Protesten gegen die „angebliche“ Fleischnot nachlaufen. Das entspräche nicht dem Maße von Intelligenz, die sich in den Mauern Jena's bezieht. — Jetzt fand nun die erste Sitzung des Gemeinderats statt und ein paar Gemeinderatsmitglieder nahmen die Gelegenheit wahr, um dem Herrn Oberlandgerichtsrat Porzig den Kopf gehörig zu waschen. Einer seiner Kollegen sagte ihm, daß böse Jungen sogar behaupteten, daß er für diese „kaputte“ Haltung von der altenburgischen Regierung einen Orden erhalten habe. Herr Porzig verteilte nun seinen agrarfreundlichen Standpunkt in längerer Rede. Es wurde dem Herrn darauf erwidert, daß doch der Jenaer Gemeinderat nicht der Ort sei, wo er seine agrarische Reichstags-Zungensprache halten könne. Im übrigen solle der Herr Oberlandgerichtsrat sich nur nicht aufspielen, als wenn er allein etwas von solchen Fragen verstehe, sein Auftreten erinnere lebhaft an das Sprichwort:

Ihr seid dumme wie Bohnenstroh,  
Zu allein bin ein Kerkerling — comme il faut!  
Unter schallender Heiterkeit wurde so dem Herrn Reichstags-Abgeordneten für Altenburg von bürgerlicher Seite heimgeleuchtet. —

**Zivil und Militär.** Man schreibt uns aus München: Ein Urteil, das allgemeines Kopfschütteln erregen wird, fällt das Kriegsgericht der 1. Division in München gegen zwei Unteroffiziere. Der Unteroffizier des 1. Feld-Artillerieregiments Michael Braun und der Unteroffizier Johann Müller des 1. Infanterieregiments erlaubten sich am 18. Juni, morgens 1/2 Uhr, auf dem Marktplatz die beiden zweifelhafte Witz, eine Straßenlaterne anzuklopfen. Zwei des Weges kommende Arbeiter nannten das Gebahren der Herren Unteroffiziere mit Recht eine Laune, worauf diese geriet antworteten: „Wenn's Euch nicht paßt, braucht's Ihr nur zu sagen“. Die Arbeiter drohten, den Ungehörigen ein armer Paternanzhändler inschuldigen von der Direktion der Gasfabrik gestraft werden könnte, weshalb sie den Unteroffizieren eine Weile folgten. Wählig machten die Unteroffiziere kehrt, zogen blau und schrien auf einen Tagelöhner ein, verletzten ihn an beiden Armen derart, daß er mehrere Tage arbeitsunfähig war. Vor dem Militärgericht gebrauchten die Unteroffiziere die Androhung, daß sie sich von den „Jubilanten“ bedroht glauben und nicht mit dem blanken Säbel sondern mit der Scheide „abwehren“. Diesen Angaben gegenüber bekundeten die beiden Arbeiter auf Eid, daß sie die Unteroffiziere in keiner Weise bedrohten und daß diese von der blanken Waffe Gebrauch machten. Trotzdem verurteilte das Kriegsgericht die beiden Unteroffiziere nicht wegen eines Vergehens des rechtswidrigen Waffengebrauchs, sondern nur wegen eines Vergehens der erschwerenden Körperverletzung und billigte ihnen zudem auch noch mildernde Umstände zu. Demgemäß erachtete das Gericht gegen die schneidigen Unteroffiziere eine „Strafe“ von je — 1 Tag Gefängnis für eine hinreichende Sühne.

**Schuld der Arbeitswilligen.** Anfangs Mai stellten 600 Fuhrwerksbesitzer in München, weil ihre Forderung auf Erhöhung der Fuhrlohn seitens des Stadtbauamts und der Baumfester-Zinnung nicht bewilligt wurde, ihre Tätigkeit ein. Die Mitglieder der Fuhrwerksbesitzer-Zinnung, Andreas Seebald und Max Wagner trafen am 6. Mai den Fuhrwerksbesitzer Max Ebenhöch in der Schenkstraße und forderten ihn auf, ebenfalls an dem Streik teilzunehmen und seine Pferde nach dem Stalle zurückzubringen. Als der arbeitswillige Unternehmer dies ablehnte, belegten sie ihn mit nicht wiederzugebenden Schimpfnamen, spuckten ihn gemeinsam in das Gesicht und spannten schließlich seine Pferde aus. Wegen eines Vergehens gegen § 153 wurden die beiden Fuhrwerksbesitzer vom Schöffengericht München I zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafen würden vielleicht auf ebenso viel Wochen oder noch mehr gelautet haben, wenn die beiden Schwerverbrecher eben nicht zufällig Unternehmer, sondern Arbeiter gewesen wären.

**Begen Soldatenmißhandlungen** hatten sich am Sonnabend fünf Vorgesetzte vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur in Berlin zu verantworten. Angeklagte waren die Sergeanten Ankermann, Schiller, Obst, Bannach und der frühere etatsmäßige Feldwebel Warme vom Infanterieregiment 129 in Graubünde. Die Angeklagten sollen seinerzeit die Rekruten in roher Weise gemißhandelt haben. Als Zeugen waren 13 ehemalige Grenadiere erschienen, die jetzt wiederum dem Mißverhältnis angehören. Es wurde jedoch nur eine Anzahl der Zeugen vernommen. Mehrere der vernommenen Zeugen erklärten, daß in der Kompanie die Mißhandlungen an der Tagesordnung gewesen seien. Der Sergeant Schiller speziell habe fast in jeder Instruktionssunde Ohrfeigen ausgeteilt. Der Sergeant Ankermann habe im Winter 1902/03 einen Grenadier zu Boden geworfen, ihn mit Füßen getreten und ihn mit dem Seitengewehr bearbeitet. Ein Grenadier namens Müller ist durch die Mißhandlungen zur Desertion getrieben worden. Nachdem er sich wiederum gestellt hatte, wurde er in einer anderen Kompanie eingestellt, die in demselben Kasernengebäude untergebracht war. Er ist jedoch abermals desertiert. Auffallend war, daß einzelne Zeugen an ihren Aussagen durch den Vorsitzenden mit dem Benutzen gebindert wurden, daß die beachtliche Verleumdung nicht zur Sache gehöre. Die Sergeanten Bannach, Obst und der Feldwebel Warme wurden schließlich freigesprochen. Schiller und Ankermann wurden zu je vier Wochen Mittelarrest verurteilt. In den bewiesenen Mißhandlungen gemessen erscheinen die Strafen als geradezu unbegreiflich milde.

**Zur Lage in Ostafrika** meldet das Scherl-Blatt, das ja bekanntlich über die kolonialen Vorgänge besser informiert ist als die Regierung, das Folgende:

Im Süden unseres Schutzgebietes, in der Nähe der Matumbi-Berge, hatte eine Abteilung der Schutztruppe ein scharfes Gefecht mit den Aufständischen, in dem leider ein Sergeant, anscheinend der Führer der Abteilung, gefallen ist. Bisher haben sich unsere schwarzen Volkssoldaten, die aus der einheimischen Bevölkerung angeworben sind, in den Kämpfen gegen die Aufständischen anscheinend recht gut bewährt; es ist wenigstens noch kein Fall von Meuterei oder Unbotmäßigkeit bekannt geworden. Indessen scheint man doch in ihre Zuverlässigkeit Zweifel zu setzen, falls sie etwa gegen aufständische Stammesgenossen Verwendung finden müßten. Man sieht deshalb der Ankunft der von Major v. Scheinitz in Massana angeworbenen Abessinier mit Ungeduld entgegen, die nach raschster militärischer Ausbildung gegen die Aufständischen geföhrt werden sollen. — Hauptmann Rigmann ist mit seinem Detachement von Finga in Mahenge eingetroffen. Leutnant v. Milczewski ist mit drei Unteroffizieren, 31 Mann Marine-Soldaten und einem Maschinengewehr bereits am 7. September mit der englischen Ugandabahn von Mombasa aus ins Innere gefahren und schwimmt heute schon auf dem Viktoria-Nyanza, um über Entebbe und Baloha nach Ruwanda am Südufer des Sees zu gelangen. Der Bezirk Ruwanda ist ruhig, doch scheint die dortige Garnison, aus den umliegenden Stämmen rekrutiert, nicht zuverlässig genug. Der Dampfer „Prinz-Regent“ wird hier am 20. erwartet. Er wird ausnahmsweise Massana anlaufen und 220 Sudanesen mitbringen. Es sollen nämlich zwei Kompanien zu Expeditionszwecken gebildet werden. —

### Soldatenbriefe aus Südwestafrika.

Von einem Freund unseres Blattes werden uns mehrere Soldatenbriefe aus Südwestafrika zur Verfügung gestellt. In dem ersten Briefe vom Ende April dieses Jahres heißt es:

„Der Aufstand hier kann noch lange dauern. Nach Aussage von alten Weisakern mindestens noch zwei Jahre. Das kann dem armen Deutschland noch ein Stückchen Geld kosten und noch viel teures Blut.“

In einem Briefe vom Ende August, der aus Windhuk datiert ist, berichtet der Briefschreiber auch bereits über das Vuren-Complot. Er schreibt darüber:

„In Windhuk wollten die Vuren aufständisch werden und es wäre zu einer netten Kloppelei gekommen, wenn es nicht in letzter Stunde noch durch Verrat herabgelommen wäre. Es waren über 200 Mann. Nun sitzen die Anführer hinter Schloß und Riegel und werden wohl erschossen werden, das Ende vom Lied!“

Es ist mehr als fessam, daß eine solche Nachricht brieflich eher nach Deutschland gelangt, als eine amtliche Mitteilung über einen solchen Vorfalle bekannt gegeben wird. Es ist geradezu rätselhaft, daß man über ein Vorkommnis, das von der südwesafrikanischen Presse so tragisch genommen worden ist und über das, wie man sieht, auch unser Briefschreiber so sensationelle Mitteilungen macht, nicht schon lange durch telegraphische Nachrichten aus Südwestafrika offiziell unterrichtet worden ist. Wir glauben allerdings gern, daß der Vorfalle aufgedeckt worden ist, daß es sich wirklich nur um die Organisation einer Mäuerbande unter den zweifelhaften Elementen der importierten Vuren gehandelt hat. Doch aber auch ein solcher Plan überhaupt nur in Erwägung gezogen werden konnte, beweist unseres Erachtens, daß die Zustände in Südwestafrika überaus gefährlich sein müssen. Denn wenn es den Witbois sehr schlecht ginge, würde es den betreffenden Vuren schwerlich eingefallen sein, sich selbst als Mäuerbande etablieren zu wollen!

Unser Südwesafrikaner schließt seinen Brief mit folgenden Worten:

„Hoffentlich lassen wir die Ovambos im Norden erst mal in Ruhe. Wenn nicht, na dann dauert es vielleicht noch ein paar Jahrzehnte! Es kommt hier ja gar nicht so genau auf ein Jahr mehr oder weniger, wie es scheint, an.“

Selbst wenn man so vernünftig sein sollte, mit den Ovambos einstweilen nicht anzubinden, so ist es doch zweifellos, daß es im Laufe der Zeit doch noch zu einem Zusammenstoß mit den zahlreichen, gut bewaffneten und kriegerischen Ovambos kommen wird. Freiwillig werden die Ovambos schwerlich ihre Waffen ausliefern. Ein Ovambo-Krieg wird also voranschreitlich unter allen Umständen kommen. Was er uns kosten wird, davon kann man sich nach dem Detero-Krieg und dem Kampfe gegen die Hottentotten ungefähr eine Vorstellung machen! —

**Vuren als Viehräuber in Südwestafrika.** Der „Times“ wird aus Kapstadt gemeldet: Ein Telegramm aus Windhuk berichtet, daß bei Schmit Drift drei Transvaaler mit zweihundert Stück Vieh, das sie von den Deutschen gestohlen hatten, festgenommen worden sind. Die Leute waren bewaffnet, obwohl sie angeblich Nichtkombattanten zu sein. Das Vieh wurde den Deutschen ansgehändigt, die Leute wurden im Gefängnis von Rehnhart untergebracht.

Wie ihm es in Südwestafrika ausseht, wenn sich schon weiche Mäuerbanden zum Zwecke des Viehdiebstahls zusammenfinden! —

**Verurteilt.** Berlin, 10. Oktober. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 5. Oktober auf Patrouille bei Perip gefallen Reiter Franz Jäger, geboren am 23. 7. 81 zu Remel, Weim- und Reichswehr. Ein Telegramm aus Dar-es-Salaam (Deutsch-Ostafrika) meldet: Am 8. Oktober im Gefecht bei Ribata gefallen: Sergeant Josef Schöber, geboren am 20. 12. 75 zu Leibelbach.

### Husland.

#### Abermalige Vertagung des ungarischen Parlaments.

Der Reichsrat wurde heute durch ein königliches Handschreiben, das im Parlament zur Verlesung gelangte und gleichzeitig durch eine außerordentliche Ausgabe des Amtsblattes veröffentlicht wurde, bis zum 19. Dezember vertagt. Bis dahin soll verhandelt werden, eine Grundlage zu finden, auf die ein neues Kabinett gebildet werden kann. Die Krise ist also abermals verschleppt worden.

Ueber die heutige Tagung des Parlaments wird berichtet:

**Budapest, 10. Oktober.** Abgeordnetenhause. Die Galerien des Beratungssaales sind dicht gefüllt. Kein Mitglied des Kabinetts ist erschienen. Präsident Jusch bringt bei Beginn der Sitzung das königliche Handschreiben betreffend die Vertagung des Hauses zur Verlesung. Androße der Entrüstung werden laut: Schurken! Wo ist die Verfassung? Graf Androffy erklärt, er wolle vorerst das seltsame Vorgehen der Minister geißeln, die gegen das Herkommen nicht im Abgeordnetenhause erschienen seien. (Zwischenruf: Weil sie Feiglinge sind!) Redner erwidert: Es ist nicht aus Feigheit, sie besitzen viel mehr Mut als gut ist, ich beneide sie allerdings um diesen Mut nicht. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhause gegenüber geringfügige an den Tag gelegt, die Regierung hat nunmehr vollständig die Basis des Reiches verlassen, und bleibt nichts übrig als zu protestieren. Wir werden uns zu keiner Gewalttätigkeit hinreich lassen; wenn die Regierung darauf gerechnet hat, daß die erlittenen Gefühle sich in Ausschreitungen Luft machen werden, so hat sie sich getäuscht. Wer Recht und Gesetz auf seiner Seite hat, der hat nicht nötig, sich in lärmenden Demonstrationen zu ergen. Der Protest gegen die Vertagung ist notwendig, weil niemand weiß, was der morgige Tag bringt. Vielleicht wird der letzte Aufzug dieser Tragikomödie die Auflösung des Abgeordnetenhauses sein. Man wird das Voll befragen; jedoch wenn es sein Urteil abgegeben hat, wird man seine Stimme mißachten wie bisher. Graf Androffy verliest hierauf den umfangreichen Protest, dessen Inhalt im wesentlichen bereits gemeldet ist. Androffy weist in demselben darauf hin, daß das Programm, das die nationale Idee in der Armee zur Geltung gebracht werde, bei den Wahlen den Sieg errungen habe; nach dem errungenen Siege war es unmöglich, diesem Programm treu zu werden. Man habe die persönliche Ansicht des Königs dem Willen der Nation gegenübergestellt; eine riesige Verantwortung belaste diejenigen, die diese Politik vollstreckten; dadurch sei die Kabinettskrise zu Verfassungskrise geworden. Die Situation werde dadurch charakterisiert, daß einerseits die Majorität unter den vorgeschriebenen Bedingungen die Regierung nicht übernehmen könne, andererseits wage die Regierung nicht, an die Nation zu appellieren. Nach dem Grafen Androffy, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen werden, ergreift Graf Tisza das Wort und führt aus, er könne an der Diskussion nicht teilnehmen, da nach seiner Auffassung nach der Verlesung der Vertagungsbescheide keine Debatte zulässig sei. Redner erklärt, man könne sich auf den Protest Franz Deak's aus dem Jahre 1866 als Präzedenzfall nicht berufen, da 1867 die Verfassung geändert worden sei. Seit 1867 befolge das Abgeordnetenhause die von ihm (Redner) beantwortete Praxis. Graf Tisza und seine Anhänger verlassen darauf unter höhnischen Zwischenrufen der übrigen Abgeordneten den Saal. Megösi beantragt, das königliche Handschreiben nicht zur Kenntnis zu nehmen und die Beratung fortzusetzen. Graf Apponyi bekämpft die Ausführungen des Grafen Tisza. Man würde an der Vertagung mißfällig sein, falls man das königliche Handschreiben stillschweigend ohne Protest zur Kenntnis nähme. Hierauf wird der Beschlußantrag Androffy's fast einstimmig angenommen. —

### Schweiz.

**Schlottmutter Sulzer-Biegler.** — Die politische Polizei. Bern, 4. Oktober. (Fig. Ber.) Der Winterthurer Maschinenfabrikant Sulzer-Biegler spielt nach den großen Worten in seiner Sep-

rede gegen die Arbeiterbewegung nunmehr eine klägliche Rolle. Die Aufforderung des Sekretärs des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, Genossen Schneberger, die Beweise für seine Behauptungen, daß dieser Verband die Demonstrationen usw. in Norichod veranlaßt und dazu die Parole aus Berlin erhalten habe, zu erbringen, die vom Präsidenten des Nationalrates bekannt gegeben wurde, beantwortete der prophete Millionär mit der unersprorenen Erklärung, die „Aberverwechelt Schnebergers sei bekannt“, bestritt dann mit derselben Stirne, jene Behauptung überhaupt aufgestellt zu haben und erklärte schließlich mit verblüffender Logik, die Beweise zu erbringen, wann es ihm passe. Der Verein schweizerischer Kaufmannsintendanten werde in nächster Zeit eine „Kundgebung an das Schweizervolk“ erlassen. Also erst bestritt er, die beanstandete Behauptung aufgestellt zu haben, und dann will er sie beweisen, aber nicht auf der Stelle, nicht da, wo er seine dreifachen Anschuldigungen erhob, sondern wann es ihm passe. Er ist also feige ausgetreten, nachdem er die sinnlosesten und tollsten Behauptungen aufgestellt hat. Und dieser Mann spielt im Nationalrat, im schweizerischen Bundesparlament die erste Geige. Ein wahres Mammutenparlament. Man möchte fragen: Ist die Schweiz eine Autokratie oder eine Demokratie? Unser Genosse Adolof Huber in Norichod und Arbeitersekretär Völschenstein in St. Gallen, die man gerne in die Anklagefalle wegen des Norichoder Anwalts verwickeln möchte, haben beim dortigen Untersuchungsrichter sofort die Einvernahme Sulzer-Biegler's als Zeugen beantragt, damit er die ihm bekannten „Kadistler“ des Norichoder Anwalts angebe. Ob er auch da aussteifen wird?

Der Spitzbrief, den die Bundesanwaltschaft zur Heberwachung einer Eisenbahner-Versammlung in Bern an den dortigen Polizeiwachmeister Mollet gerichtet, lautet:

Schweiz, Bundesanwaltschaft.  
Ministère public fédéral.

Herr Wachmeister!  
Suchen Sie zu erfahren, was morgen an der Versammlung des J.-S. (Jura-Simplon) Personals im „Des Alpes“ gehen wird. Kommen Sie dann am Montag bei mir vorbei.  
Mit freundlichem Gruß!  
Fritz Hubler.

Herr Hubler ist Sekretär der Bundesanwaltschaft. Im Nationalrat hatte er vorige Woche bestritten, daß er einen solchen Brief geschrieben; da aber das Corpus delicti vorliegt, mußte er es doch anerkennen. Das tat auch Bundesrat Brenner, natürlich nicht, ohne die ganze Affäre zu verwickeln und abzuschwächen und schließlich sogar das Recht dafür in Anspruch zu nehmen, Versammlungen und Bewegungen zu überwachen. Damit wäre die Schweizerfreiheit glücklich zur Freiheit von Bundesrats Qualen geworden. Und ebenso verhält es sich mit der Verlesung des Postgeheimnisses; das ebenso pluralistische Regiment in der Schweiz wird mit jedem Tage reaktionärer. Zwei bürgerliche Abgeordnete, Zürcher Jürich und Ritschard-Bern, schwanen sich diesmal zu einer Mißbilligung der erbärmlichen Praktiken des Bundesrates und der Bundesanwaltschaft auf. Von unserer Aktion übten die Genossen Dr. Brühllein und Brandt scharfe Kritik. Letzterer protestierte insbesondere gegen die Heberwachung der Eisenbahner durch die politische Polizei.

Am 29. Oktober hat die schweizerische Arbeiterschaft Gelegenheit, bei der Wahl des Nationalrates mit dem herrschenden Schandregiment abzurechnen. Ob sie es tun wird?

### Frankreich.

#### Die Frauen von Bangui.

Unter diesem Titel legt der Genosse Rouanet seine Enthüllungen über die im französischen Kongogebiete verübten Greuelthaten in der „Humanité“ fort. Als die Fälle Häud und Laque bekannt wurden, suchten sich die Verteidiger des kolonialen Ausbeutungssystems damit zu entschuldigen, daß es sich um Ausnahmefälle handle. Nur kommen aber immer mehr Beweise von dem unmenslichen Wüten der weißen Abenteurer gegen die Eingeborenen, daß diese Ausflucht nicht mehr hilft. Jetzt macht die liberal-patriotische Presse Rouanet Vorwürfe, er hätte warten sollen, bis der Minister die betreffenden Dokumente veröffentlicht. Rouanet aber zeigt keine Lust, diesen Rat zu befolgen; er ist der durchaus richtigen Meinung, daß die Verichte der Untersuchungskommission nicht dazu da sind, in den Schwänken der Ministerien zu verlaufen. Und in der Tat, gar nicht schnell genug kann die Deffentlichkeit unterrichtet werden von dem Treiben der französischen Zivilisatoren am Kongo. So genauvoll sind die Schilderungen, welche Rouanet aus den Verichten eines Arztes wiedergibt, daß man sich in die Zeiten des finsternen Mittelalters versetzt fühlt. Man höre:

Der Arzt Dr. Fuleonis kam im Mai 1904 direkt von Frankreich nach der Station Bangui. Da er seine Ankunft nicht angemeldet hatte, war auf dem Posten keine Vorkehrung für seine Unterkunft getroffen; er mußte mit einem engen Mann in der Apotheke schlafen nehmen. Dieser Umstand führte aber dazu, daß er eine grauenvolle Entdeckung machte. Er schlief nur schlecht, erhob sich am frühen Morgen, um einen Spaziergang zu machen. Zu der Nähe des Stationsgebäudes hörte er Stimmen und Stöhnen, das aus einer Hütte drang, deren Tür von außen geschlossen war; er öffnete sie und es bot sich seinen Augen ein schrecklicher Anblick dar. Frauen, nein weibliche Sektette, abgezehrt, die Augen brennend von Fieber und Hunger, lagen dort durcheinander, in Finsternis und Gestank. Die eine — diejenige, deren Wimmern der Doktor gehört — lag im Wute schwimmend am Boden; sie hatte einen Stinde das Leben gegeben. Hier in dieser Grabeshöhle rang das Leben mit dem Tode in verzweiflungsvollen Kampfe. An der Seite dieser Unglücklichen lag eine andere, die der Tod schon vor einigen Stunden von ihren Qualen erlöst hatte. Wieder andere, deren Atmen nur noch ein schwaches Röcheln war, hielten in ihren abgemagerten Armen keine Wesen, die vorgebens der Mutter Brust suchten. Fuleonis, starr vor Entsetzen, eilte zum Kommandeur der Station. Dieser berichtete ihm, daß die Frauen und Kinder als Gefangene aus einem Gebiete — etwa fünf Tagereisen entfernt — eingeführt worden waren. Es waren ihrer 58 gewesen; davon mehrere in schwächerem Zustande. Die Zahl der Kinder betrug 10, wovon einige in artztem Alter. Die Hütte war 6 Meter lang und 4 1/2 Meter breit und hatte außer der Tür keine weitere Öffnung. In den letzten 13 Tagen waren von den Frauen 25 gestorben; ihre Leichname hatte man einfach in den Fluß geworfen. Am 12. Mai waren die Gefangenen in Bangui angelangt, bis zum 17. Juni war ihre Zahl auf 13 Frauen und 8 Kinder zusammengeschmolzen; man hatte sie buchstäblich verhungern lassen. Das letztere hat Dr. Fuleonis durch Untersuchung der lebenden sowohl als einiger der verstorbenen Frauen festgestellt und in einem Dokument unerschöpflich niedergelegt.

Woher kamen diese Frauen und Kinder und warum hatte man sie aus ihrer Heimat in die Gefangenschaft geführt, wo man sie elendiglich verhungern ließ? Was hatten sie verbrochen? Ihr Heimatort hatte den hadgerigen Beamten der Kolonialgesellschaft nicht genügend Hautschilf abgeliefert und so wurden die Frauen als Geißeln eingeführt, um die Männer zu größerem Fleiß zu zwingen. Auch diese Schilderungen verucht man mit Verdrüßungen und Dementis zu bekämpfen. In der Presse der Hautschilfinteressenten wird es so dargestellt, als ob der französische Agent Cular der Frauen aus reinster Humanität hinweggeführt hat. Das Dorf sei von den Männern verlassen gewesen; diese seien auf belgisches Territorium entwichen und die Frauen zurückgelassen. Das ist richtig. Rouanet weist aber durch Aufzählung ganz bestimmter Einzelheiten folgendes nach: Der Generalkommissar Gentil hat an seine Unterbeamten die Aufforderung erlassen, vor allem für Entreibung der Steuern zu sorgen. Die Untergebenen suchten mit Eifer dieser Order nachzukommen, wohl wissend, daß hiervon ihr Advancement abhängt. Immer wenn die Funktionäre des Staates oder der Kolonialgesellschaften mit ihren Herden eintreffen, fliehen viele der Eingeborenen in die Nachbargebiete. So war auch das Dorf Agouanlombo von einem Teil seiner Einwohner verlassen und der Häuptling beauftragte Cular, daß es ihm wegen Mangel an Männern nicht möglich sei, die verlangte Menge von Hautschilf zu liefern. Deshalb wurden aus diesem Dorfe die Frauen fortgeführt und zunächst nach

Mongomba gebracht, um den Anführer des Dorfes zur Ablieferung der verlangten Menge von Nahrung zu zwingen. Von seiner Familie selbst waren keine Mutter, keine Frau und ein Kind mit in die Gefangenschaft geführt. Zweimal lieferte der Däumling Nahrung ab und verlangte die Herausgabe der Seinigen. Das erste Mal war die Quantität dem Beamten noch nicht groß genug und das zweite Mal waren die Frauen mittlerweile schon nach Vangui gebracht, weil in der Nähe von Mongomba Unruhen ausgebrochen waren. Dort in Vangui fand dann der Dr. Fulconis jene Frauen in der obengeführten grauenhaften Lage vor. —

### Norwegen.

#### Das Storting über das Karlsruher Uebereinkommen.

In der Fortsetzung der Storthingsdebatte vom Sonnabend, über deren ersten Teil bereits eine Depesche berichtet hat, erhielt zunächst Dr. Grifsen das Wort, der nach Hinweis auf die schwachen Punkte des Schiedsgerichtsvertrages, besonders auch auf dessen nur zehnjährige Dauer, und auf die vermeintliche Kriegsgefahr durch die Schließung der Festungen, verlangte, daß die schwedischen Bedingungen dem Naager Schiedsgericht zur Beurteilung vorgelegt werden sollten. Ihm antwortete der Minister des Aeußern Löb Land unter andern:

„Wenn ein solcher Vorschlag wirklich vom Storting angenommen werden sollte, wozu doch glücklicherweise keine Aussicht vorhanden ist, würde das unfehlbar dazu führen, daß wir von Schweden die Antwort erhalten, daß Schweden dafür sei, den norwegischen Beschluß vom 7. Juni (die Unionsauflösung) dem Schiedsgericht in Naag vorzulegen. Aber wird Norwegens Storting auf so etwas eingehen! Ich für meinen Teil werde niemals dafür zu haben sein, unsere Selbständigkeit und unser nationales Recht irgend einem Schiedsgerichtsurteil zu unterwerfen. — Wenn man die gegenwärtige Situation beurteilen will, muß man wohl beachten, wie die schwedische Auffassung von der Union beschaffen war, nicht um sich vor dieser Auffassung zu beugen, sondern um zu begreifen, gegen was man zu kämpfen hatte. Der Beschluß vom 7. Juni wirkte in Schweden fast so, als ob Schweden beschloßen hätte, sich von Schweden loszureißen. Man muß auch hierbei nicht vergessen, was die schwedischen Sozialdemokraten unter Hjalmar Brantings Kraftvoller Zeitung ausgerichtet haben, um die schwedische Kriegslust zu dämpfen. Das verdient die größte Anerkennung sowohl hier, wie in Schweden. Der Vergleich schmälert nicht unsere Selbständigkeit. Was wir wollen, wenn wir die Bedingungen annehmen, ist die friedliche und gesicherte Entwicklung unserer Verfassung. Nehmen wir sie nicht an, so riskieren wir einen chronischen Konflikt, wobei die Schweden fortwährend behaupten werden, die Union sei nicht aufgelöst. Wäre man in Karstad nicht zu einem Uebereinkommen gelangt, so wäre wahrscheinlich der Krieg ausgebrochen. Es gab Augenblicke in Karstad, daß ich mit der Uhr in der Hand dasah, um sozusagen genau zu konstatieren, wann der Krieg ausbrach. Des Friedens wegen fanden wir, daß wir dem Uebereinkommen zustimmen sollten. — Egede Rissen sprach gegen das Uebereinkommen. — Kriegsminister Dison bemerkte, daß die Regierung keineswegs, wie Rowow anzunehmen scheint, unorbereitet auf einen Krieg gewesen sei, doch seien jenseits der Grenze verschiedene übertriebene Gerüchte über die norwegischen militärischen Maßnahmen aufgetaucht. — Staatsrat Arlander erklärte, daß die gesamte Regierung einmütig an dem Vorschlag auf Annahme des Uebereinkommens festhalte. —

## Die Revolution in Rußland.

Die Nachrichten aus Moskau werden von der russischen Zensur zurückgehalten und verstümmelt. Man ist nach wie vor auf farblose offizielle Telegramme angewiesen, die aber trotz aller Zensur beweisen, daß der Schrecken in Moskau herrscht.

### Die Kosaken in Moskau.

Petersburg, 10. Oktober. (Offizielles Telegramm.) Telephonberichten hiesiger Blätter aus Moskau zufolge ist der gestrige Tag dort unruhig verlaufen. Auf dem Nikolskij-Boulevard bewar die Volksmenge Kosaken, die zum Hanse des Generalgouverneurs ritten, mit Steinen. Die Kosaken gaben daraufhin eine Salve ab, durch die zehn Personen, darunter zwei Schulkente, getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Schen gewordenen Kosakenpferde rannten den Boulevard hinauf und verletzten mehrere Personen. Gegen Abend verursachte eine aus Schriftsehern und anderen Arbeitern bestehende Menge am Durosoj-Platz Unruhestörungen. Sie führte rote Fahnen mit Aufschriften mit sich. Die Menge zerstörte das Innere einiger Wirtschaften, stürzte einen Pferdebahnwagen um und warf Scheiben und Laternen ein. Da die Moskauer Blätter nicht erscheinen, fehlt hier die Möglichkeit, die von dort einlaufenden Meldungen nachzuprüfen.

Moskau, 10. Oktober. (Offizielles Telegramm.) Der Aufstand in den mechanischen Fabriken dehnt sich aus. Ein Teil der Wäcker hat die Arbeit wieder aufgenommen. Die Stadt ist äußerlich ruhig.

Moskau, 10. Oktober. Das Telegraphenamt wird von einer Kompagnie Soldaten bewacht.

Moskau, 10. Oktober. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur.“) Heute mittag fand hier ein Zusammenstoß zwischen Anarchisten und Polizisten statt, bei dem mehrere Personen verwundet wurden.

### Unruhen im Kaukasus.

Tiflis, 10. Oktober. (Offizielles Telegramm.) In mehreren Teilen der Stadt wurden gleichzeitig Bomben geschleudert. Eine von ihnen explodierte vor einer Kaserne in der Nähe des Palastes des Statthalters, wobei ein Kosak getötet und 11 verwundet wurden. In der Nähe einer anderen Kaserne wurden sechs Bomben geschleudert, von denen vier explodierten; drei Kosaken wurden verwundet. Ferner wurde an dieser Stelle ein durch eine Gewehrkugel getöteter Geogier aufgefunden und ein anderer Geogier unter dem Verdacht verhaftet, die Bomben geschleudert zu haben. Bei einer dritten Kaserne explodierten drei Bomben, wobei drei Soldaten verletzt wurden. Hier wurde ein verwundeter Armenier unter dem Verdacht verhaftet, der Urheber des Anschlags zu sein. Aus den Fenstern zweier Häuser wurden Schüsse abgegeben, durch die eine Person verwundet wurde. Am Mitternacht wurden 15 weitere Verhaftungen vorgenommen.

### In den Ostprovinzen.

Uban, 10. Oktober. Im Keller eines Hauses entdeckte gestern die Polizei eine Geheimdruckerei des seitlichen sozialdemokratischen Komitees sowie eine Anzahl Proklamationen, Revolver und Patronen.

### Schließung der Universität Kasan.

Kasan, 10. Oktober. Der Professorenrat hat gestern beschloßen, die Universität bis zum 19. Oktober zu schließen.

## Der Stadtverordneten-Wahlkampf

hat begonnen. Gestern abend beschäftigten sich die Berliner Genossen in acht Versammlungen mit der Kandidatenfrage.

Ueber den Verlauf der Versammlungen gehen uns folgende Berichte zu:

Im ersten Kommunalwahlbezirk, zugehörig zum ersten Reichstagswahlkreis, tagte die von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten des Kreises für diesen Bezirk zum Dienstag einberufene Kommunalwählerversammlung bei Krieger in der Siedlerstraße 57. Stadtdirektor Richard Augustin würdigte in einem kurzen, aber treffenden, mit Beifall ausgenommenen Referat die Bedeutung der bevorstehenden Wahl. — Wie er, ermunterte auch Stadtdirektor Vörgmann zur Anwendung aller Kräfte in der Agitation, um den Gegner aus dem Sattel zu heben, wozu bei der Gestaltung der Dinge im ersten Wahlbezirk ebenfalls alle Kräfte vorhanden sei. Einstimmig wurde der Genosse Paul Schulz, Kommerstraße 11, zum Kandidaten bestimmt.

In das Wahlkomitee wählte man die Genossen Seiler, Fischer, Weihnacht, Opperl und Schwabedal.

### Ausgelaß

wurde die sehr gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins für den zweiten Kreis, die in Habels Brauerei, Bergmannstraße, tagte. Der Referent Genosse Dr. Alfred Bernstein wies zunächst darauf hin, daß trotz der vielen dringenden Fragen die Stadtverwaltung es nicht für nötig gehalten hat, am Donnerstag eine Sitzung abzuhalten. Er erläuterte dann die von unserer Fraktion gestellten Anträge zur Ausperrung in der Elektro-Industrie, zeigte, daß der Fleischnot für Berlin durch Ausperrung der städtischen Riefelfelder zum größten Teile abgeholfen werden könne, daß auch die Milchversorgung von der Stadt in die Hand genommen und der Milchring gesprengt werden könne. Redner leitete ferner die mangelhaften Verhältnisse des Monopols der Straßenbahngesellschaft und deren Pläne in Bezug auf Untertunnelung der Leipzigerstraße und der Linden. Er wies darauf hin, daß erst auf das Drängen der Sozialdemokraten hin die Stadt sich entschloßen habe, Straßenbahnen zu bauen. Weiter bringt Redner die hygienischen Mängel der in der Krankenhäuser- und Jernstraße, ärztlichen Ueberwachung der Schulkinder, Säuglings- und Waisenpflege und fordert dann auf, mit aller Kraft in die Wahlagitation einzutreten. In der Diskussion sprachen Herzog und Lawow im Sinne des Referenten. Als Kandidaten werden vorgeschlagen für den dritten Bezirk Sassenbach, für den sechsten Wöring, für den siebenten Bezirk Herzfeldt. Aus der Versammlung wird noch Lawow für den siebenten Bezirk vorgeschlagen. Wöring und Herzfeldt erklären die Wahl anzunehmen zu wollen.

Während der folgenden Debatte, an der sich die Genossen Berger, Lawow, Rindermann, Kengert, C. Werner, Weberus u. a. beteiligten, und die sich im wesentlichen um die Person des Genossen Lawow drehte, wurde die Versammlung so unruhig, daß die Auflösung erfolgte.

In der Brauerei Friedrichshain sprach Stadtdirektor Genosse Heimann vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft. Nachdem er einleitend auf die Bedeutung der Kommunalwahlen im allgemeinen hingewiesen hatte, besprach er die besonderen Aufgaben, welche die Stadtverwaltung im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen hat. Im einzelnen zeigte der Redner, wie weit die liberale Mehrheit in der städtischen Verwaltung von der Erfüllung dieser Aufgaben entfernt ist. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages wies der Redner an zahlreichen Beispielen nach, daß der Liberalismus, wie bisher, so auch ferner nicht daran denken wird, die Pflichten zu erfüllen, die einem großstädtischen Gemeinwesen obliegen. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es deshalb, dafür zu sorgen, daß der Einfluß des rückgratlosen Liberalismus gebrochen wird. Dazu bieten die bevorstehenden Wahlen Gelegenheit. Sie müssen von den Parteigenossen ausgenutzt werden, um den Liberalen zu zeigen, daß sie nicht die Vertreter der Massen des Volkes sind. Wenn unsere Parteigenossen sich in diesem Sinne an dem Wahlkampf beteiligen, dann werden dieselben der Sozialdemokratie neue Siege bringen. — Die Ausführungen des Vortragenden fanden lebhaften Beifall. —

In der Diskussion sprach Genosse Adolf Hoffmann. An bekannten Vorgängen aus Kommunalen Gebiet kenszeichnete er unter lebhaftem Beifall der Zuhörer die Charakterlosigkeit des Freisinn, der so er die Mehrheit hat, ebenso reaktionär ist wie die Konservativen. Auch die Mängel auf dem Gebiete des Schulwesens sowie in anderen Zweigen der städtischen Verwaltung kritisierte der Redner an der Hand von Beispielen. Schließlich plädierte er für die Wahl von Parteigenossen, damit den Leuten im roten Hause die Wahrheit gesagt werde. — Ohne weitere Debatte wurden die Stadtdirektoren Hugo Heimann für den 3. und Adolf Hoffmann für den 7. Bezirk wieder als Kandidaten aufgestellt. — Zum Schluß erfolgte die Wahl eines Komitees von neun Personen zur Vertretung der Wählerarbeiten in beiden Bezirken.

Die Versammlung für den 15. Bezirk in der Waldemarstraße 78 war leider nicht so zahlreich besucht, wie es die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert hätte. Das Referat hielt Stadtdirektor Bernhard Bruns. Sein Vortrag gewährte einen interessanten Einblick in die wichtigsten Aufgaben und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertretung. Er schloß mit der Bemerkung, daß es im 15. Bezirk bei der Wahl nicht mehr darauf ankomme, eine gegnerische Partei zu überwinden, sondern vielmehr die Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit vieler Wähler, die ihrer sozialen Lage nach zur Sozialdemokratie gehörten. — Hierauf nahm der Genosse Tolsdorf, der seit nunmehr 12 Jahren als Stadtdirektor des Bezirks tätig gewesen ist, das Wort und berichtete besonders auch über einen Teil der umfangreichen Arbeiten der Gemeindeverwaltung, denen er selbst vor allem seine Kraft zu widmen hatte. — In der weiteren Diskussion sprach noch Genosse Kuzendorf, der unter anderem auf den Mißbrauch der Feuerwehreinheiten im Streifenbedienenden und auf die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion dagegen hinwies. — Dann wurde Genosse Tolsdorf einstimmig von der Versammlung wieder als Kandidat aufgestellt. Als Wahlkomitee wurden die Genossen Lusche, Langhof, Pöschel, Groß und Kahl gewählt.

Die Kommunalwähler-Versammlung für den 16. und 19. Bezirk, sehr mäßig besucht, fand im Dreddener Kasino, Dreddenerstr. 97, statt. Genosse Dr. Jadel hatte das Referat übernommen. Redner behandelte die Aufgaben der Gemeinde auf dem Gebiete der Schule, des Krankentwesens, der Wasser- und Lichtversorgung etc., hierbei die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter hervorhebend, und schloß mit der Mahnung, dafür zu sorgen, daß immer mehr Vertreter unserer Partei ins Stadtdirektoren-Kollegium einziehen. — In der Diskussion berichtete Genosse Cwaid die Projekte der Großen Berliner Straßenbahn auf Untertunnelung einiger Straßenzüge und Verlängerung ihrer Konzeption auf weitere 90 Jahre, er kritisierte scharf die Verwendung städtischer bezahlter Feuerwehreinheiten als Streifenbrecher und zog die Ungültigkeitserklärung der Wahl unseres Genossen Kerfin in den Kreis seiner Betrachtungen.

Genosse Polenske sprach über die ungenügende Bezahlung der städtischen Arbeiter in den Gasanstalten, der Straßenreiner sowie der Riefelfeldarbeiter. Auch die Genossen Gottfried Schulz und Jadel forderten, wie der Redner, zur eifrigen Agitation für die Stadtdirektorenwahlen auf.

Als Kandidat für den 18. Bezirk wurde Genosse Dr. Jadel aufgestellt, die Aufstellung des Kandidaten für den 19. Bezirk wurde bis zu einer späteren Versammlung ausgesetzt.

In der „Alhambra“, Wallnertheaterstraße 15, hatten sich die Wähler des 20. und 21. Kommunalwahlbezirks eingefunden, um zu

den bevorstehenden Wahlen Stellung zu nehmen. Genosse Felix Wille, der bisherige Vertreter des 21. Wahlbezirks im roten Hause, hatte das einleitende Referat übernommen. In sachlicher Weise schilderte der Redner das Verhalten der freisinnigen Mehrheit in der Kommune Berlin. Das jaghafte Vorgehen bei der Eingemeindungsfrage, die Kurzsichtigkeit bezüglich der Kommunalisierung des Verkehrswesens haben genügend bewiesen, daß den meisten Vertretern der bestehenden Klasse das Verständnis für das Entwicklungsbedürfnis der Millionenstadt vollends abgeht. Nachdem er noch die Kronenhausmiserie, die Schulfrage und das famose Wahlrecht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen, schloß er seine Ausführungen mit dem Appell an die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die 3. Abteilung der Sozialdemokratie gehört. Nachdem noch Genosse Walder Rauasse in überaus interessanter Weise diese Ausführungen in den Schulfragen ergänzte, wurden Rauasse und Wille einstimmig zu Kandidaten für die beiden Bezirke nominiert. Zu Komiteemitgliedern für den 20. Bezirk wurden die Genossen W. Wille, Kieduhr, Frese und Weise, für den 21. Bezirk Wächner, Wischoff und Pilsch gewählt.

Die Wählerversammlung für den 20. Kommunalwahlbezirk fand in Leydeckers Saal in der Sophienstraße statt. Das Referat hielt Genosse Karl Liebknecht. Redner erinnerte daran, daß die sozialdemokratische Arbeiterklasse Berlins, so tüchtig sie sich auch bei den Reichstagswahlen zeigte, hinsichtlich der Beteiligung an den Kommunalwahlen noch lange nicht genügend ihre Schuldigkeit getan habe. Sonst hätte es längst ausgeschlossen sein müssen, daß eine Anzahl Wahlbezirke der 3. Wählerklasse immer noch von freisinnigen Spießbürgern im Stadtparlament vertreten werde. Umso mehr sei es bei den bevorstehenden Wahlen Pflicht jedes einzelnen Arbeiters, dahin zu wirken, daß die jetzt zu befehlenden Mandate den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zufallen. Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung übte Redner sodann eine an vielen Beispielen illustrierte treffende Kritik an der energielosen, fägigen Haltung der freisinnigen Majorität auf allen Gebieten der kommunalen Praxis und legte im Gegensatz dazu programmatisch unsere kommunalpolitischen Forderungen dar. — Hierauf hielt der Genosse Sassenbach, der auch diesmal als Kandidat aufgestellt worden ist, noch eine kurze anerkennende Ansprache an die Versammlung. Große Beifall erregte es, als der Redner eine Postkarte vorgezeigt auf deren Rückseite ein republikanischer freisinniger Wahlaufsatz gedruckt war. Derartige Postkarten verstand „das liberale Wahlkomitee“ jetzt in Form einer Versammlungseinladung an die „Mitbürger“ mit der Aufforderung, „einen Mann zu wählen“ usw. Denn dadurch würden auch die Interessen der Arbeiter besser gewahrt, als dies von jenen geschehen kann, die den Klassenhass schüren und auf den Zusammenbruch des Staates und der Monarchie hinarbeiten.“ Großer Beifall wurde dem Redner zuteil, als er in richtiger Würdigung dieser freisinnigen Mahnen darauf hinwies, daß wohl niemand den Klassenhass mehr säuen könne, wie das dem Berliner Kommunal Liberalismus so nahegehende Rühmännertum mit seiner gegenwärtigen Klassenausperrung. Im übrigen ermahnte auch er die Anwesenden, rege ihre Schuldigkeit zu tun, damit die wenigen Stimmen, die bei der letzten Nachwahl an unserem Siege fehlten, diesmal mit Leichtigkeit aufgebracht werden.

Nach beendeter Diskussion, an der sich Gegner trotz mehrmaliger Aufforderung nicht beteiligten, schloß der Vorsitzende Liepman mit einem kernigen Schlusswort die Versammlung.

Im sechsten Kreise, der mit vier Mandaten der dritten Abteilung an der diesmaligen Stadtdirektorenwahl beteiligt ist, fand die Aufstellung der Kandidaten in einer außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins statt. Das einleitende Referat gab der bisherige Vertreter für den 40. Bezirk, Genosse Leo Krons. Der Referent gab den Anwesenden ein Bild des Tätigkeitsfeldes der einzelnen Stadtdirektoren, eine Tätigkeit, die in der Hauptsache in den verschiedenen Deputationen und Ausschüssen zur Geltung kommt. Durch die Vergewaltigung der Regierung und der freisinnigen Mehrheit sind wir jedoch in einer der wichtigsten Deputationen, der Schuldeputation, nicht vertreten. Redner verbreitete sich in seinen folgenden Ausführungen des näheren über die bedauerlicherweise so miserablen Schulverhältnisse unserer Kommune. Während der Freisinn im Landtage, wo er keinen Einfluß hat, mit großen Worten für bessere Schulen und höhere Befoldung der Lehrkräfte schwärmt, drückt er sich in der Gemeinde nach Möglichkeit um die geringsten Verbesserungen herum. Genau so bildungsfeindlich wie zur Volksschule steht der Freisinn zur Fortbildungsschule. Nach einem kurzen Hinweis auf die Aufgaben der Gemeinde gegenüber den städtischen Arbeitern gegenüber, regte die Entziehung seiner Entlohnung über die Ungerechtigkeit der Entziehung des Wahlrechtes bei Krankenhausbehandlung, die nicht gleich bezahlt werden kann, Ausdrud. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurden die Genossen Koblenzer für den 33. Bezirk, Mars für den 38., Krons für den 40. und Ginge für den 46. Bezirk als Kandidaten nominiert. Nach einem warmen Appell des Vorsitzenden Freythalers findet die Versammlung ihr Ende.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Landtags-Erwahlungen in Wien.

Wien, 10. Oktober. (B. Z. V.) Bei der heutigen Reichsrats-Ergänzungswahl für den verstorbenen Abgeordneten Strobach im fünften Wiener Gemeindebezirk wurde der christlichsoziale Professor Sturm mit 5184 Stimmen gewählt; der Sozialdemokrat Neumann erhielt 3215 Stimmen. Die Landtags-Erwahl im neunten Wiener Bezirk, ebenfalls für Strobach, ergab die Wahl des christlichsozialen Professors Wolny mit 6006 Stimmen; der Kandidat der Freisinnigen, Dr. Jemant, erhielt 2351 Stimmen.

### Eine Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht.

Prag, 10. Oktober. (B. Z. V.) Der Landtag wurde wieder eröffnet. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Sitzung ohne jeden Zwischenfall geschlossen. Vor Beginn der Sitzung versammelten die Sozialdemokraten eine Kundgebung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, an der sich etwa 50.000 Arbeiter beteiligten. Die meisten Fabriken feierten. Die Manifestanten begaben sich in langem Zuge zum Ober-Landmarschall sowie zum Stadthalter, denen eine Deputation den Protest gegen die beachtenswerte Wahlordnung für den böhmischen Landtag und das Kurien-system überreichte. Die beiden erwiderten, daß einer so wichtigen Frage volle Aufmerksamkeit geschenkt werde, und daß die Bestimmungen zur Erweiterung des Wahlrechts mit den gebotenen Interessen verfolgt würden. Hierauf löste sich der Zug in voller Ruhe auf; der Verkehr, welcher vorher unterbrochen worden war, wurde wieder aufgenommen, die Läden, welche geschlossen hatten, wurden wieder geöffnet.

### Grubenunfälle.

Bohnum, 10. Oktober. Auf der Zeche „Pringregent“ wurde ein Bergmann durch herabstürzendes Gestein erschlagen. — Auf der Zeche „Dannenbaum“ wurden zwei Bergleute verschüttet und konnten erst nach 34 Stunden befreit werden.

### Schlägerei zwischen Soldaten und Zivilisten.

Hanau, 10. Oktober. (B. Z.) Im benachbarten Kesselstadt kam es vorgestern abend zwischen Soldaten und Zivilisten zu einer blutigen Schlägerei. Wie sich jetzt herausstellt, haben die Soldaten dabei umfangreichen Gebrauch von ihren Säbeln gemacht und drei Zivilisten tödlich verletzt. Ein Postkutscher erhielt einen schweren Hieb über den Kopf, so daß er den Verlust eines Auges zu beklagen haben wird.

Ein Buch über Amerika und die Handelsvertrags-Politik.

Am 1. März 1906 treten die Handelsverträge in Kraft, welche das Deutsche Reich vor Jahresfrist mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweiz und Serbien abgeschlossen hat.

Unter denjenigen Staaten, mit denen Deutschland tarifmäßig ausgearbeitete Handelsverträge schließt, hat es noch Handelsverträge mit einer ganzen Reihe von Staaten, denen kein Tarifvertrag, sondern ein einfacher Meißbegünstigungsvertrag zugrunde liegt.

Als Gegenleistung sichert die kaiserlich deutsche Regierung den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Einfuhr nach Deutschland diejenigen Zollsätze zu, welche durch die in den Jahren 1891-1894 zwischen Deutschland einerseits und Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweiz und Serbien andererseits abgeschlossenen Handelsverträge diesen Ländern zugestanden worden sind.

Wenn diese Klausel unverändert bliebe, so würden vom 1. März 1906 ab u. a. alle Agrarprodukte, für die der neue deutsche Vertragsthese höhere Zollsätze enthält als der bisherige, von den Vereinigten Staaten zu den jetzigen gemäßigteren Sätzen nach Deutschland eingeführt werden können.

Bei der ungeheuren Wichtigkeit, die der deutsche Handelsverkehr mit der nordamerikanischen Union für unsere Volkswirtschaft hat — es handelt sich um einen Warenaustausch von jährlich über 1400 Millionen Mark im Wert — ist eine Untersuchung, welche die Handelspolitik und die handelspolitische Lage der Vereinigten Staaten im großen geschichtlichen Zusammenhange durch Zurückgreifen auf das beste einschlägige Material festzustellen sucht, von vornherein sicher als ein höchst verdienstliches Unternehmen zu bezeichnen.

Leider können wir nicht das Gleiche von der Tendenz des Buches sagen. Schippel verfährt sich allerdings im Vorwort dagegen, daß sein Buch „zu irgendwelchen Konkreten oder gar schon zu endgültigen Entscheidungen drängen“ wolle.

Schippel hat z. B. ganz recht mit seinem Nachweis, daß die Vereinigten Staaten den handelspolitischen Gegenständigkeitsverträgen, die sie in der ersten Hälfte — meist sogar im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts abgeschlossen haben, später eine Deutung gegeben haben, die nicht nur deren Wortlaut, sondern auch, was noch mehr ins Gewicht fällt, dem Sinn, den sie seinerzeit nach damaliger Lage der Dinge bernaunfängerweise nur haben konnten, fast widerspricht.

wurde, darunter die Aufnahme des Panamerikanismus sowie die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten sich in Europa Ländern gegenüber sahen, die untereinander spezialisierte Zolltarifverträge abschlossen. Da die Vereinigten Staaten nun ihrerseits den Standpunkt des autonomen Zolltarifs nicht verlassen wollten, blieb ihnen dieser veränderten Sachlage gegenüber kaum etwas anderes übrig als die Gegenständigkeitsklauseln zu ändern.

Schippel kommt immer wieder auf den Umstand zurück, daß Deutschland, welches doch ein so groharter Abnehmer von Ausfuhrartikeln der Vereinigten Staaten sei, sich seinerzeit nicht mehr Begünstigungen von diesen erwirken konnte, als Frankreich, das viel weniger von ihnen abnimmt.

And wenn's sich nur um die Amerikaner handelte! Die werden selbst wissen, was sie wollen und können. Ein bißchen Stoff kann da nicht viel schaden. Aber wir haben es bei uns selbst mit Zeiten zu tun, die seit langem und in nicht zu verkennender Absicht auf einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten losarbeiten.

Schippel zitiert u. a. Stimmen gegen die Varentaratoren — Agrarier —, welche die Amerikaner in ihren Zollhöfen behufs Abschätzung des Wertes der eingeführten Waren ange stellt haben. Aber er sagt nichts davon, welcher Unfug auf europäischer Seite mit falschen Fakturen beim Export nach Amerika getrieben worden ist.

Diese Vorbehalte waren notwendig, um jeder Ausschlagung des Schippelschen Buches seitens der Hochschulgötter und Agrarier von vornherein entgegenzutreten. Schippel nimmt in Zollfragen einen anderen Standpunkt ein wie die große Mehrheit der Partei. Damit muß man sich abfinden. Immerhin können wir es nur bedauern, daß sein an wertvollen Untersuchungen so reiches Buch den bezeichnenden Vorbehalt enthält.

Ed. Bernstein.

Gewerkschaften und Parlament.

London, 5. Oktober. (Fig. Ver.) Diese Woche hielten der Verband der Vergleute von Großbritannien und die Vereinigte Gewerkschaft der Eisenbahner ihre Jahreskonferenzen ab. Die Vergleute tagten in Blackpool, wo 88 Delegierte 510 000 organisierte Arbeiter vertraten.

schlag für nicht in Ordnung. Der schottische Bergmann Stanley meinte, es sei ja begreiflich, daß die bisherige Behandlung der Bill wegen Mann zur Verzweiflung bringen könne, aber in einem konstitutionellen Lande wie England müsse man alle gesetzlichen Mittel erschöpfen, ehe man in einen so schrecklichen Kampf eintrete.

Die Konferenz bewilligte schließlich 1000 Pfund Sterling für die Behandlung der ermittelten Arbeiter. Die Konferenz der Eisenbahner tagte in Sheffield. Es waren 60 Delegierte anwesend, die rund 55 000 Arbeiter vertraten.

Die Konferenz der Eisenbahner tagte in Sheffield. Es waren 60 Delegierte anwesend, die rund 55 000 Arbeiter vertraten. Diese Gewerkschaft umfaßt kaum den zehnten Teil der im Eisenbahnverkehr des Vereinigten Königreichs beschäftigten Arbeiter.

Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

- gingen weiter ein: Von den Arbeitern der Firma Verh, Koffer- und Lederwarenfabrik, 9,70. Liste 4723 Firma Epim u. Sohn u. d. Gärtnern 12,05. Liste 5987 Arbeiter der Tischlerei Wacimley 29,40. Von den Tischlern d. Firma Dittmar, Vordagen 33, 10,25. Tischler bei Schön u. Grünthal 16,30. Arbeiter v. Hoelch, Zwickau u. Co., Charlottenburg, 10,40. Liste 8507 Arbeiter der Firma Grund, Altdorfstr. 63, 21,50. Liste 199 Arbeiter der Buchdruckerei Woeber 26,55. Schulz 1, Liste 3557 Metallfabrik Robert 22,25. Arb. d. Regelestellung Neuenburgerstr. 31 8.— Buchdruckerei C. Rosen 10.— Liste 1796 Saal I R. E. Pfaff, 1. Rate 24,00. Liste 4512 Tischlerei Reine, Königsbergerstr. 9, 2,25. Tischlerei Anders, Königsbergerstr. 29, 11,45. Arbeiter der geteilten Wellfirma, Krausstr. 38a 9.— Werkstatt Baronsh, Petersburgerstr. 3 10.— Arbeiter v. Schubert u. Wörth, 1. Rate 73,25. Wagnersche Fabrik u. Holz, 1. Rate 19.— Goldschmiedefabrik Anders, Beuthstraße 4, 1. Rate 9.— Liste 5982, Flammenberger Schnelz, Metallfabrik, 1. Rate 29,35. Wagnersche Fabrik, Liste 1364 15,90. Arb. d. Stadthaus Beschlag 6,75. Liste 4695 u. 99, Arbeiter d. Hogenlampenfabrik H. Reiner 29,50. Liste 4404, Werkstatt Bröter, Radesdorferstr. 26, Tischlerei 31.— Liste 4470, Köhlmachereifabrik Rütze, Riesen-Str. 6 7,30. B. d. Angestellten der Anningstrassenfahse d. Tischler 16.— B. d. Schloßerei d. Firma Jacob 8.— S. Wühlverein Wühlvereine in Sigdorf 30.— Arb. d. Telefon-Tischlerei Weyer 19,15. Liste 3992, Arb. d. Firma Kurz, Simonstr. 13 17,50. Liste 1481, 1476 von den Schlossern der Steinbrüder und Wllg. D. Str. 42,05. Von den Kollegen der Firma Risch, Belleallianenstr. 3 6.— Von den Arbeitern der Firma Hoffmann 16.— Von dem Fabrikpersonal der Firma H. O. Duff 24,00. Von den Kollegen der Goldschmiedefabrik A. Spieckede 12,90. Von Tapezierwerkstatt Blotom u. Diemer 20.— Metallwerkstatt Schütz, Alte Jakobstr. 48a, 1. Rate 5.— Von den Tischlern der Wagnersche Fabrik Albert durch Holzschmied, 1. Rate 5.— Liste 2540 Schuchardt Saal Flammenberg 72.— Liste 2541 Schuchardt Saal Flammenberg 61.— Liste 3411 Schuchardt Saal Flammenberg 43,75. Liste 3412 Schuchardt Saal Flammenberg 23,75. Liste 3413 Schuchardt Saal Flammenberg 27,40. Von der Firma „Germania“ Fabrik für Automaten-Restaurant 14,50. Liste 3927 von den Kollegen der Firma Krüger, Nollschtr. 41 48,50. Stadthaus Reiner u. Co. 12,70. Metallfabrik Wey, Neuland, Langstr. 9 1. Rate 7,00. Liste 13807 Firma Lindström, 1. Rate 106,25. Liste 13806 Doboschütz, Weidingerstr. 8 9,50. Holzschuh, Buchbinderei-Röt. 12.— Von den Mechanikern der Firma Gd 11.— Liste 1317 Bauhilferei H. G. Hoffmann, Brinzenstr. 47 24.— (Gesamtamt auf d. Baustelle Liste 5513 Cranenstr. 24 10,05. Von den Tapezieren und Arbeiterinnen d. F. Dunsch, Kranenstr. 11, 1. Rate 40.— Von drei Gelehrer-Arbeitern, Max Schmidt 4,00. Von den Kollegen der Metallfabrik Kammel, 1. Rate 120,00. Arbeiter der Metallfabrik Schüller u. Böhm, Weidenweg 37 17,00. Bauhilfmann Liste 2679 6,70. Arbeiter der Werkstatt H. Thomas, Vordagenstr. 16a Liste 5105 5,50. Berliner Elektro-Gelat-Baren-Fabrik 22,00. Von den Arbeitern der Firma Boas 12,50. Von den Arbeitern der Firma G. Koller, Grunewaldstr. 29 18,00. Liste 539 Personal der Kartonfabrik Sturzbecker Knapp, 7,85. Kollegen d. Tischlerei Hoop, 1. Rate 13,15. Liste 3586 Kollegen der Metallfabrik H. Götner 12,00. Liste 1794 Kollegen der Bauhilferei Denke, Marienb. 29,50. Liste 179 Kollegen der Buchdruckerei Götler, 1. Rate 11,75. Liste 4402 87,20. Kollegen d. Tischler Wegband u. Namlos 7,00. Schloßerei v. Karl Stern und Gebrüder Ludwig 12,50. Gelehrerfahse der Firma Wilmanns 20,25. Tischlerei Müller, Waldenstraße 6,25. Bauhilferei Faams 15.— Liste 1383 Schultheis Brauerei, Wt. 4 u. d. Handwerker 23,20. Arbeiter des Maschinenbau v. Beodny u. Seidel 19,00. Metallarbeiter v. Bruggemann aus Liste 3857 30,80. Liste 4407 Tischlerei Siebert u. Unfendach 23,45. Liste 204 Tischdruckerei Haj u. Gaele 40.— Stempelwerkstatt von Kote u. Weiland, 1. Rate 5,15. Schuhmacher - Werkstatt Wöhr u. Speyer, Jägerstr. 14 16,50. Liste 5133 Kocherleger und Helfer von Eigenbors 15,10. Liste 5810 Tischlerei u. Holzer von Briller u. Rohmann, 1. Rate 18,20. Berl. der Buchdr. Janszowski 27,80. Liste 5125 7.— Liste 5359 19,50. Liste 5367-68 Tischlerei Gebr. Paul, Dampfmaschinen 63,50. Liste 5127 d. Paul Rörten 29,75. Liste 7393 Tapezierer v. Se. Schg.-Str. 11,50. Liste 1503 Wolff, Sorauerstr. 100 63,50. Liste 1500 Arbeiter von Wagner u. Sunnebel 19,00. Liste 1499 Werkstatt Prezel 10,80. Liste 1498 Arb. d. Firma Wöhlfabrik u. Goldschmidt 10,95. Arb. d. Bauhilferei von Gebrüder Auge 12.— Liste 5070 Leipziger Buchd. H. G. Pfeilche durch H. Schwabe 28,85. Buchdruckerei Gebrüder, Jahn u. Landt 19,65.— Verband der Tischler, Kälte Berlin, auf Witten: 2717 Bau Schmidt 28.— 2713 Bau Lebermann 11,10. 4056 Bau Schuppmann 14,50. 2702 Bau Seiche, Kugelstraße 6,05. 4038 Bureau Engländer 9,90. 4055 durch Schulz 18,50. 4046 durch Paul 5.— 4096 durch Bedow 7,50. 2705 durch Randt 14,25. Bau Gielow, Liebenwalderstraße 15,65. Bau Schwarz, Krefelderstraße, durch Dein 10.— 4047 durch Gade 19,10. Summa 157,65 R.— Liste 3509, a. d. Gruben der Firma Heinrich, Wlke u. Co. 11,75. Gelehrerfahse des konstanten Kollegen 2,50. Liste 4549, non d. Tischlern u. Polierern der Werkstatt Simon 17,35. Von den Tischlern u. Radierern v. Schmidt u. Brämann 7.— Liste 1705, Tischlerei Alfred Wöhl, Krefelderstraße 8.— Liste 4709, Arbeiter der Holzfabrikfabrik Steiman u. Co., Wühlstr.-Ufer 55 13,25. Von den Kollegen der Firma Wolandt u. Co. 2,50. Kollegen der Tischlerei Ruch, Kropfenstr. 9 16,25. Arb. der Tischlerei Kling, Schloßstr. 10 9.— Liste 700, Buchdrucker von der Firma Krause, Wagnersdr. 93 5,10. Tischler d. Firma Wöhl, Vordagenstr. 26 23,20. Liste



Farung und auf die künftige Entwicklung der Bahrischen Bank für Handel und Industrie ein entscheidender Einfluß eingeräumt. Erstere wird dadurch, insbesondere auch durch die Zweigniederlassungen des affiliierten Instituts in Nürnberg, Bamberg, Würzburg und Regensburg in die Lage versetzt, ihre alten Beziehungen in Bayern zu stärken und zu erweitern, während die Anlehnung an die in Bayern allbekannte und angelegene Darmstädter Bank der Bahrischen Bank für Handel und Industrie neue Anhänger gewinnen wird.

Die Bahrische Bank ist erst 1898 gegründet und verteilte in den beiden ersten Jahren 6 Proz. Dividende. Schon im Geschäftsjahr 1901/02 ergab sich jedoch nach Aufhebung des Reservefonds eine Unterbilanz von 3 Millionen Mark, die zur Reduktion des Aktienkapitals von 12 auf 9 Millionen Mark durch Zusammenlegung der Aktien führte. Die „Sanierung“ hatte aber keine wesentliche Besserung der Geschäftslage zur Folge, denn in den letzten drei Jahren vermehrte sie nur 2, 2 1/2 und 3 Proz. Dividende auszuschießen.

**Neue Schanzscheinebegebung.** Die Reichsbank hat gestern wieder, wie vor einigen Tagen, 25 Millionen Mark Reichsbankscheine, das heißt Wechsel, die vom Deutschen Reich ausgestellt sind, an der Börse verkauft. Damit hat sie den Privatdiskontsatz wieder um ein Viertel Prozent in die Höhe geholt und die Differenz zwischen dem gegenwärtig recht hohen Kaufsatz und dem Privatdiskontsatz etwas verringert. Die Reichsbank tut das aus zwei Gründen: Einmal liegt es in ihrem Interesse, die Differenz zwischen dem beiden Diskontsätzen nicht so hoch zu halten. Denn ist die Differenz sehr groß, so wird ein Teil der Wechsel, die sonst von den Provinzialbankiers an die Reichsbank verkauft werden würden, an die Privatbanken geschickt, welche nehmen die Papiere zu einem Satze ab, der etwas höher ist als der Privatfuß der Börse, aber nicht so hoch als der Zinssatz der Reichsbank. Dadurch entgeht der Reichsbank ein gutes Geschäft. Gleichzeitig aber kann das Deutsche Reich immer Geld brauchen und so ist es ja auch ganz angenehm, bei dieser Gelegenheit sich von der Börse für den Reichsbanksekretär etwas Geld zu leihen.

**Klage an der Berliner Börse.** Schon lange besteht die Absicht an der Berliner Börse, Vergewaltigung, d. h. die Anteile sogenannter Gewerkschaften, zur offiziellen Einführung zu bringen. Bisher wurden sie nur im freien Verkehr gehandelt und die Bankiers konnten ihrer Kundenschaft Preise normieren, wie sie es wollten. Als das Bestreben aufkam, eine offizielle Notiz herbeizuführen, erhoben sich diese Bankierkreise und protestierten, natürlich offiziell nicht im eigenen Interesse, gegen die Einführung. Sie machten geltend, daß das Vorgehen dem widerspreche, und in der Tat ist die Frage juristisch sehr zweifelhaft. Nachdem aber in Frankfurt a. M. die Vorbenörden die Einführung beschlossen hatten und nachdem auch andere Städte ähnliche Absichten hegen, hat heute der Börsenvorstand der Berliner Börse sich eingehend mit der Frage beschäftigt. Die Ansichten waren sehr geteilt und man wußte darum nicht recht, wie man beschließen soll. Man hat daher den Ausweg gewählt, abzuwarten, welche Stellung die Berliner Zulassungstelle, d. i. diejenige Vorbenörde, bei der die Anträge auf offizielle Notierung gestellt werden müssen, einnehmen wird, wenn ein solcher Antrag auf Zulassung gestellt worden ist. In den Kreisen der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie sträubt man sich ebenfalls gegen die Notierung, weil man befürchtet, Herr Müller könne, wenn die Börse einmal in den Klagen offiziell Handel treibt, leichter zugreifen, als wenn die Herren die Majoritäten in der eigenen Hand behalten.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Lederarbeiter, Weißgerber und Lederfärber** nahmen gestern den Bericht der Kommission entgegen. Nach diesem sind etwa 700 Mann ausgesperrt, davon sind 50 Mann abgereist resp. anderwärts untergekommen. Ein erfreuliches Zeichen der Solidarität haben 14 Arbeiter (Vorstörer), 19 andere Arbeiter und 5 Mädchen gegeben, indem sie einmütig die Arbeit niedergelegt haben, ohne Forderungen zu stellen. Auch zwei Zipfel (zweite Werkführer) haben sich in letzter Stunde der Bewegung angeschlossen. Ferner wird berichtet, daß man den Fabrikanten die Adresse des Streik-Komitees mitgeteilt habe, diese aber dies als Dummkopf in Verhandlungen einzutreten, aufgefordert haben. Die Streikkommission ist daraufhin von den Unternehmern geladen und haben am Sonntag Verhandlungen stattgefunden, die jedoch ohne Resultat verlaufen sind. Der Hauptpunkt, gegen den sich die Unternehmer sträuben, sei die Verkürzung der Arbeitszeit, an der von den Arbeitern entschieden festgehalten wird. Die Verhandlungen, die sehr sachlich geführt werden, lassen die ganze Situation günstig erscheinen. Die Kommission empfiehlt den Kollegen, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten. Es gäbe keine Ursache, irgend davon abzugeben. Es wird dann noch eine scharfe Kritik an dem Verhalten der übrigen sogenannten Zipfel geübt, welche es — statt mitzulämpfen — vorgezogen haben, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Allgemein ist die Meinung vorherrschend, daß man nach einem günstigen Ausgang der Lohnbewegung mit diesen Elementen nicht wieder zusammen arbeiten könne.

**Verband der Wäsche- und Krawattenbranche.** Bis auf weiteres sind die Firmen Stein Söhne, Grüner Weg 5, Paul Isaak, Michaelkirchstr. 23a, A. Wertheim, Rosenthalerstr. 28, Carstens u. Lachmann, Zimmerstr. 29, und Kirshelm u. Michaelis, Märkischer Platz 1, für alle Zuschneider, Röhrenmacher, Plätterinnen sowie alle Arbeiterinnen gesperrt. Die Sperre über die Firma Gebr. Borchardt, Neue Königstraße, ist aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

**Auf der Hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft** in Linden bei Hannover ist die Gesamtaussperrung erfolgt. Dieser Abschluß war vorauszusetzen, nachdem schon am Sonnabend die Zahl der Ausgesperrten auf 1400 gestiegen war, da die Direktion systematisch eine Abteilung nach der anderen, die sich weigerte, die Arbeit der vorher Ausgesperrten zu tun, sofort entließ. Am Montagmorgen ist auf diese Weise der Rest, circa 400, entlassen. Der Betrieb ruht vollständig. An eine friedliche Beilegung des Konflikts ist einzuweisen nicht zu denken.

**Zum Weberstreik in Reichenbach i. S. d. S. wird und geschieden:**

Die Unternehmer erklären jetzt, daß Artikel, für die es bisher schon höhere Löhne gab, als im Tarif festgelegt worden ist, auch weiter in höherer Höhe bezahlt werden sollen. Ferner soll eine Schlichtungskommission gewählt werden, die über Streitigkeiten bezüglich des Tarifs entscheiden soll. Schließlich erklärten die Unternehmer noch, daß sie für den Neinstundentag seien. Die Bewilligung des Neinstundentages müsse indessen erst vom Verbands der Textilindustriellen genehmigt werden, doch sei an diese Bewilligung nicht zu zweifeln. Die von den Textilbaronen auf die schwarze Liste gesetzten 36 Weber sollen aber weiter gemahregelt bleiben.

In einer ungemein stark besuchten Versammlung nahmen die Streikenden und Ausgesperrten am Montagmorgen Stellung zu den neuen Bedingungen der Unternehmer. Die Abstimmung erfolgte mittels Stimmzettel. Mit 1047 gegen nur 4 Stimmen wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die heute am 9. Oktober er. tagende Versammlung der Ausgesperrten und Streikenden erkennt an, daß der neue Lohnvertrag Verbesserungen bietet; die Versammlung bedauert, daß einige Hauptforderungen, z. B. die Entschädigung für das Warten auf Material, ferner das Verarbeiten von schlechtem Material in Stundenlohn, Einführung von Arbeitertauschkassen u. a. m. nicht berücksichtigt worden sind.

Die Versammlung beschließt auf die letztgenannten Forderungen zu verzichten und den Lohnvertrag anzunehmen.

Die Versammlung erwartet, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen, daß der Verband schlesischer Textilindustrieller in seiner morgigen Generalversammlung die Reichen-

bacher Weberstreikiger veranlaßt, die ausgesprochenen Forderungen zurückzunehmen.

Das Abstimmungsergebnis wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

**Zu Lohnkampf der Bauhandwerker zu Kiel** sind dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Vorschläge für den Abschluß eines neuen Tarifvertrages gemacht worden. Die Maurer sind bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, fordern einen Stundenlohn von 63 Pf. und sind bereit, die Forderungen betreffend Verkürzung der Arbeitszeit neuen Verhandlungen zu Anfang des Jahres 1907 zu überlassen. Die Zimmerer dagegen fordern die neunständige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 65 Pf. Die Innung Bauhütte und die Kreisvereinigung der Bauunternehmer lehnen diese Forderungen ab, erklären sich aber bereit, ab 1. Januar 1907 die neunständige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 65 Pf. zuzugestehen.

**Der Zustand der Damenschneider in Köln** hat erfolgreich geendet. Die Schneider-Zwangsunion hatte die Gehilfen zunächst an die einzelnen Arbeitgeber verwiesen, und als die Lohnkommission dem folgte, hintertrieb der Obermeister trotzdem die Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern, so daß diese rundweg jede Verhandlung mit der Gehilfenorganisation ablehnten. Jetzt aber haben sie sich genötigt gesehen, angesichts der Gefährdung der unabhängigen der Lohnkommission um Verhandlungen anzugehen, und so kam es zur Vereinbarung eines vollständigen Tarifs. Es erhalten selbständige Arbeiter pro Tag 6,50 M., Anfänger 4,50 M., Wendenlohn 4 M. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, wovon je eine Viertelstunde als Vor- und Nachmittagspause abgehen. Ueber- und Sonntagsarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag vergütet.

**Die Lithographen und Steindrucker in Offenbach (Main)** stehen in einer Tarifbewegung, die den Neinstundentag und Lohn-erhöhung anstrebt. Mit Ausnahme der Firma Sauer haben alle Unternehmer den eingereichten Tarif abgelehnt mit der Erklärung, sie seien wohl bereit, einem Vertragsabkommen für das ganze Reich zuzustimmen, aber Offenbach allein könne nicht vorangehen. Dabei unterliegt keinem Zweifel, daß nur von Ort zu Ort vorgegangen werden kann, auch bestehen bereits örtliche Tarifverträge, u. a. in Mainz, Stuttgart, Nürnberg und Kaufbeuren. Einer späteren Zusammenfassung und Verallgemeinerung der isolaten Tarifverträge steht jedenfalls nichts im Wege. Die Offenbacher Lithographen haben nun beschlossen, bis spätestens zum 14. Oktober die Kundigung einzureichen. Es bestehen in der Tat teilweise sehr üble Zustände, so im selben Geschäft für Lithographen 9 1/2 stündige, für Buchdrucker nur 8 stündige Arbeitszeit. Auch die Lohnverhältnisse sind vielfach traurig. Fabrikant Schmidt drückte als Stadtverordneter seine Verwunderung aus, wie ein Arbeiter mit 18 M. Wochenlohn auskommen könne, in seinem Betriebe aber müssen am hiesigen Lithographen mit 8 und 6 M. Wochenlohn heimgehen, in einem Falle gar mit 2,50 M.!

**Zum Holzarbeiterstreik in Würth.** In dem schon seit Wochen währenden Zustände spitzt sich die Lage noch mehr zu. Bekanntlich haben die Arbeiter sich dem Schiedspruch des Einigungsamtes gefügt, während die Unternehmer dies ablehnten und auf ihren minimalen Zugeständnissen bestehen blieben. Nun hatten die Streikenden über die Frage zu entscheiden, ob der Streik fortzuführen oder zu beendigen sei. Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und des Zentralvereins der Wildhauer erklärten sich entschieden für Fortsetzung des Ausstandes, die Christlichen und die Hirsch-Dunkerländer für Wiederaufnahme der Arbeit. Ob sie wirklich wieder in die Fabriken gehen, muß erst abgewartet werden, da viele von ihnen erklärt haben, daß sie sich dem Beschlusse nicht fügen wollen.

**Der § 153.** Vor dem Schöffengericht Nürnberg ist wieder ein Streikbrecher abgeurteilt. Während des großen Metallarbeiter-Ausstandes im vergangenen Sommer hatte der Maschinenmeister Müller den Schlosser Böhmer mehrmals einen Streikbrecher genannt, was dieser so übel nahm, daß er den M. beim Staatsanwalt wegen Vergehens wider den § 153 der Gewerbe-Ordnung anzeigte. Das Gericht entschied dahin, daß das Wort Streikbrecher zweifellos eine Beleidigung sei, in diesem Falle sei aber nicht nachgewiesen, daß M. den B. zum Anschluß an eine Lohnbewegung habe gewinnen wollen. Es liegt also nur einfache Beleidigung vor, da aber B. dahin keinen Strafantrag gestellt habe, sei der Angeklagte freizusprechen.

### Husland.

**Streik jüdischer Schlächtermeister in Amsterdam und Lohnbewegung ihrer Gesellen.** In der vorigen Woche hat sich in Amsterdam ein eigentümlicher Streik abgespielt. Die circa 50 jüdischen Schlächtermeister der Stadt hatten nämlich jede Lieferung von Fleisch eingestellt. Der Fleischverkauf hat in zwei von der israelitischen Gemeinde verwalteten großen Fleischhallen, wo jeder Meister seinen Laden hat, unter Aufsicht des Rabbinats zu geschehen. Die Schlächtermeister hatten bisher von jedem Fleischstück, das sie in ihren Läden brachten, 3,75 Gulden an die Gemeindefasse zu zahlen. Diese Abgaben wollte nun der Gemeindevorstand auf 4 Gulden erhöhen. Man versuchte es zuerst mit zwei Meistern. Diese weigerten sich, die höheren Abgaben zu zahlen und wurden dann aus der Halle hinausgewiesen. Sie meldeten es sofort ihrer Organisation und nun traten sämtliche jüdischen Schlächtermeister in den Streik. Ihre Gesellen schidten sie zum Streikposten zu setzen. Sie sollten namentlich aufpassen, daß kein rituell geschlachtetes Vieh von answärts eingeführt werde. Unter den jüdischen Schlächtergesellen waren aber einige, die ihrer Organisation nicht angehörten, und mit diesen wollten die organisierten Gesellen nicht zusammen auf Streikposten stehen. Um nun einem Streik des größten Teils ihrer Streikposten vorzubeugen, sahen sich die Meister genötigt, nur organisierten Gesellen dieses Amt zu übertragen. Der Streik der Meister endete nach wenigen Tagen mit dem Erfolg, daß die Erhöhung der Abgaben vorläufig rückgängig gemacht wurde, aber die Angelegenheit selbst aber mit den Meistern verhandelt werden soll.

Die jüdischen Schlächtergesellen haben ihren Meistern bereits im Februar dieses Jahres Forderungen auf eine bessere Regelung ihrer Lohnverhältnisse gestellt, warteten aber bisher vergeblich auf eine entscheidende Antwort. Jetzt erst, nachdem die Meister selbst mit Erfolg gestreikt haben, gaben sie ihren Gesellen — das Versprechen, daß die Sache in kurzer Zeit zufriedenstellend geregelt werden solle.

## Soziales.

### In Pollins Diensten.

Wir berichteten dieser Tage über eine Verhandlung vor dem Seemann in Hamburg, die den Selbstmord eines Matrosen auf dem Dampfer „Deutschland“ der D. M. R. A. G. betraf. Dies veranlaßt einen befahrenen Heizer, und seine Erfahrungen auf diesem Schiffe mitzuteilen. Er schied seinen Mitteilungen voraus, daß, obgleich die Lage der Maschinenarbeiter auf all den großen, mit raffinierstem Luxus für die Passagiere ausgestatteten Dampfern erbärmlich ist, die „Deutschland“ doch von allen Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie bei allen befahrenen Leuten als ein Art Strafschiff gilt. Befahrensleute nehmen nach unserem Gewährsmann nur in der höchsten Not Dienste auf der „Deutschland“. Auch von der Gesellschaft werden Leute zur Strafe auf dieses Schiff geschickt, wenn sie sich z. B. auf einem anderen Schiffe einer kleinen Verfehlung schuldig gemacht haben.

Auf dem Schiffe werden 180 Heizer und Trimmer gebraucht. Sie werden in drei Wachen zu 60 Mann für je vier Stunden eingeteilt. Das Logis der Leute liegt so tief, daß kein Fenster geöffnet werden kann. Die Ventilation funktioniert häufig nicht. Der Raum ist zwei Meter hoch und darin stehen drei Dutzend übereinander. Die Gänge zwischen den Betten sind 60 Zentimeter breit; darin sollen sich sechs Mann an- und auskleiden. Ein besonderer Umkleerraum ist nicht vorhanden. Der an den Arbeitskleidern

haftende Schmutz wird also in den Schlafräumen geschleppt. Dazu kommt meist noch der dem Körper anhaftende Schmutz. Denn der Wäscheraum ist äußerst mangelhaft. Für die 60 Mann sind in einer mäßig großen Stube vier Frauen, doch, meint unser Gewährsmann, da müßte wohl etwas im Rohre stecken, denn Wasser läme da nicht heraus. Man wäscht sich also notdürftig im Klübel. Man kann sich denken, daß da der Schlafraum und die Betten einladend aussehen. Dazu gefellen sich die unerträgliche Luft und unzählige Schwaben und Wanzen. Doch der Heizer und der Kohlenzieher schläft trotzdem in diesem Loge. Erstens ist es darin immer noch besser als in der fürchterlichen Stube des Heizraumes, und dann ist er von seiner vierfüßigen Arbeit zum Sterben müde, und nur ganz besonders kräftige und geübte Männer können das ertragen. Mancher einer wirft sich mit den schmutzigen Kleidern auf ein Bett.

Von den Wirkungen dieser Arbeit auf Unbefahrene hat unser Gewährsmann auf einer Fahrt Ende Mai dieses Jahres ein grauenhaftes Beispiel erlebt. Als das Schiff auf der Heimreise einen Tag aus dem New Yorker Hafen weg war, wurde ein Trimmer vermisst, ein „Rübetarbeiter“, deren es auf der „Deutschland“ immer etliche gibt. Nach fünf Tagen fand man ihn zwischen Sudbordleffel und Bordwand gebraten tot auf. Vermutlich hatte er sich während der Arbeit einen Augenblick verhängen wollen, ist darüber eingeschlafen und in den engen Raum zwischen Kessel und Bordwand gefallen. Als man ihn herausholte, wurde ihm ein Arm abgerissen. Von dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Seemann über den Todesfall ist uns nichts bekannt.

Bei all ihrer schweren Arbeit müssen sich die Leute die ärgsten Beschimpfungen und Prügeldrohungen gefallen lassen, wenn sie nicht flott genug arbeiten. Ein Kohlenloch, der schwingend in die Lohw befördert wird, enthält einen Zentner Kohlen. Eine Lohw enthält vier Körbe. Die auf Schienen laufende Lohw muß ein Mann schieben. Dabei muß er oft Kräfte hinauf und hinunter springen, da die Räume nicht in einer Ebene liegen. So geht er zeitweilig erheblich unter dem Niveau des Schienengeseisses. Dabei sind Kurven zu überwinden und da das Schiff ja auch seitliche Bewegungen macht, so reiben die Männer bald an der einen, bald an der anderen Seite; daher erfordert die Fortbewegung der Lohw ganz erhebliche Anstrengungen.

Das Essen wird als höchst eintönig und mangelhaft bezeichnet. Es bekommt zudem nicht etwa jeder Mann seine Portion zugeteilt, sondern das Essen kommt in großen Gefäßen für alle gemeinsam und so entfiel namentlich um das Fleisch oft eine wilde Balgerei. Wer da nicht mitmacht, für den bleibt eben nichts übrig. Unser Gewährsmann schreibt, daß es dabei zugehe wie in einem Raubtierkäfig des Zoologischen Gartens; er hat vergessen, daß da jedes sein Teil für sich bekommt. Während oben in den Kajüten die Passagiere mit den außerordentlichsten Speisen überreichlich bewirtet werden, müssen sich die Sklaven, die unten im Raume für die Fortbewegung des Schiffes in Blut und Schmutz ihre Lebenskraft aufschwemmen, um den dürftigen Bissen Fleisch kaufen wie wilde Tiere! Und die Aktionäre und Leiter des Unternehmens faden Millionen über Millionen ein!

### Secretretung vor dem Kaufmannsgericht.

Vom Kaufmannsgericht in Hannover wurde ein Referendar, der als bevollmächtigter Vertreter des Klägers aufzutreten wollte, als solcher zurückgewiesen. Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts begründete diese Entscheidung mit § 38 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht Hannover, wonach Rechtsanwältinnen und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßvollmächtigte und Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen werden dürfen. Nach § 33 des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht findet aber jener § 38 auch Anwendung auf das Verfahren vor dem Kaufmannsgericht. Der betreffende Referendar war Generalvertreter eines beurlaubten Rechtsanwalts, und er wurde auch abgewiesen, obwohl er erklärte, daß er aus freien Stücken ohne jede Gebühr aufträte, weil der Kläger am Erscheinen verhindert sei und er (der Referendar) die Streitfrage genau kenne.

### Gewerbliche Arbeiter und Fortbildungsschule.

Der Meister Tafel hatte einen Arbeitshilfschüler, der in seinem Restaurationsbetriebe tätig war, nicht die zum Besuch der Fortbildungsschule erforderliche freie Zeit gewährt. Er wurde deshalb in zweiter Instanz auf Grund des § 150 Nummer 4 der Gewerbe-Ordnung wegen Verletzung des Breslauer Ortsstatuts über den obligatorischen Fortbildungsunterricht zu einer Geldstrafe verurteilt. In seiner Revision machte nun T. geltend, die im Restaurationsbetriebe tätigen Personen seien keine „gewerblichen Arbeiter“; zum Besuch der Fortbildungsschule in Breslau seien aber nur solche verpflichtet. — Angeklagter berief sich auf ein Urteil des Kammergerichts.

Das Kammergericht verwarf indessen am 9. Oktober die Revision und führte aus: Arbeiter im Restaurationsbetriebe seien zweifellos gewerbliche Arbeiter. Das vom Angeklagten erhobene Urteil des Kammergerichts beziehe sich auf ein ganz anderes Ortsstatut, durch das eben Arbeiter in Restaurationsbetrieben von der Fortbildungspflicht ausgenommen gewesen seien, weil jenes Statut der Stadt Halle nur anführte: die gewerblichen Arbeiter usw. in Fabriken sowie in Handwerks- und Handelsbetrieben. Dazu gehören natürlich Gastwirtschaften nicht. Hier indessen seien ganz allgemein die gewerblichen Arbeiter in dem gewissen Alter der Fortbildungspflicht unterworfen. Angeklagter sei also mit Recht bestraft.

### Arbeiterwohnungen in Rom.

Rom, den 6. Oktober.

Dieser Tage hat das hiesige „Institut für vollständige Wohnungen“ die ersten vier Häuser eingeweiht. Es sind fünf Familienhäuser mit vierter, erster und zweiter Etage. Jede Wohnung enthält eine große Küche, vier große Räume, einen kleinen Garten und eine große Terrasse, die das ganze Haus bedeckt. Der Mietpreis beträgt 32 Lire im Monat für das Haus, das in 25 Jahren Eigentum des Mieters wird.

Das Institut, dem die Stadt Rom 700 000 Lire überwiesen und große Vorläufe gratis gegeben hat, bezieht außerdem ein Drittel der Steuer auf den Vorläufen (die ein Prozent des Wertes beträgt, etwa 100 000 Lire im Jahre). Es beabsichtigt mit diesen Mitteln in sechs Jahren für 732 Arbeiterfamilien 2422 Räume zu bauen, deren monatliche Miete pro Raum 4,50 Lire kosten wird. Außerdem sollen 528 Räume für bürgerliche Familien gebaut werden, deren jeder 10 Lire monatlich kosten soll. Da das Institut wenig Kapitalien hat, versucht es, möglichst viele der Häuser sofort zum Selbstkostenpreis, vermehrt durch den Wert des Grundstückes zu verkaufen. Wenn ihm das gelingt, werden natürlich entsprechend mehr Häuser gebaut. Als Käufer kommen nur Arbeitervereine, Genossenschaften und verwandte Verbände, nicht Spekulanten in Betracht.

Bei dem gewaltigen Unterschied zwischen dem Mietpreis der „Vollständigen“ und den in Rom üblichen Preisen ist sehr zu befürchten, daß sich indirekt die Spekulation einschleicht, wenn nicht strenge Maßnahmen gegen das Übermieten durchgeführt werden. So häßliche, geräumige und gesunde Wohnungen würden hier normalerweise etwa 85 bis 95 Lire im Monat kosten. Der Arbeiter zahlt für sein einziges Zimmer in den häßlichsten Stadtteilen 20 Lire. Bleibet wäre es besser gewesen, weniger vollendete und dafür mehr Wohnungen zu bauen. Sicher ist, daß, wenn das Proletariat Roms in solchen Häusern untergebracht wäre, der Staat und die Stadt Millionen jährlich an Gefängnissen und Krankenhäusern sparen würden. Aber was sind 732 Familien in einer Stadt mit mehr als einer halben Million Einwohner!

Die ersten Häuser liegen auf dem Corso Manzoni, in der Nähe von Sant Giovanni in Laterano, einem hohen und gesunden Teil der Stadt. Könnten an der Peripherie Roms auch nur 10 000 solcher Häuser entstehen, so hätte die „ewige Stadt“ eines ihrer größten und wichtigsten Probleme gelöst. Die hausbesitzenden Banken werden Sorge tragen, daß das nicht geschieht.

# Seltener Gelegenheitskauf.

Nach dem Umzuge

Saal-	Teppiche	50, 65 bis 90 Mk.
Salon-	Teppiche	30, 40 bis 65 Mk.
Speise-	Teppiche	25, 30 bis 50 Mk.
Wohn-	Zimmer-Teppiche	20, 25 bis 35 Mk.
Herren-	Teppiche	15, 18 bis 25 Mk.
Sofa-	Teppiche	6, 8 bis 14 Mk.
Bett-	Teppiche	1.25, 2.50 bis 5 Mk.

Außerdem offeriere die bei der Inventur zurückgebliebenen stets **680 Stück prima echt Velours** (kein Kunstseide) **echt Tournay, echt Brüssel** sowie **echte Smyrna- und Perser-Teppiche**, handgewirkt, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerklichen Mängeln, jetzt zum **Umzuge für die Hälfte des regulären Wertes.**

**Teppich-Haus** 43232

**B. Hurwitz, Rotes Schloß,**

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Telephon Amt I, 8311.

## Oktobertagung 1905

der Versuchs- u. Lehranstalt für Brauerei in Berlin vom 7. bis 15. Oktober  
in Berlin N., Seestraße (Institut für Biergärungsgewerbe).  
**XI. Brauerei-Maschinen-Ausstellung.**  
**XII. Gersten- und Hopfen-Ausstellung nebst Abteilung für Brauereien.**  
Eröffnung: Sonnabend, den 7. Oktober, mittags 12 Uhr.  
Täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.  
Vorführung der Pferde im Ring: Täglich 1 Uhr.  
Eintrittskarten: Dauerkarten 10 M., Tageskarten 2 M., Sonntagskarten 0,50 M.  
Vollständige Vorträge: nachmittags 2 Uhr.  
Näheres an den Säulenschildern.

**Auf Teilzahlung!!!**  
kaufen Sie am besten, wöchentl. nur 1 M.,  
Hörern- und Damenohren, Standuhren, gr.  
Standuhren, Regulateure, Freischwinger,  
Froschen, Ringe, Ketten, Silber-, Porzellan-,  
Kameras, Mandolinen, Phonographen,  
Plattenspielermaschinen, gr. Auswahl in  
Platten, echte Edison- und Columbia-Apparate  
und Wägen zu Original-Preisen.  
**Jahre & König**  
Dankhauer-Str. 72, I. Etage.  
Billale: Reinickendorferstraße 57, I.



**Andreas-Festsäle,** Inhaber:  
Fritz Walter.  
Andreasstraße 21.  
Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs die ergebene  
Mitteilung, daß ich selbige Säle am 1. Oktober übernommen  
habe, stelle sie mithin zur Abhaltung von Festlichkeiten und  
Versammlungen unter günstigen Bedingungen zur Ver-  
fügung. Um regen Zuspruch bittet **Fritz Walter.**

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg, Frankfurter-  
Fernsprecher Nr. 8. Chaussee 5.  
Jeden Mittwoch:  
**Große Soiree der Führmann-Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung:  
**Familien-Kränzchen.**  
Bonds haben Gültigkeit.  
Gebr. Arnholt.

**Möbel- und Polsterwaren**  
**Th. Knorn, Gerichtst. 10**  
am Hochplatz.  
Größte Auswahl in kompletten Wohnungsrichtungen von  
350 Mark aufwärts, bunte Küchen schon von 56 Mark an.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 43332

**Raucht Tassi-Cigarettes.**  
4061L  
**Stuhlflecht-Dr. Simmel,** Preisen  
Spezialarzt für 29/14  
Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4  
rohr in vorzüglicher Qualität.  
Stuhlflechter Wallstr. 16.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Das erste  
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr  
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,  
in der Hauptexpedition Linden-  
straße 69 bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Gardinehand** Große Franzfurter-  
straße 9, parterre. 17

**Teppich, Unterbett, Kissen** mit  
glattradem Füllst., zusammen 10,50,  
nur (Handliche) Andreassstraße 38. \*

**Wollwolle-gelbes Unterbett, Unter-**  
bett, zwei Kissen, 18,00, Andreass-  
straße 38. 8173\*

**Kammerstisch** Biedersteil, 27,00,  
Unterbett, zwei Kissen, 20,00,  
Großes Sofa, 100, Handliche  
Andreassstraße 38. Kleinfische nach  
Überall. 8188\*

**Bettenlagerer.** Braunkante, Privat-  
kante, Ausnahmepreise. Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 130\*

**Brautbetten, Bettinette, Aus-**  
nahmepreise. Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 130\*

**Gardinenverkauf, Steppdecken,**  
Tischdecken, Teppichverkauf, Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 130\*

**Bekanntmachung, Spiegelverkauf,**  
Regulateure, Freischwinger, Taschen-  
uhren, Uhrenten. Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 130\*

**Garderoben, Verschließens, ver-**  
fallene Kleider (Spottding), Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 130\*

**Bekanntmachung** neu Markt,  
Handliche, verkauft Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 130\*

**Teppiche (fehlende) in allen**  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlagerer, Handliche,  
Weidenweg neunzehn. 25/12\*

**Fahrräder, Teilzahlungen, In-**  
validenräder 148 (Eingang Ver-  
straße), Große Franzfurterstraße 56,  
Eingangstraße 40. 8893\*

**Sprechmaschinen, Prengla-**  
straße 42. 8893\*

**Gardinen, Stores, Bettdecken,**  
einmal billig. Reste 1 bis 3 Fenster  
Eingangstraße, Gardinen-Verkauf,  
Handliche, Weidenweg 1112. 8878\*

**Teppichhaus** Rüstenerplatz 7, billige  
Einkaufspreise für Waren aller Art,  
großes Lager in Wäsche, Betten,  
Uhren, Goldschmuck, Teppiche,  
Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. \*

**Sofas, größte Auswahl, von**  
21 Mark an, direkt in der Fabrik  
Andreassstraße 38. 8908\*

**Teppiche mit handlichen Beden-**  
kennzeichen Große Franzfurterstraße 9,  
parterre. 11

**Sofa wie neu 21,00, Reste,**  
Große Hamburgerstraße 18/19. 255/20

**Für solide Bauhandwerker habe**  
ich ergebene Baustellen unter gün-  
stigen Bedingungen. Referenzen  
aus Bauhandwerker-Verein 5. \*

**Taschenlöser, auch gebrauchte, reell**  
gearbeitet in eigener Werkstatt, sowie  
englische Bettstellen mit Matrassen  
Spottding, Stahlstreifenstraße 43,  
Stahlen. 24396

**Mahagoni-Trumeau, Kleiderständer,**  
Zollnerbureau, Tischensofa, Tisch-  
schlange, Kuschelbetten, elegante Ma-  
trassen. Andreassstraße 57, vorn  
Reiter, Logar. 8968\*

**Mahmaschinen, Vergüte bis**  
10,00, mer Teilzahlung läuft oder  
nachweislich 1,00 ohne Anzahl-  
ung. Alle Systeme. Postkarte. Drauser,  
Lüfterstraße 90. 89\*

**Gelegenheitskäufe: Galetots, An-**  
züge, Hosen, Koffer, Revolver,  
Leuchttur, Uhren, Goldschmuck, Resten,  
Spottding, Lude, Dramenstraße 131

**Reparatur** krankheitshalber zu  
verkauften Biederstraße 3. 150\*

**Reisekoffer, Operngläser, Re-**  
zeuge, Regulateure, Freischwinger,  
Harmonikas, Geigen, Silber-, Porzellan-,  
Teppiche, Spottding, Lude, Dramen-  
straße 131. 24546

**Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig**  
getragen Monogardenerbe von  
5 Mark an, große Auswahl, für jede  
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-  
geholte Waffeln laufen man an  
billigsten aus erster Quelle direkt  
nur beim Schneidemeister-Häufel, \*  
Hofenstraße 15 nur 3 Treppen. \*

**Steppdecken billige, Großes**  
Franzfurterstraße 9, parterre. 11

**Möbelverkauf in meiner Möbel-**  
fabrik Ballstraße 80/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umsatzes  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gelegte und verfallene Kleider, die  
wie neu sind, Kleiderständer,  
Bettische 27,00, Kuschelstühle 16, Kuschel-  
stühle mit Federmatratze und  
Reißkissen 30, Tischensofa 50, Panoel-  
sofa 70, Waffelsofa 20, Kuschel-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig,  
Transport frei. 43/15\*

**Schöne große Federbetten, Stand**  
20 Mark. Dresdenerstraße 38, vorn  
II. Hof. 43/16\*

**Zambouier - Maschinen, Hode-**  
meyer\*, alleinst. Fabrikant C. Dell-  
mann, Gollnowstraße 25, nahe der  
Landbergerstraße. 9098\*

**Rosenberg, Kolbenerdamm 98,**  
Mädchenjaden, Mädchenkleider, Klei-  
denauswahl, Spottpreise. 9188\*

**Rosenberg, Kolbenerdamm 98,**  
Knaben - Anzüge, Knaben - Paletots,  
Kopfen, Kleiderauswahl. Spottpreise.

**Rosenberg, Kolbenerdamm 98,**  
Damenjackets, Damencape, Paletots,  
Damenröcke, Damenblusen, Klei-  
denauswahl. Spottpreise. 9188\*

**Rosenberg, Kolbenerdamm 98,**  
Reste Hosen, Kammeln zu Kinder-  
jaden, Reste Kleider, Dreifachwand,  
Sakino zu Damenjackets, Reste zu  
Knabenanzügen und Mädchenjaden,  
Kostümstoffe, Zusatzstoffe gratis. Klei-  
denauswahl. Spottpreise. 9188\*

**Möbelfabrik.** Ganze Wohnungs-  
einrichtungen auf Teilzahlung bei  
geringer Anzahlung liefert die Möbel-  
fabrik, Schützenstraße 73/74. 8958\*

**Wäsche von 50 Pfennig an**  
abzugeben, Otto Liebe, Weberstr. 23,  
aus Wunsch durch Karte komme ins  
Haus. 7141\*

**Schuhgeschäft** zu verkaufen,  
Garten und Regelbahn, nahebei  
Rietze 1100 Mark. Dresdenerstraße 7.

**Hochbornsche Herrenanzüge**  
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.  
Verkauf Sonnabend und Sonntag.  
Verkaufhaus Germania, Unter den  
Linden 21. Keine Füllale. 9178\*

**Teilzahlung, Möbel- und Polster-**  
waren Kottbuserstraße 11, Quer-  
gebäude parterre. 19285\*

**Teppiche, Portieren, Gardinen,**  
Tischdecken, Steppdecken, Kissen,  
Bettvorlagen, Reste Spottding, Stehr,  
Münzstraße 17, Eingang König-  
graden. 8438\*

**Knabenanzüge, Paletots, Mädchen-**  
kleider, Jacketts, läuft man an  
billigsten Otto Hoffmann, Petermann-  
straße 14. 8858\*

**Monatanzüge und Winter-**  
paletots von 5,00 an, Kopfen von  
4,50 an, Hosen von 1,50 an, Geb-  
rodanzüge von 12,00 an, Frack-  
anzüge von 2,50 an, sowie für farbige  
Figuren. Neue Garderobe zu  
hause billigen Preisen, aus Hand-  
leihen verfallene Sachen, läuft man  
an vorteilhaftesten bei Rob, Mühl-  
straße 14. 24896\*

### Verschiedenes.

**Handliche** Heimerdorferstraße,  
Ede Greifswalderstraße. 1135\*

**Handliche, Feingestricke 63,**  
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 8928\*

**Einlieferung:** Sofa 5,00, Matratze  
4,00, auch anheim Haus. Dachmann,  
Andreassstraße 38. 8918\*

**Kuchenspeiserei** von Frau Kofsky,  
Charlottenburg, Goeßelstraße 84, I. \*

**Verleihung, allerhöchste, Möbel,**  
Büchereien, Pianinos, Fahrräder,  
Rahmens, Warenposten, Lager-  
speicher, Schmelzstraße 11. 8898\*

**Vereinszimmer (100 Personen)**  
frei Anders, Stettinerstraße 30. Fern-  
sprecher. 193

**Erklärung.** Reime hier-  
durch die schweren Verletzungen, die  
gegen Herrn Hans Lessing aus-  
gesprochen habe, zurück und erkläre  
denselben für einen Ehrenmann.  
Richard Schröder, Himmelsburger-  
straße 75. 1180

**Die Damenfabriken von**  
**Hoffmann & Rosenberg,**  
Blumenstraße 30,  
294/5\*  
**Gebr. Stahl, Grüner Weg 96,**  
sind gesperrt.  
Der Vorstand der Filiale Berlin.  
**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
Bei der Firma **H. Arnold,**  
Königsplatz 114, haben  
**Galanterie-Arbeiter und**  
**Arbeiterinnen**  
**Steindrucker und**  
**Korbmacher**  
wegen Verletzung und Nicht-  
erkenntnis des Tarifes die Arbeit  
niedergelegt. 25/10\*  
Zugzwang fernhalten!  
Die Ortsverwaltung.  
R. U. A. Hanks.

**Verband der Wäsche-**  
**u. Krawattenbranche.**  
Bis auf weiteres sind die Firmen:  
Erich Schöne, Grüner Weg 5,  
Paul Jank, Wilsdorfstraße 23,  
H. Wertheim, Rosenhaldenstr. 23,  
Kirschstein u. Michaelis, Märkischer  
Platz 1, für alle Zuschneider, Näher-  
innen, Wäscherinnen (sowie alle Ar-  
beiterinnen) gesperrt.  
Die Sperrung über die Firma Gebr.  
Borchardt, Neue Königstraße, ist auf-  
gehoben. Die Ortsverwaltung.

**Annahme-Stellen**  
für „Kleine Anzeigen“.  
Osten:  
Wengeld, Franzfurter Allee 79,  
Gustav Vogel, Rappentier 83,  
G. Ramm, Gr. Franzfurterstr. 91.  
Nordosten:  
Z. Just, Reibstr. 42,  
J. Neul, Barnimstr. 42.  
Norden:  
G. Rasche, Algenstr. 24,  
Karl Mars, Rastanien-Allee 95/96,  
Carl Weiche, Bismarckstr. 11/42,  
E. Traub, Rühlensplatz 24,  
H. Vogel, Demminstr. 32,  
H. Tied, Invalidenstr. 123.  
Nordwesten:  
Karl Anders, Salzburgerstr. 8.  
Südwesten:  
G. Werner, Altenuferstr. 30,  
G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
Süden:  
St. Fritz, Prinzstr. 31,  
G. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.  
Südosten:  
Paul Böhm, Luchter Platz 14/15,  
P. Försch, Angeliker 15.  
Charlottenburg:  
G. Scharberg, Eisenhändlerstr. 1.  
Friedrichsberg:  
O. Seidel, Kronprinzenstr. 50.  
Rixdorf:  
W. Heinrich, Prinz Danzbergstr. 7,  
Conrad, Hermannstr. 50.  
Schöneberg:  
Willy Bäumler, Martin Luchterstr. 51.  
Weißensee:  
W. Redte, Sedanstr. 53,  
Jul. Schiller, König-Chaussee 33a.  
Reinickendorf:  
P. Gurich, Droningstr. 108.

**Im Arbeitsmarkt durch**  
**Beforderen Druck hervorgehobene**  
**Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

**6 bis 10 tüchtige**  
**Gummischuh - Arbeiterinnen**  
werden bei gutem Lohn sofort  
aufgenommen. Angebote bitte  
U. 2 Expedition d. Zeitung.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter - Verband.**  
**Tischler u. Einsetzer!**  
Die Bauschneiderei Schneider,  
Görlitzer Ufer, und der Bau-  
schneider in Lüden, Lichter-  
felderstraße, Ede Potsdamerstraße,  
sind wegen Differenzen gesperrt.  
Zugzwang ist fernzuhalten.  
Die Ortsverwaltung.

**Stuffatoure!**  
Infolge Differenzen aus Anlaß des  
Streiks der Radfahrer und Spanner  
sind die Firmen  
**H. Gerschel,** Derslingerstr. 16,  
und Kaiser-Allee (Ede Hildegar-  
denstr.), sowie  
**Krüger & Lauermann,**  
Bismarckstr. 71 und 106a, Mari-  
burgerstr. 16 oder Eisenhändlerstr. 108  
für sämtliche Arbeiten **gesperrt!**  
Ortsverwaltung Berlin  
des Zentralverbandes der Stoffa-  
teure Deutschlands. (181/7\*

Zwölfte Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Freitagvormittag-Sitzung.

Geyer gibt Aufklärung, warum die Reichstagsfraktion für paritätische Arbeitskammern sei. Diese werden ihren Beschlüssen mehr Anerkennung verschaffen als Arbeiterkammern, deren Standpunkt die Gegner immer als einen einseitigen werden belächeln können.

Vogel-Kotibus tritt für die Resolution Riendorf ein. Die Anerkennung des 1. Rai bei den Fabrikanten durchzubringen sei nicht so schwer.

Hilg-Dresden: Er müsse den Ausführungen Naturows widersprechen. Seine Naturows Ansicht, sei nicht die der Dresdener Zigarettenarbeiter. Diese bleiben der Arbeitsruhe nicht fern, weil ihnen der gute Wille fehlt, sondern weil sie nicht feiern können.

Wilde mann in seinem Schlusswort führt aus, daß die fakultative Arbeitsruhe an Stelle der obligatorischen der Arbeiter ihre große Bedeutung genommen und das Interesse an ihr erlahmt habe. Wenn die Arbeitsruhe nur da eintritt, wo sie der Unternehmer zwingt, dann sei der demagogische Charakter gleich null. Trotzdem könne er der Resolution Riendorf zustimmen, weil er auch die Arbeiter auf der Höhe sehen möchte, die ihr der Pariser Kongress zugewiesen habe.

Die Diskussion wird noch mal eröffnet, weil der Siebener-Kommission die Riendorfsche Resolution nicht ganz richtig erschien.

Senke-Bremen begründet die abgeänderte Resolution. Der politische Massenstreik ist für die Gewerkschaften deshalb von Wichtigkeit, weil, wenn er gelingen soll, die Mitwirkung der Gewerkschaften von wesentlicher Bedeutung ist. Nebner begründet einen weiteren Antrag, daß der Vorstand des Verbandes auf jeden Fall auf dem Gewerkschaftskongress durch ein Mitglied vertreten sein müsse.

Geyer empfiehlt, die Resolution der Siebenerkommission abzuändern, weil sie der Debatte nicht konform sei; diese habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß der politische Massenstreik durch den Jenaer Parteitag erledigt sei.

Senke vertritt noch einmal die Resolution der Siebener-Kommission, weil hier nur der Standpunkt der Generalversammlung zu den Kölner Beschlüssen in Frage komme, mit denen die Generalversammlung nicht einverstanden sei.

Riendorf zieht seine Resolution zugunsten der der Siebener-Kommission zurück. Nach einer weiteren Bemerkung Geyers wird in namentlicher Abstimmung über die Resolution der Siebener-Kommission abgestimmt. Die Annahme ist einstimmig. Die Resolution lautet:

Die 12. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hält den Standpunkt des Kölner Gewerkschaftskongresses in den Fragen des politischen Massenstreiks und der Arbeiter für falsch. Die Versammlung erkennt nach wie vor in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Arbeiter. Der politische Massenstreik ist der Versammlung unter gewissen Vorbedingungen ein äußerstes Kampfmittel, das dazu dient, neue Rechte für die Arbeiterklasse zu erkämpfen oder reaktionäre Angriffe auf bestehende Rechte der letzteren abzuwehren. Die Generalversammlung steht benach in der Beurteilung des Kölner Gewerkschaftskongresses der Arbeiter und des politischen Massenstreiks auf dem gleichen Standpunkte, der vom „Tabakarbeiter“ eingenommen wurde.

Die Anträge über die Vertretung und Wahl der Vertreter für die Gewerkschaftskongresse werden mit der Maßgabe angenommen, daß bei 24 000 Mitgliedern 7 Delegierte von den Mitgliedern und einer von dem Vorstande gewählt wird.

Es folgt die Berichterstattung der Siebenerkommission.

a. Elm: An § 1 des Statuts ist keine Änderung vorgenommen worden, aber dem Vorstande solle das Recht bleiben, redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Bei § 2 ist eine Änderung vorgenommen worden dahin, daß mit Beitragsresten ausgeschlossene Mitglieder bei Wiedereintritt außer dem Eintrittsgeld vier Wochenbeiträge der Klasse, der sie sich anschließen, zu zahlen haben. § 3 bringt eine Erhöhung familiärer Beiträge um 5 Pf. und eine neue Klasse. Bei größeren Streiks und Ausstellungen ist der Vorstand zur Erhebung von Extrabeiträgen berechtigt in beliebiger Höhe ohne statutarische Begrenzung. Bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sollen künftig die Mitglieder ausdrücklich das Recht haben, die Beiträge weiter zu zahlen. Man habe während der Kommissionsberatungen viel gegen die Beitrags-erhöhungen gesprochen, die Kommission wollte sie auch vermeiden, und doch sei sie einstimmig zu der Erhöhung gekommen, und sie sei der Ueberzeugung, daß mit 5 Pf. der Verband noch nicht so gerüstet sein werde, wie es eine Kampforganisation sein muß. So wie bisher gehe es nicht weiter. Die Kommission beschrankte sich auf 5 Pf., um eine recht große Majorität für die Erhöhung zu bekommen. Bei den §§ 4, 5 und 6 sind keine Änderungen nötig gewesen. In § 7 waren die Streikunterstützungen nur Darlehen des Vorstandes gegen Wechsel. Diese Bestimmung ist zu streichen, weil praktisch ohne Bedeutung. Ferner ist die Festsetzung der Streikunterstützungen nicht mehr vom Ausschuss, sondern vom Vorstande vorzunehmen; der Ausschuss bleibt Berufungsinstanz gegen Entscheidungen des Vorstandes, mit dem er in solchen Fällen gemeinsam zu beschließen hat. Gegen diese Beschlüsse soll aber weiter kein Rekurs, bisher durch Abstimmung, mehr möglich sein. Die erste Entscheidung über die Genehmigung von Streiks bleibt also von nun an Sache des Vorstandes. Die Streikunterstützung wird festgelegt, und sollen 26 Wochen dem Verbands angehörende Mitglieder den Durchschnitt der letzten 4 Wochenlöhne erhalten, aber höchstens verheiratete Männer 12 M., unverheiratete 10,50 M., weibliche Mitglieder 9 M. wöchentlich, für Kinder sind 50 Pf. zu zahlen. Diese Unterstützungen werden allerdings Mehrausgaben bereiten. Die Gemahregeltenunterstützung soll in gleicher Höhe und nach gleichen Grundsätzen wie die Streikunterstützung gezahlt werden, aber ohne Karenzzeit. Die Arbeitslosenunterstützung soll betragen in den Klassen I und II 60 Pf., III 80 Pf., IV-VII 1 M., VIII 1,25 M., und zwar auch für die Sonntage. Die Dauer soll sein bei 26wöchentlicher Mitgliedschaft 21 Wochen, bei 52 Wochenbeiträgen 28 Wochen, bei 104 Wochenbeiträgen 35 Wochen und bei 168wöchentlicher Mitgliedschaft 42 Wochen. Darin liegt eine wesentliche Erhöhung der Unterstützung. Freiwillig aus der Arbeit scheidende Mitglieder sollen Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn sie innerhalb 3 Tagen nach der Arbeitsauflage den Ort verlassen. Ferner wird abreisenden Kollegen, denen wo anders Arbeit nachgewiesen ist, nach 26wöchentlicher Karenzzeit Jahrgeld 4. Klasse bezw. 3. Klasse, wo keine 4. besteht, gewährt. Langzugsgeld und Jahrgeld 4. Klasse soll gezahlt werden, wenn die Entfernung nicht weniger als 12 Kilometer ist. Familienmitglieder, die unorganisierte Tabakarbeiter sind, erhalten kein Jahrgeld. Unterstützung an erwerbsunfähige Mitglieder soll gezahlt werden: I. Klasse 35 Pf., II. Klasse 70 Pf., III. Klasse 50 Pf., IV. Klasse 70 Pf., V. Klasse 1,05 M., VI. Klasse 1,20 M., VII. Klasse 1,00 M., bei 28 Wochen Mitgliedschaft 42 Tage lang, bei 52 Wochen 75, bei 104 Wochen 120, bei 168 Wochen 168 Tage lang. Neu eintretende weibliche Mitglieder treten ohne weiteres in die I., männliche in die III. Klasse ein. Wollen sie später in eine höhere Klasse, dann ist ein ärztliches Attest nötig. Wer innerhalb der ersten drei Jahre insaktiv wird, erhält als weibliches Mitglied die Unterstützungen der I., als männliches der III. Klasse. Bei unheilbaren Kranken und in Anstalten Unter-gebrachten ruhen nach 26 Wochen alle Rechte und Pflichten, bei ihrem Ableben kann aber das Sterbegeld gezahlt werden. Hierin liegt eine notwendig gewordene Herabminderung der Leistungen.

Nachzutragen ist, daß die weiblichen Mitglieder nur in den Klassen I und II beitreten können. Die Wöchnerinnenunterstützung soll als Krankenunterstützung 8 Wochen lang gezahlt werden und bei Eintretender Erwerbsunfähigkeit an gerechnet werden. Das Sterbegeld soll betragen nach 26 Wochen in Klasse I 15 M., II 20, III 20, IV 25, V 30, VI 35, VII 40 M., bei 52 Wochen je 5 M. höher, bei 104 Wochen abermals und bei 168 Wochen noch einmal um 5 M. höher. Nebner schließt mit der Versicherung, daß eine Beitrags-erhöhung von 5 Pf. das Mindeste sei, was der Verband unbedingt brauche, denn die Kämpfe der Zukunft werden immer heftigere werden, und ihnen muß der Verband gerüstet gegenüberstehen.

Die Debatte wird ausgesetzt und inzwischen werden die Anträge 290 und 291 beraten. 290 besagt, daß den besoldeten Beamten, die auf der Generalversammlung anwesend sind, der Teil der Arbeitsentlohnung von den Diäten in Abzug zu bringen ist. 291 will 8 M. Diäten pro Tag und Fahrt 3. Klasse.

Den Antrag 290 begründet Lingner-Dessau. Nieder-Belland erklärt, daß die Verbandsbeamten 6 M. Diäten liquidieren, das sei nicht zu viel. Lingner zieht den Antrag zurück.

Anné-Speyer spricht gegen den Antrag 291. Ueber den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgen die Anträge 290 und 300, Lieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder durch den Verband. Geyer weist nicht, was mit dem Antrag bevest wird. Der Verband würde damit eigentlich zwei Organe haben. Wenn der „Tabakarbeiter“ den Antragstellern für die Interessierung der Frauen an der eigenen Industrie nicht genüge, so sei das ein schwerer, aber, wie er hoffe, unberechtigter Vorwurf. Der „Tabakarbeiter“ versuche die sozialpolitische Aufklärung der Frauen nach größter Möglichkeit zu fördern, und das sei das Wichtigste. Die große Ausgabe für die „Gleichheit“ könnte vielleicht dazu verwendet werden, Schriftstellerinnen für die Mitarbeit an „Tabakarbeiter“ zu gewinnen.

Frau Jähnichen empfiehlt Ablehnung des Antrages, gibt aber anheim, daß der „Tabakarbeiter“ noch mehr auf die weiblichen Mitglieder Rücksicht nimmt.

Reisler: Bei aller Anerkennung der Leistungen des „Tabakarbeiter“ sei er für Lieferung der „Gleichheit“, wenigstens da, wo Mann und Frau beide Mitglieder sind! Die speziellen Fraueninteressen werden in der von einer Frau geleiteten „Gleichheit“ den Frauen besser sargelagt, als in dem von einem Manne geleiteten „Tabakarbeiter“. Der Mann soll den „Tabakarbeiter“, die Frau an dessen Stelle die „Gleichheit“ erhalten.

Nieder-Belland ist vor allem in Anbetracht des Kostenpunktes gegen die Anträge.

Hilg-Dresden hält die Lieferung der „Gleichheit“ nicht für Aufgabe des Verbandes. Lingner empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Wilde mann ist für Abstimmung. Die Anträge werden abgelehnt.

Die Beratung der Anträge 301 bis 304. Insetate, die gegen die Interessen der Arbeiter sind, im „Tabakarbeiter“ nicht aufzunehmen, führt dazu, daß mit der befriedigenden Erklärung der Redaktion die Anträge als erledigt angesehen werden.

Ein Antrag Osnabrück, die Zusammensetzung des Vorstandes so vorzunehmen, daß alle im Verufe vertretenen Branchen vertreten sind, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Antrag Ronneberg, die Delegierten zum Gewerkschaftskongress sollten dahin wirken, daß Mitglieder, die von einer Gewerkschaft wegen Resten oder Verstöße gestrichen wurden, entweder die alten Beiträge zu bezahlen oder eine hohe Aufnahmegebühr zu zahlen haben, wenn sie sich einer anderen Gewerkschaft anschließen, wird bei starker Stimmenmehrheit angenommen.

Ein Antrag Magdeburg, daß selbständige Mitglieder, sobald sie dauernd Arbeiter beschäftigen, verpflichtet sind, dafür Sorge zu tragen, daß diese Verbandsmitglieder werden, wird einstimmig angenommen.

Es tritt die Mittagspause ein.

Freitag-Nachmittags-Sitzung.

Es ist folgende Resolution eingegangen:

Die XII. Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die angeklagten, seitens der Reichsregierung geplanten Tabaksteuer-Erhöhungen. Ueberhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, die die Ausbreitung der allgemein schädlichen Heimarbeit fördert und die Verabridung der Arbeitslöhne begünstigt, den Konsum an Tabakfabrikaten einschränkt und darum Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter zur Folge haben muß. Die Generalversammlung protestiert um so schärfer gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks, als der Staatssekretär des Innern, Graf v. Poladonstin, in der Holtzarkommission des Reichstages im Jahre 1902 auf Anfrage erklärte, die Regierung denke nicht an eine höhere Besteuerung des Tabaks. Sie protestiert gegen die trotz dieser Erklärung des Staatssekretärs durch die neuen Steuerprojekte und die veränderte Stellung der Regierung betriebene Beunruhigung der Tabakindustrie und fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen.

Weißer: Unter den zu erwartenden Steuern wird auch wieder der Tabak bluten müssen. Was das für die Tabakarbeiter bedeutet, weiß jeder von uns. Jede Steuererhöhung wird zunächst die treffen, die mit der Produktion in nächstem Zusammenhange stehen: die Arbeiter. Dem es ist Tatsache, daß die Fabrikanten die Kosten der Polizeierhöhungen auf die Schultern ihrer Arbeiter abwälzen. Die Großfabrikanten haben darum auch nichts gegen Steuererhöhung. Und auf deren Gutachten wird sich die Regierung stützen. Wenn aber die schon heute so traurige Lage der Tabakarbeiter durch solche Pläne noch schlimmer wird, was das herbe, brauche er nicht auszuführen. Wie haben deshalb alles daran zu setzen, um den Tabakarbeitern diese Pläne vom Hals zu halten. Ob es freilich von Erfolg sein wird, sei sehr fraglich; bei den gesetzgebenden Körperschaften helfen den Sorgen der Arbeiter gegenüber das Verhältnis und auch der gute Wille. Und das wird sich auch bei dem neuen Steuerbuckst wieder zeigen. Die sozialdemokratische Fraktion aber wird alles in Bewegung setzen, um die drohende Gefahr von den Arbeitern abzuwenden. Zunächst zieh es, der Tabak solle ein Mehr von 60 000 000 einbringen, dann sollte wieder bloß die Zigarette daran glauben usw., das aber sei sicher, daß die Tabakarbeiter werden daran glauben müssen. Deshalb muß diese Generalversammlung als die Vertretung der Tabakarbeiter ihre Ansicht laut kundgeben, denn die Arbeiter haben mehr Interesse daran, als die Fabrikanten. Er empfiehlt daher seine Resolution. Noch ein Punkt muß erwähnt werden. Viele Zigarettenarbeiter stehen der Zigarettenindustrie nicht sympathisch gegenüber, sie freuen sich vielmehr über die Reubelastung. Aber es sei zu beachten, daß die Zigarettensteuer nur ein Fünftel ist, daß es sich im Hintergrunde um eine Heranziehung der gesamten Tabakindustrie handele. Darum muß die Organisation gegen die Regierungsläne eine ganz intensive sein: es handelt sich um die Existenz der Tabakarbeiter. (Beifall)

Geyer: Man hat mit einer Zigarettenbesteuerung begonnen, um zunächst das Zentrum zu gewinnen. Wenn man sagt, es handele sich um eine Luxussteuer, so ist das eine Täuschung, denn eine Steuer auf Luxusartikel bringt nichts ein, das ist jedermann bekannt. Dem Zentrum soll die Verantwortlichkeit vor der Öffentlichkeit nur dadurch leichter gemacht werden. Dem im Hintergrunde stehen noch andere Steuern, die das wieder angewachsene Reichsdefizit decken sollen. Volkswirtschaftliche Gründe sind bei Steuerprojekten noch nie ausschlaggebend gewesen. So wird es diesmal wieder sein. Der Militarismus braucht Geld, und die Folge ist die Besteuerung von Konsumartikeln. In der Tabakindustrie kommen als Luxusartikel doch nur die Importen und die ganz teuren Zigaretten und Zigaretten in Frage, und das würde

nichts einbringen. Man wird deshalb in der Tat herabgehen und schon zehn-, ja achtzehnjährige Zigaretten als Luxusfabrikate bezeichnen. Das Zentrum ist ausschlaggebend. Und darum wird man, besonders in Preußen und Süddeutschland, dem Zentrum mächtig auf die Finger sehen müssen, indem man die christlichen Tabakarbeiter zum Kampfe gegen die Steuerprojekte gewinnt. Die Kleinfabrikanten zum Kampfe gegen die Projekte zu gewinnen, werde nicht allzu schwer fallen, wenn die Arbeiter sich nur einige Mühe geben. Die Kernfrage in diesem Kampfe ist die Organisierung des Kampfes. Dadurch wird der Verband auch neue Mitglieder gewinnen. Könnten wir in diesem Kampfe in einem Vierteljahre 5000 Mitglieder gewinnen, so würde das dem Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage einen gewaltigen Nachdruck verleihen. (Bravo)

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Nun folgt die Diskussion über die Vorschläge der Siebener-Kommission.

Müller-Berlin empfiehlt, den Vorschlag im allgemeinen so anzunehmen, wie er vorliegt. Bei § 8 moniert er, daß den Frauen nicht der Beitritt zu allen Klassen gestattet werde, wie es die Vorhandsvorlage vorsch, sondern nur Klasse I und II. Zu § 9 vermischt er, daß der Antrag Berlin auf eine redaktionelle Änderung, die Härten in der Auslegung vermeiden wolle, Berücksichtigung gefunden habe. Warum sollen die Beiträge heute nur um 5 Pf. erhöht werden, wenn es ganz sicher ist, daß die nächste Generalversammlung eine weitere Erhöhung bringen muß. Da ist es besser, schon heute 10 Pf. zu bewilligen.

Anné-Speyer: Ein Antrag Speyer sei nicht berücksichtigt worden, wonach ein vollberechtigtes Mitglied, wenn es aus einem anderen, der modernen Arbeiterbewegung angeschlossenen Verbands in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband eintritt, in die vollen Rechte und Pflichten des Verbandes eintritt. Das sei wichtig für die Arbeiterinnen in Speyer.

Wilde mann empfiehlt zunächst, sich über die Beitragserhöhung zu verständigen.

Langner-Ohlau: Nach den Verhältnissen in Schlessen könne er für eine Beitragserhöhung nicht eintreten. Man würde in Ohlau einen großen Misstand zu verzeichnen haben. Auch hätte er gewünscht, daß der Antrag Ohlau betreffend die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an Mitglieder, die durch die Schuld des Fabrikanten länger als drei Tage arbeitslos sind, Berücksichtigung gefunden hätte.

Hoffmann-Leipzig: Er sei auch gegen Beitragserhöhung, zumal in Verbindung mit Leistungsbeschränkung. Die Kollegen können darauf nicht eingehen. Die Klasse II hätte gestrichen werden sollen. Er könne sich mit der Klasseneinteilung bei der Arbeitslosenunterstützung nicht einverstanden erklären.

Vogel-Kotibus: Die Arbeitslosenunterstützung sollte vom ersten Tage der Meldung an gewährt werden. Beitragserhöhung sei unannehmbar.

Krause-Finsterwalde hätte auch gewünscht, daß die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage nach der Meldung gezahlt wird, das würde im Interesse der reisenden Kollegen liegen.

Banz-Rübeck kritisiert die Neuordnung des Unterstützungs-wesens, durch sie wird dem Simultantentum Vorschub geleistet. Die Beschneidung der Unterstützungen könne er nicht mitmachen, da sinimo er lieber für 10 Pf. Beitragserhöhung.

Reichmann wendet sich dagegen, daß der Vorstand die Beschlüsse der Generalversammlung von Dresden falsch ausgelegt habe. Darin, daß nur diejenigen, die arbeitslos gemacht werden, nicht diejenigen, die sich selbst arbeitslos machen, die Unterstützung erhalten haben, liege eine Schöpfung der Kasse. Ueberhaupt müßte die Beitragserhöhung noch viel höher sein, als sie vorgeschlagen ist. Und doch ist schon bei 50 Pf. jetzt ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen. Wenn der Verbandsvorstand etwas leisten solle, dann muß man ihm auch größere Einnahmequellen zur Verfügung stellen. Der Antrag Speyer sei unannehmbar, weil er dem Verbands großen Schaden zufügen würde. Was die Beitragserhöhung betreffe, so habe er auch geglaubt, es werde bei Abstrichen an den Unterstützungen ohne Beitragserhöhung abgehen. Aber da die Delegierten für wesentliche Abstriche nicht zu haben waren, war er schon eher der Erhöhung zugeneigt. In der Kommission aber sei er zur Ueberzeugung gekommen, daß trotz der Abstriche eine Beitragserhöhung unbedingt nötig sei, um den Kampfcharakter nicht zu gefährden. Wird die Beitragserhöhung nicht bewilligt, dann bleibt nichts übrig, als noch ganz andre Abstriche zu machen. Und man solle auch nicht dergessen, daß in dem Augenblick, wo die Tabaksteuerpläne zur Tatfache werden, die Arbeitslosigkeit enorm steigen werde, dann werden Lohnkürzungen kommen und da muß der Verband gerüstet sein. Deshalb hoffe er, die Beitragserhöhung werde bewilligt werden. (Beifall)

Barthmann-Dresden: Seine Mandatgeber haben ihn beauftragt, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen, die Debatte habe ihn aber von der Notwendigkeit überzeugt, er werde die Konsequenzen ziehen und glaube, sich vor seinen Mandatgebern rechtfertigen zu können.

Hilg-Dresden: Er sei mit den Beschlüssen der Leistungen einverstanden, aber man hätte die Klasseneinteilung unterlassen sollen.

Krohn: Aus den Abrechnungen hätten die Mitglieder schon vor der Generalversammlung erfahren können, daß es ohne Beitragserhöhung nicht mehr gehen könne, so überraschend könne also die Sache nicht kommen. Er stelle sogar den Antrag, den Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen.

Auch Gräbner-Danau und Esser-Minden sind für Erhöhung des Beitrags um 5 Pf.

Eberle-Nordhausen: Jeder Delegierte, der sich auf der Generalversammlung von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung überzeugt habe, werde seinen Mandatgebern gegenüber sich schon verantworten können.

Müller-Berlin widerspricht den Ansichten Reichmanns darüber, daß nur solchen Arbeitslosen Unterstützung zu gewähren ist, die vom Unternehmer entlassen worden, nicht auch denen, die selbst aufhören, weil das Arbeitsverhältnis unheillich geworden ist.

Es tritt Vertagung auf Sonnabend früh ein.

Die Wahl des Genossen Kerfin vor dem Ober-Verwaltungsgericht.

Im 17. Kommunal-Wahlbezirk Berlins wurde am 27. November 1905 der Genosse Kerfin mit 788 von 1532 abgegebenen gültigen Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. Er hatte eine Majorität von 21 Stimmen. Die Abstimmungsliste des ersten Abstimmungsbezirks enthielt unter den Namen in 9 Fällen ähnlich klingende Namen wie der Kerfin, z. B. Kerfin, Kerfin, Kerfin, Kerfin, während in der Liste das andere Abstimmungsbezirks ähnlich klingende Namen nicht aufgeführt waren. Die Wahl wurde angefochten und von der Stadtverordneten-Versammlung auch für ungültig erklärt, worauf Genosse Kerfin im Verwaltungs-freitverfahren gegen die Stadtverordneten-Versammlung klagte. Der Bezirksauschuss erhob einen umfangreichen Beweis und erlaubte dann dahin, daß die Wahl Kerfins für gültig zu erklären sei. — Unter den Einwänden gegen die Gültigkeit der Wahl, über die der Bezirksauschuss zu befinden hatte, befanden sich folgende: Der Wahlvorsitzer soll Wähler behufs Erkundigung nach dem Namen des zu Wählenden an die Parteiliste im Wahllokal verwiesen haben. Eine Anzahl Wähler, die verschiedene Namen als Kandidaten genannt hätten, wie Kerfin, Kerfin, Kerfin, Kerfin, soll der Wahlvorsitzer gesagt haben: „Sie meinen doch wohl Kerfin?“ oder: „Sie wollen doch wohl Herrn Emil Kerfin wählen?“ Darauf soll der Name Kerfin in der Abstimmungsliste eingetragen sein. Es soll infolged

Wahlkollation getrieben sein, als die Listenführer der Sozialdemokraten und andere Personen den Wählern während der Ausübung ihres Wahlrechts in vielen Fällen laut den Namen Kerstin zugerufen hätten.

Der Bezirksausschuss führte dazu unter anderem aus: Die Verweisung an die Parteikasse könnte nur dann in Betracht kommen, wenn die Verweisung an den Parteivorstand einer bestimmten Partei erfolgt wäre, nicht aber, wenn, wie hier, ganz allgemein eine Anweisung des Wahlvorstehers ergäbe, und dem Wähler die unbeeinträchtigte Wahl bleibt, ob sie den Namen des Wählenden von den liberalen oder sozialdemokratischen Parteivertretern erfragen wollen. — Was nun die Jurufe betreffe, die im Wahllokal in der Prinzenstraße vorgenommen seien, so seien sie zweifellos Angehörigkeiten, könnten aber als erhebliche Unregelmäßigkeiten nur in Frage kommen, soweit sie tatsächlich von unvertuschbarer Bedeutung für das Resultat der Wahl gewesen seien. Die Mehrzahl der Jurufen stimmte darin überein, daß die häufigsten Jurufe an Personen geschehen seien, welche einen Kerstin ähnlichen Namen bereits genannt hätten. Nach den übrigen Aussagen könne nicht als nachgewiesen erachtet werden, daß durch die Jurufe das Resultat beeinflusst sei. Bezüglich der Stimmaßgabe bei Nennung von dem Namen Kerstin ähnlichen Namen meinte der Bezirksausschuss, daß es Pflicht und Recht des Wahlvorstehers sei, nach pflichtmäßigem Ermessen dafür Sorge zu tragen, daß der Wille des Wählers klar erkennbar und unbeeinträchtigt in der Stimmaßgabe zum Ausdruck kommt, und bei Zweifeln über die Person der Gewählten durch Fragen die Klarstellung herbeizuführen. Der Wahlvorsteher darf aber nicht fühlbar in der Annahme einer ungenauen Ausdrucksweise des Wählers einen nicht genannten Namen an Stelle des wirklich genannten in der Abstimmungsliste eintragen lassen. Demnach seien die Fragen: „Sie meinen wohl Kerstin?“ z. u. lässig. Im übrigen müsse unter Verhinderung alles Verweismaterials das Wahlergebnis als Ausdruck des wahren Willens der erschienenen Wähler angesehen werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung legte Berufung ein, die gestern (Dienstag) vor dem Ober-Verwaltungsgericht zur Verhandlung kam. Justizrat Gassel vertrat die Stadtverordneten-Versammlung und rügte an dem Urteil des Bezirksausschusses, neben einer mangelhaften Beweiswürdigung, daß zu Unrecht Fragen des Wahlvorstehers, wie: „Sie meinen wohl Kerstin?“ und die entsprechenden Eintragungen in die Stimmliste für zulässig erklärt seien. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht als Vertreter des Genossen Kerstin trat dem entgegen und legte eingehend dar, daß das Urteil des Bezirksausschusses durchaus zutreffend wäre.

Der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts änderte indessen das Urteil des Bezirksausschusses ab und erkannte auf Abweisung der Klage des Genossen Kerstin. Begründend wurde ausgeführt: Es komme nicht darauf an, wen die Wähler wählen wollten, sondern darauf, wen sie gewählt hätten, da nach der Städteordnung jeder deutlich den Namen lesen zu begreifen habe, den er wählen will. Bei dialektischen Verschiedenheiten, wo zum Beispiel Solale verschiedene Klänge, wäre der Wahlvorstand allerdings befugt, den Namen, den er als den genannten ansehe, einzutragen. Aber anders sei es, wo ein anderer Name genannt werde und nicht bloß dialektische Verschiedenheiten vorlägen. Im vorliegenden Falle sei nun nicht feststellbar, wieviel Wähler, bei deren Namen in der Liste nachher doch der Name Kerstin eingetragen sei, einen anderen Namen als Kerstin genannt hätten. Die Beweiswürdigung ergebe das nicht und das Wahlprotokoll sei in der Beziehung auch kein genügendes Beweismittel. So sei der Gerichtshof zu einem non liquet gekommen. Es sei nicht erweisen, daß Kerstin weniger als die Hälfte der Stimmen erhalten habe, aber auch nicht, daß er mehr als die Hälfte erhielt. Mangels der Möglichkeit, letzteres festzustellen, müsse die Wahl für ungültig erklärt werden.

### Gerichts-Zeitung.

Eine unglückliche Ehe. Wieder war es die Geschichte einer unglücklichen Ehe, mit deren Schlußkapitel gestern das Schöffengericht am Landgericht Berlin I befaßt war. Aus der Untersuchung geht hervor, daß die 30jährige Witwe Amanda Benzels vorgeführt, eine sauber gekleidete, abgehärtete und in ihrem ganzen Wesen sehr sympathische Frau, die unter der schweren Last der Körperverletzung mit Lebensgefahr stand. Der Verlesene war ihr eigener Ehemann. Was sie aus ihrer Ehe, der ein jetzt 9 Jahre altes Töchterchen entpfropfen ist, den Geschworenen erzählte, war eine fortgesetzte Leidensgeschichte, die wiederholt von dem lauten Schlägen der Angeklagten unterbrochen wurde. Sie betrieb früher mit ihrem Ehemann in Danzig ein Hotel, das ganz gut ging, dann aber durch die Schuld des Mannes immer mehr in den Erträgen brach. Auch hier war wieder der Trunk die Wurzel alles Übels. Der Mann ergab sich dem Trunke, geriet in lüderliche Gesellschaft, wurde seiner Frau vielfach untreu und es kam zu mangelhafter Zwitterheute zwischen den Eheleuten. Die Frau hatte die Hölle auf Erden und erlitt auch erheblichen Schaden an ihrer Gesundheit, denn der Mann hatte sie durch eine böse Krankheit infiziert. Nachdem das Geschäft in Danzig ausgegeben war, zog das Ehepaar nach Berlin und betrieb hier mehrere Speisegasthöfe ohne Erfolg. Dann mieteten sie sich eine ganz kleine, aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Die Stube wurde an einen Bekannten des Ehemannes vermietet, die Kammer wohnte in der Küche. Der Ehemann hatte eine Stellung als Reisender für eine Groß-Deffinition angenommen, wo er ein festes Gehalt von 75 M. und 6 M. Spesen erhielt. Diese Beschäftigung brachte es mit sich, daß der Ehemann noch mehr in Freizeiten, namentlich in Damenkreisen umherzog und sehr oft erst frühmorgens nach Hause kam. Das Wirtschaftsgeld, welches er der Frau gab, gab er nur widerwillig und in so unzureichendem Maße, daß die Frau in Wirklichkeit darbt und sich zur Herbeischaffung der notwendigen Lebensmittel wiederholt Geld borgen mußte. Am 21. Juni kam der Ehemann wieder erst morgens um 4 Uhr in Begleitung des Knechters nach Hause. Die Frau, welche auch in dieser Nacht, wie schon mehrere Nächte vorher,

bis dahin nicht geschlafen hatte, kam mit dem Ehemann in Wortwechsel und geriet in höchste Erregung, als ihr der Mann eine Nase überreichte, die ihm, wie sie von dem Knechtler erfährt, angeblich von einer zweifelhaften Dame geschenkt worden war. Als der Mann um 7 Uhr aufstand, bat sie ihn um Geld, da sie nichts mehr besitze und die Leute ihr nichts mehr borgen. Der Mann machte einige wügelnde Bemerkungen und versprach dann, um 11 Uhr Geld zu bringen. Er kam aber erst um 3 Uhr und als er zurückkam, war ihr ihr ganzes entsetzliches Los und das Benehmen ihres Mannes durch den Knechtler gegangen; sie war sehr erregt und erhielt auf ihre Frage, ob er Geld mitgebracht habe, eine höhnische Antwort. Ihre Anregung stieg und sie war in voller geistiger Depression, als sie sich aus dem Bettbuch ihres Mannes überzeugte, daß er so gut wie gar keine Geschäfte in der Zwischenzeit gemacht hatte und jedenfalls wieder in Damenkreisen war. Der Mann legte sich unbedünnet um ihren Schmerz ins Bett und nun kam der lange aufgespeicherte Horn bei ihr zum Ausbruch. Mit den Worten: „Du sollst doch einen Denzettel erhalten!“ zog sie das Deckbett weg, griff nach einer aus der Kiste liegenden Flasche und goß einen Teil des Inhalts ihrem Manne über die Beine bis hinauf zum Unterleib. In der Kiste war Karbol, welches die Frau als Mittel gegen Wanzen sich gekauft hatte. Der Mann empfand sofort sehr heftige Schmerzen, das Fleisch röterte sich aufjagend und der Mann mußte das Bett verlassen. Als die Frau sah, was sie angerichtet hatte, bekam sie einen fürchterlichen Schreck und bemühte sich, ihm durch Ei und Öl Linderung zu verschaffen. Als dies nichts nützte, wurde schließlich zu einem Arzt geschickt und dieser ordnete die Ueberführung des Ehemannes in ein Krankenhaus an. Dort ist der Mann nach fünf Tagen gestorben. Die Rechtsanwältin Dr. Philipp und Justizrat Bronker schickten in warmherzigen Worten das Seelenleid der Angeklagten und den Zustand, in welchem sich diese befunden als sie die Tat vollbrachte. Sie habe sicher kein Bewußtsein in diesem Augenblick gehabt und deshalb müsse sie freigesprochen werden. — Die Geschworenen gaben ihren Spruch als Nichtschuldig ab, worauf die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

Die Stiefel des Herrn v. Dossow. Polizei-Inspektor v. Dossow sendet uns zu dem am 27. September gebrauchten Gerichtsbericht im Einverständnis mit seiner vorgesetzten Behörde, wie er besonders bemerkt, die folgende Zuschrift:

Der Artikel des „Vorwärts“ enthält eine tendenziös entstellte Wiedergabe der städtischen Gerichtsverhandlung. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Gegen den Polizeikommissar Kriebel hatte ich eine Disziplinaruntersuchung zu führen, welche mit seiner Identifizierung endete. Ferner war ich als Mitglied des Offizierschrenkrats genötigt, eine Anzeige über eine eheliche Handlung Kriebels zu verfolgen, so daß er aus dem Offiziersstande entfernt wurde. Um sich an mir zu rächen, behauptete er in öffentlicher Gerichtsverhandlung, ich hätte ein Paar Stiefel unterschlagen. Wegen dieser Behauptung erhob die königliche Staatsanwaltschaft gegen Kriebel Anklage. In der Schöffengerichtsverhandlung vom 21. September er wurde Kriebel freigesprochen, weil er die beleidigende Äußerung zur Wahrnehmung berechtigter Interessen getan habe. Das Gericht lehnte den für die behauptete Unterschlagung angebotenen Wahrheitsbeweis ab, weil der Beweis für die Unwahrheit dieser Behauptung schon wiederholt erbracht war. Der Gerichtsvorsitzende stellte offenmäßig fest, daß sowohl der Herr Regierungsrat als auch der Herr Oberpräsident und der Herr Minister auf Kriebels Denunziation hin die Stiefelangelegenheit untersucht und die Beschuldigung als vollkommen unbegründet befunden haben. Zu gleichem Ergebnis war der Offizierschrenkrat gekommen. Der Stiefelangelegenheit liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Durch ein Versehen waren ohne meine Kenntnis anstatt eines Paares Dienstkleidstiefel ein Paar andere Ladstiefel, deren ich mehrere besitze, abgeliefert worden. Alle von Kriebel zum Beweise einer absichtlichen Verwechslung, also einer Unterschlagung, vorgebrachten Tatsachen beruhen auf freier Erfindung. Es ist unrichtig, wenn Kriebel behauptet, die abgelieferten Stiefel seien „unannehmliche rindslederne“ gewesen. Es waren vielmehr erst sechsmal benutzte Lederstiefel. Es ist ferner unrichtig, wenn Kriebel sagt, der eine der abgelieferten Stiefel habe einen Kießer genau an derselben Stelle „aufgeklebert“ gehabt wie der Dienststiefel. Vielmehr wies von den Dienststiefel der rechte einen 20 Zentimeter langen genähten Kießer in der Wadengegend auf, während von den versehenlich abgelieferten Stiefel der linke einen nur 2 Zentimeter großen genähten Kießer zur Verdeckung eines kleinen Schabens am Fußballen trug. Allein diese Verschiedenheit der Kießer schließt jeden auf absichtliche Verwechslung der Stiefel hinführenden Verdacht vollständig aus. Dies sagten sich auch alle Instanzen, bei denen Kriebel mich wegen Unterschlagung denunziert hatte. Allein schon der Umstand, daß ich in Besitze meiner Stellung als Beamter und als Reserve-Offizier bin, muß jeden denkenden Menschen von der Haltlosigkeit der gegen mich erhobenen Verdächtigung überzeugen. Wenn Kriebel, obwohl ihm diese Tatsachen bekannt sind, sich erboten hat, den in allen früheren Fällen mißglückten Wahrheitsbeweis zu erbringen, so liegt es auf der Hand, daß er bei seiner Behauptung nur verhaart, um sich den Schutz des Gesetzes, die Beschuldigung in guten Mäuben und nicht in beleidigender Absicht ausgesprochen zu haben und somit Straflosigkeit zu sichern.

Achtungsboll v. Dossow.

Wir haben diese drohliche Verächtigung mit vielem Vergnügen aufgenommen.

Der Kassierer mit dem Lumpengehalt. 32 000 M. unterschlagen und in einem Jahre verprokt, wurde dem jetzt 24 Jahre alten Kassierer Georg Lesnicowki vorgeworfen, der gestern von der zehnten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der junge Mann hatte seine kaufmännische Ausbildung bei der Aktiengesellschaft „Panzer“ erhalten und war dann nach Beendigung seiner Lehrzeit zu dem Toten des Kassierers avanciert. Er verlor dieses verantwortliche Amt bei einem Monatsgehalt von anfangs 75 M. und zuletzt 110 M. und erzeute sich eines ungewöhnlichen

Vertrauens, welches er in unverantwortlicher Weise mißbraucht hat. Es ist ihm gelungen, in Jahresfrist nach und nach 32 000 M. zu unterschlagen, ohne daß bei verschiedenen Revisionen seine Untreue entdeckt worden wäre. Er geriet in schlechte Gesellschaft und brachte seine Abends- und Nachstunden in Tingselungen und im Verkehr mit Chanfonetten zu, die es vortrefflich verstanden, ihn auszulündern. Mit dem ersten Griff in die Kasse, bei welchem er sich 50 M. aneignete, geriet er auf die schiefe Ebene und dann ging es mit ihm unaufhaltsam bergab. Dem Gerichtshof schien es nicht recht glaubhaft, daß der Angeklagte in so kurzer Zeit die Riesensumme von 32 000 M. auf die geschilderte Weise verprokt haben könne; der Angeklagte versicherte aber, daß er nichts davon beiseite gebracht habe. — Mit Rücksicht auf sein offenes Geständnis und die Tatsache, daß die zweifellos unzureichende Kontrolle dem Angeklagten sein Treiben erleichtert haben muß, verurteilte ihn der Gerichtshof nur zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. — Ob die Aktiengesellschaft jetzt einen anständig entlohnten Kassierer hält?

### Aus der Frauenbewegung.

Stegly. Der Bildungsberein für Frauen und Mädchen von Stegely und Umgebung hielt am 3. Oktober bei Grube, Friedenau, Kaiser-Allee, seine Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Eichler hielt einen Vortrag über „Die Schule im Dienste der Kirche“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Versammlung konnte aber noch besser besetzt sein, wie sie war, denn von den Mitgliedern fehlten über die Hälfte. Die nächste Versammlung findet am 10. Oktober bei Wahrensdorf in Stegely statt.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gestern abends 7 Uhr.

- 25. U. Altersrente hat zu beantragen, wer das 70. Lebensjahr vollendet hat und eine Wartzeit von mindestens 1200 Beitragswochen hindurch versehen gewesen ist. Die Länge der Wartzeit ist für diejenigen Versicherten erheblich herabgesetzt, die zu der Zeit, als die Versicherungs-Versicherung für ihren Berufsweg in Kraft trat, das 40. Lebensjahr vollendet haben. Geben Sie also an, wann Sie geboren sind, damit Ihnen mitgeteilt werden kann, wieviel Sie zu zahlen haben. Über lesen Sie S. 498-500 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“ nach; dort finden Sie eine Tabelle zur Berechnung der Mindestzahl der Wochen für Altersrentner. — 1899. 1. und 2. Ja. — G. B. Rein.
- 30. U. Nicht darauf, welche Lohnberechnungsart statthand, sondern ob Abhängigkeit ausgeschlossen oder vereinbart ist, kommt es an. — 1. Ein Inländer (Nichtdeutscher) hat ein Recht auf Naturalisation nicht; Vträge auf Naturalisation sind an das Polizeipräsidium zu richten. Die Ablehnung kann ohne Grund erfolgen. Das Statutgesetz 50 März 2. Rein. — R. A. 83. Wollen Sie Kosten erstattet haben, so müssen Sie an das Gericht einen Kostenfestsetzungsantrag richten. Ein Beispiel finden Sie S. 498 Nr. 78 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. Kosten, die durch Ueberweisung an Einziehungsbureau u. dgl. entstanden sind, gehen in der Regel nicht als erstattungsfähig. — G. B. 10a. Zibauerer. 18. Rein. — Politik. Leider steht nach Ihrer Schilderung Ihrem Bruder lediglich gegen den Schläger selbst ein Anspruch auf Entschädigung zu. — R. A. 111. 1. Der Vertrag ist gültig. 2. Rein. 3. Rein. Sie können nur auf Erfüllung des Vertrages klagen werden. — U. Fr. R. 21. Bahrheitlich. Aber ohne Einsicht in die Umstände selbst oder eine Mitsicht derselben (Offerte und Verpflichtung) ist eine sichere Beantwortung der Frage, welche Rechte aus denselben folgen, unmöglich. — W. 28. 42. Ist nicht bekannt. — G. B. 100. Der Austritt aus der Landeskirche erfolgt durch Erklärung des Austrittenden in Person zu Protokoll des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Austrittende wohnt. Der Austrittserklärung ist ein (schriftlicher) Antrag auf Aufnahme der Erklärung voranzuschicken. Zwischen der Aufnahme des Austritts und Eingang des Antrages bei Gericht muß ein Zeitraum von 4-6 Wochen liegen. Sie schreiben also an das Amtsgericht etwa: Ich beabsichtige aus der ... Kirche auszutreten, ich beantrage meine Austrittserklärung anzunehmen. Dann ergehen Sie sich — ohne besondere Einleitung erheben zu haben — innerhalb des 29. und 42. Tages nach Eingang dieses Antrages bei Gericht zum Gericht und erklären dort Ihren Austritt zu gerichtlichem Protokoll. Am Sie das in diesem Jahre, so haben Sie am 31. Dezember 1906 als persönliche Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — R. A. Die Wähler müssen Sie annehmen. — G. B. 90. Ja. — G. B. C. Hinterlegen Sie das Geld bei der gerichtlichen Hinterlegungskasse. Will ein Schuldner von seiner Schuld, auf die mehrere Ansprüche erhoben, befreit sein, so ist die Hinterlegung der einzige Weg, um eine Doppelzahlung zu vermeiden. — G. B. 28. Das Gericht kann den Reuzen beenden. Sie können lediglich in der von Ihnen geschilderten Art versuchen, den Beweis der Wahrheit zu erbringen oder sich zu entziehen. — C. 2. 9. Rein. — G. R. R. Wenn Abhängigkeit ausgeschlossen war, sind Sie im Recht, sonst nicht. — G. 100. Nur wenn der Ehemann in Folge des Unfalls gestorben ist, hat die Witwe auf Witwenrente Anspruch. — G. B. 100. Sie haben keinerlei auch nur moralische Verpflichtung. — P. 100. Die Höhe der Unterstüßung hängt von der Höhe des Krankengeldes und etwaiger Vereinbarung mit der Krankenkasse ab. Sehen Sie sich mit Ihrem Kassenvorstand in Verbindung. — P. R. 25. Zur Zahlung sind Sie nicht verpflichtet. — R. G. 99. Ohne nähere Darlegung, für was die Nachzahlung gefordert wird, nicht zu beantworten. — G. B. 41. 1. Rein: Die Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre. 2. Ja. 3. Etwa 5-15 M. 4. Etwa 4 M. 5. Rein. — G. B. 1894. 1. und 2. Rein.

### Witterungsbericht vom 10. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C.
Stettin	766 D		1 heiter		7	Dararanda	761 R		2 heiter		-4
Hamburg	768 RRB		2 wolkenl.		5	Petersburg	760 RB		1 bedeckt		3
Berlin	765 RB		3 bedeckt		6	Schw.	773 RB		2 bedeckt		12
Frankf. a. M.	767 R		2 bedeckt		7	Überseeen	774 RB		1 halb bd.		10
Köln	764 RB		4 Regen		3	Paris	770 R		3 bedeckt		11
Wien	761 RB		bedeckt		3						

Weiterprognose für Mittwoh., den 11. Oktober 1905. Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

- Mittwoch, 11. Oktober. Anfang 7½ Uhr: Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anf. 7 Uhr: Schauspielhaus. Der Schurk der Teufe. Neues. Ein Sommernachtstraum. Weiten. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Nachtsam als Erzähler. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Augen rechts! — Zum Entfelder. Zentral. Der indische Witwe. Nachmittags 4½ Uhr: Prinzregenten-Goldtraut. Sessing. Stein unter Steinen. Weibens. Die Hölle des Hören. Walhalla. Eine tolle Nacht. Kleines. Hidalla. Trianon. Madame Torera. Lustspielhaus. Johanna in Pulsnitz.

- Dalla. Bis früh um fünf! Carl Welh. Der Weltumsegler wider Willen. Julien. Jean. Deutsch-Amerikanisches. Über, Herr Herzog! Kasino. Der Adelsnarr. Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Langel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten. Metropolis. Auf — ins Metropolis Herrenseld. Die Wiederholn. Wintergarten. Nocturno Guerrero. Spezialitäten. Belle Alliance. Spezialitäten. Goldenes Caprice. Nach dem Japsenstreich. Soll und Haben. — Spezialitäten. Reichsbank. Etelliner Sänger. Paffang. Robert Roppel. Nachhall, der Mann mit der Hüllen. Georg und Gusti Eder. Urania. Taubentstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsstern. Invalidenstr. 67/69. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7½ Uhr. Ein Sommernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

**Berliner Theater.** Donnerstag, den 12. Oktober: Eröffnungsvorstellung **Andalosa.** Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Grill. Anfang 7½ Uhr: Freitag u. folgende Tage: Andalosa. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 8 Uhr: Andalosa.

**Kleines Theater.** Abends 8 Uhr: **Hidalla.** Donnerstag, Freitag, Sonnabend: **Hidalla.** Abends 8 Uhr: Gastspiel Adalbert Ralkowsky: **Ke an.** Donnerstag: Das Weib. Freitag: Kran. Sonnabend: Der jüngste Leutnant. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Ke an. Montag: Das Erb.

**Urania** Taubentstr. 48/49. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsstern. Sternwarte Invalidenstr. 67/69. **P. A. T. A. N. S. P. A. N. T. A. N. S.** Friedrichstr. 165. **Joëls Traum.** !!Pempoji!! Die Ehre des Vaters! Restaurant: Dragoner-Sänger. **Walhalla-Theater** Weinbergsweg 19/20. Direktion: Richard Schultz. Heute und folgende Tage: **Eine tolle Nacht.** Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr. Raugen über "schattet."

**Trianon-Theater.** Heute und folgende Tage: **Madame Torera** (Madame L'ordonnance). Schwan in 3 Akten v. Jules Gancel. Deutsch von Max Schwan. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm.: **Das Ende der Liebe.**

**Fräbels Allerlei-Theater** Schönhauser Allee Nr. 148. Heute: **Sonder-Abend.** Kosmische Spielfolge. Konzert, Theater u. Spezialitäten. **Der kleine dicke Buddel.** Berlin's populärster Komiker. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig. **W. Hoacks Theater.** Direction: Rob. Dill. Brunnstr. 16. **Wutterjegen** oder: Die neue Jungfrau. Schauspiel mit Gesang in 5 Akten. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag Extravorstellung: Eva. Schauspiel in 4 Akten von R. B. o. h.

**Residenz-Theater.** Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage: Anfang 8 Uhr: **Die Höhle des Löwen.** Schwan in 3 Akten v. R. Pennequin und R. Birkand. Sonntag nachm. 3 Uhr: **Herkulespilla.** Heute: Jeden Abend 8 Uhr! Gastspiel Ad. Philipp **40. ABER!** Male: Herr Herzog. Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“ **Berliner Uk-Trio.** Felix Schoaer Stralauerstr. 1.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Komödie in drei Aufzügen von  
Elio Grisi.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**

**Zirkus**  
**Albert Schumann**  
Heute abend präziöse 7 1/2 Uhr:  
Grande Soirée équestre. Elite-Programm  
und zum 14. Male: Die gr. Novität!  
Der Tag des  
**Englischen Derby.**  
Das Leben und Treiben nach dem  
Original, auf das glanzvolle  
Inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.  
I. Bild: Am Rennstall des Lord  
Beatson. II. Bild: a) Der Jockey.  
b) Das Rennen. c) Qualifikation des  
Siegers. III. Bild: Auf dem Rennweg.  
Die phänomenalen  
**John und Louis Boller**  
mit ihrer noch nie gesehenen  
**Vor- und Rückwärts-Saltomortalen**  
auf dem Zweirad.  
Die höchst originellen  
**Damen-Fuß-Ringkämpfe,**  
12 Amerikanerinnen u. Engländerinnen  
Direktor Alb. Schumanns neueste  
Wunderleistungen etc.

**Theater des Westens.**  
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.  
Mittwoch: Die tugendhafte  
von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Der Jäger von  
Freitag: 4. Vorstellung im Freitags-  
Abonnement: Der Opernball.  
Sonnabend nachm. 8 Uhr, 11. Preise:  
**Nathan der Weise.**  
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
Die Jandervogel.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Der Troubadour.  
Abends 7 1/2 Uhr: Der Opernball.  
Montag: Der Opernball.

**Passage-Theater.**  
Aufgang der Abendvorstell. 8 Uhr.  
**Kolossaler Erfolg!**  
**Robert Koppel**  
in seinem neuen Repertoire.  
**Marshall**  
der Mann mit den Hüten.  
**Georg u. Gusti Adler**  
Etyloer.  
14 erstklassige Nummern.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 182.  
Der Weltumsegler wider Willen.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnabend nachm.: Kinder-Vor-  
stellung: Die sieben Raben. Abends:  
Der Widerspenstigen Zähmung.

**Apollo-Theater.**  
9 1/2 Uhr der Liebling Americas!  
**Daisy Jerome**  
Americas bester weiblicher Komiker!  
10 Uhr:  
**Gebr. Willé**  
Die besten Akrobaten der Welt!  
10 1/2 Uhr: 10 1/2 Uhr:  
**Letzte Woche!**  
Ein Abend in einem amerikanischen  
Tingel-Tangel.  
Nur noch bis 15. Oktober!

**Metropol-Theater**  
Präzise 8 Uhr  
zum 33. Male:  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Dirigent Kapellmeister Max Roth.  
In Szene gesetzt vom Direktor  
Richard Schultz.  
Walden a. D. x Miss Clifford a. D.  
Bender x Giampietro  
Joseph x Massary x Frid-Frid  
Steidl x Lilly Walter.  
Rauchen in all. Räumen gestattet.  
Anfang 8 Uhr.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Jahrmärkte in Pulsnitz.**  
**Kasino-Theater**  
Lobbeingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Glänzender Erfolg!**  
**„Der Adelsmann.“**  
Neu! Rheingold-Trio.  
Mit und dreifacher Wau etc. etc.  
Sonnabend nachmittags 4 Uhr:  
„Ein Sohn des Volkes.“

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4a**  
Dir. W. Reimer.  
Heute Mittwoch:  
**Preziosa.**  
Schauspiel mit Gesang.  
Anfang 8 Uhr.  
Jeden  
Sonn-, Mont-, Donnerst.:  
**Hofmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Der große Preis ist noch  
einziges Sonnab. z. vergeben.

**Etablissement Neue Welt,**  
Haseholz 100/114.  
Heute Mittwoch, den 11. Oktober etc.:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris**  
oder: Die Rückkehr des Verbannten.  
Drama in 5 Akte v. J. Hermann.  
Stoffentwicklung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Entrée 30 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf.  
Vorzugsstellen haben Vorrang.  
In Vorbereitung: 24. Neer Klöster

**Etablissement Bughenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**  
Regelbald noch frei.  
Otto Pritzkows  
Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
Münsterstr. 16.  
**Skelett-Mensch**  
der einzig existierende, ohne Kon-  
turfur, 23 Jahre alt, 55 Pf. schwer.  
**Mne-Mno-Mai???**  
Entrée 20 Pf.

**Colosseum**  
Theater u. Konzert-Etablissement.  
Dresdenerstr. 97  
an der Pringelstraße.  
Die  
sensationalen Attraktionen  
des Aufführungs-Programms!  
Am Koncertsaal:  
„Sohrammeln“ u. ungar. Kapelle.  
Anfang 8 Uhr.  
Ende des Konzerts 1 Uhr.  
Sonntags 2 Vorstellungen.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**Elysium.**  
Kommandantenstr. 3-4.  
Vollständig neu renoviert.  
Auftritt v. 26 erstklassigen  
intern. Spezialitäten.  
Geöffnet von 10 Uhr früh bis  
12 Uhr nachts.  
**Dr. Schönmann,**  
Spezial-Arzt für (41022)  
Haut- und Hautleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.  
Wochentags 1/2, 12 - 1/2, 3 - 1/2, 6 - 1/2, 8.

**Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.**  
Eigene Tischlerei. [48322] NW., Tarmstr. 45. Eigene Werkstatt.

**WINTER GARTEN**  
**Rosario Guerrero**  
Spanische Tänzerin.  
Gebrüder Artois, kom. Reckkünstler.  
Die mysteriösen Husaren.  
Ludwig Amann, Mimiker.  
Harndina Wunderstern.  
Coffe da Lasso Duo, Drahtseilakt.  
London bei Nacht, Pantom. v. Karno.  
Lina Marador, die Goldamazonen.  
„In Japan“, Ballettdivertissement.  
Collins und Hart,  
amerikanische Exzentriks.  
Nora Moore, englische Sängerin.  
**Der Biograph.**  
**Theater Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
132 Lindenstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Nach dem Zapfenstreich.  
Militär-Humoroske von Satyr.  
Vorher:  
**Soll und Haben**  
und der ausgezeichnete  
Spezialitätenteil.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Vor-  
stellung zu halben Preisen.

**Belle-Alliance**  
Theater-Variété.  
Eröffnungs-Programm.  
Sensation Berlins.  
Anfang 8 Uhr.  
**Liane Leischner.**  
Rosa u. Johan, Pariser Duett.  
Leo Billward, ukrom. Jongleur.  
„Fidelles“, humor. Quartett.  
James u. Maud Thomas, Equilibristen.  
Wohlfried-Sextett.  
Geschw. Meriens.  
Die bello Astoria  
u. d. Negortänzer.  
Edi Blum, der Liebling Berlins.  
Renards sibirische Hunde.  
The 5 Onleys,  
plast. Marmor-Gruppen.  
Sol-De, italienische Minstrel.  
Vorverkauf ohne Aufschlag  
bei A. Wertheim und an der  
Theaterkasse v. 10-2 u. 6 Uhr.  
Sonntags 2 Vorstellungen.  
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.  
Jeder Besucher 1 Kind frei.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter-  
Allee 85.  
Der ganze Osten laßt Tränen  
über  
**Die Berliner Ränge.**  
Voll mit Gesang.  
Neu! Der kleine Mann und die  
große Frau  
foto 20 Spezialitäten-Nummern.

**Colosseum**  
Theater u. Konzert-Etablissement.  
Dresdenerstr. 97  
an der Pringelstraße.  
Die  
sensationalen Attraktionen  
des Aufführungs-Programms!  
Am Koncertsaal:  
„Sohrammeln“ u. ungar. Kapelle.  
Anfang 8 Uhr.  
Ende des Konzerts 1 Uhr.  
Sonntags 2 Vorstellungen.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**Elysium.**  
Kommandantenstr. 3-4.  
Vollständig neu renoviert.  
Auftritt v. 26 erstklassigen  
intern. Spezialitäten.  
Geöffnet von 10 Uhr früh bis  
12 Uhr nachts.  
**Dr. Schönmann,**  
Spezial-Arzt für (41022)  
Haut- und Hautleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.  
Wochentags 1/2, 12 - 1/2, 3 - 1/2, 6 - 1/2, 8.

**Central-Verband der Schmiede.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am Sonnabend, den 7. Oktober  
verstarb unser Mitglied  
**Rudolf Schulz**  
an der Proletarierkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
auf dem Heil Kreuz-Kirchhof statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
182/13 Die Ortsverwaltung.

**Todesanzeige.**  
Am 7. Oktober entschlief sanft  
nach langem, schwerem mit Gebuld  
ertragenen Leiden mein innig  
geliebter Mann, mein guter Vater,  
unser Onkel, Schwieger- und  
Großvater, der Metallbeschleier  
**Hermann Leisky**  
im 70. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrußt an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Frau Agnes Leisky geb. Kühn  
nebst Sohn und Verwandten.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 11. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr von der Leichen-  
halle des Neuen Jakobkirchhof  
aus statt.  
24046

**Allen Verwandten und Be-  
sammen die traurige Nachricht,**  
daß unser lieber Sohn und  
Bruder, der Kontrist  
**Otto Schumann**  
am 9. Oktober im Alter von  
23 Jahren nach langem, schwerem  
Leiden entschlief ist.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. Oktober,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Dorstenerstädt-  
schen Kirchhofs (Heinrichsdorf-  
Weg), Schwanenstraße 1-2  
aus statt.  
Charlottenburg, 10. Oktober 1905.  
Die trauernden Eltern  
und Geschwister.

**Allen Freunden und Besammen**  
sagen wir hiermit für die vielen Be-  
weise der Teilnahme bei der Beerdigung  
unserer ungelieblichen Tochter  
**Hedwig** unseren herzlichsten Dank.  
**Franz Treder**  
24825 und Frau.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
unvergesslichen Mannes sagen wir  
allen Kollegen der Firma Schirn, den  
Kollegen der Firma Gähler sowie  
den Mitgliedern des Holzarbeiter-  
Verbandes, Ortsverwaltung Weihen-  
see, unseren herzlichsten Dank.  
**Marie Sonnenberger**  
und Kinder.  
24765

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters,  
Großvaters und Schwiegervaters,  
des kaiserl. Wilhelm Schlim-  
bach sagen wir hiermit unseren  
herzlichsten Dank.  
24955  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Ein durch tausende von Dank-  
schreiben anerkanntes Mittel gegen**  
**Magenleiden**  
empfehlen wir den echten  
**Indischen Kräuter-Magen-Likör.**  
Nehmen zu beziehen: 34/17  
Gebr. Klein, Hannover, in d. Frage 4.  
Jede Auskunft u. gern kostenlos erteilt

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurter Str. 97, II.  
Eingang Straußberger Platz.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Am 7. d. Mts. verstarb nach  
längerem Leiden unser treues  
Mitglied, der Schmied  
**Rudolf Schulz.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Kreuz-  
Kirchhofs in Prenzlauer Berg aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
239/5 Der Vorstand.

**Central-Verband der Schmiede.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am Sonnabend, den 7. Oktober  
verstarb unser Mitglied  
**Rudolf Schulz**  
an der Proletarierkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
auf dem Heil Kreuz-Kirchhof statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
182/13 Die Ortsverwaltung.

**Todesanzeige.**  
Am 7. Oktober entschlief sanft  
nach langem, schwerem mit Gebuld  
ertragenen Leiden mein innig  
geliebter Mann, mein guter Vater,  
unser Onkel, Schwieger- und  
Großvater, der Metallbeschleier  
**Hermann Leisky**  
im 70. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrußt an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Frau Agnes Leisky geb. Kühn  
nebst Sohn und Verwandten.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 11. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr von der Leichen-  
halle des Neuen Jakobkirchhof  
aus statt.  
24046

**Allen Verwandten und Be-  
sammen die traurige Nachricht,**  
daß unser lieber Sohn und  
Bruder, der Kontrist  
**Otto Schumann**  
am 9. Oktober im Alter von  
23 Jahren nach langem, schwerem  
Leiden entschlief ist.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. Oktober,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Dorstenerstädt-  
schen Kirchhofs (Heinrichsdorf-  
Weg), Schwanenstraße 1-2  
aus statt.  
Charlottenburg, 10. Oktober 1905.  
Die trauernden Eltern  
und Geschwister.

**Allen Freunden und Besammen**  
sagen wir hiermit für die vielen Be-  
weise der Teilnahme bei der Beerdigung  
unserer ungelieblichen Tochter  
**Hedwig** unseren herzlichsten Dank.  
**Franz Treder**  
24825 und Frau.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters,  
Großvaters und Schwiegervaters,  
des kaiserl. Wilhelm Schlim-  
bach sagen wir hiermit unseren  
herzlichsten Dank.  
24955  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Ein durch tausende von Dank-  
schreiben anerkanntes Mittel gegen**  
**Magenleiden**  
empfehlen wir den echten  
**Indischen Kräuter-Magen-Likör.**  
Nehmen zu beziehen: 34/17  
Gebr. Klein, Hannover, in d. Frage 4.  
Jede Auskunft u. gern kostenlos erteilt

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurter Str. 97, II.  
Eingang Straußberger Platz.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Am 7. d. Mts. verstarb nach  
längerem Leiden unser treues  
Mitglied, der Schmied  
**Rudolf Schulz.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Kreuz-  
Kirchhofs in Prenzlauer Berg aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
239/5 Der Vorstand.

**Central-Verband der Schmiede.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am Sonnabend, den 7. Oktober  
verstarb unser Mitglied  
**Rudolf Schulz**  
an der Proletarierkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
auf dem Heil Kreuz-Kirchhof statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
182/13 Die Ortsverwaltung.

**Todesanzeige.**  
Am 7. Oktober entschlief sanft  
nach langem, schwerem mit Gebuld  
ertragenen Leiden mein innig  
geliebter Mann, mein guter Vater,  
unser Onkel, Schwieger- und  
Großvater, der Metallbeschleier  
**Hermann Leisky**  
im 70. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrußt an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Frau Agnes Leisky geb. Kühn  
nebst Sohn und Verwandten.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 11. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr von der Leichen-  
halle des Neuen Jakobkirchhof  
aus statt.  
24046

**Allen Verwandten und Be-  
sammen die traurige Nachricht,**  
daß unser lieber Sohn und  
Bruder, der Kontrist  
**Otto Schumann**  
am 9. Oktober im Alter von  
23 Jahren nach langem, schwerem  
Leiden entschlief ist.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. Oktober,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Dorstenerstädt-  
schen Kirchhofs (Heinrichsdorf-  
Weg), Schwanenstraße 1-2  
aus statt.  
Charlottenburg, 10. Oktober 1905.  
Die trauernden Eltern  
und Geschwister.

**Allen Freunden und Besammen**  
sagen wir hiermit für die vielen Be-  
weise der Teilnahme bei der Beerdigung  
unserer ungelieblichen Tochter  
**Hedwig** unseren herzlichsten Dank.  
**Franz Treder**  
24825 und Frau.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters,  
Großvaters und Schwiegervaters,  
des kaiserl. Wilhelm Schlim-  
bach sagen wir hiermit unseren  
herzlichsten Dank.  
24955  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
Donnerstag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr,  
im Lokal von Keller, Köpenickerstr. 29:  
**General-Versammlung**  
für alle in der Gips- u. Zementbranche beschäft. Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
Endgültige Beschlußfassung über die vom „Berliner  
Betonverein“ gemachten Zugeständnisse.  
NB. Auch die Kollegen müssen an der Versammlung teilnehmen, die  
bei den Firmen arbeiten, welche bereits unsere Forderungen bewilligt haben.  
148/19 Die Streikkommission.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Donnerstag, den 12. Oktober 1905, abends 6 1/2 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen  
von Tempelhof, Mariendorf und Maricusefelde  
im Lokale des Herrn Nonck, Tempelhof, Berlinerstr. 9.  
Tages-Ordnung: 152/16  
1. Die Untergangenen und der Gegenstandspunkt der Unternehmung.  
Referent: Genosse A. Pagels. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um recht rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau: Lindenstr. 215. (Westend) von 8-1 u. 4-8 Uhr. Tel.: Amt 3, 908.  
Donnerstag, den 12. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche  
Mitglieder-Generalsversammlung**  
im Lokale „Muster-Säle“, Kaiser Wilhelmstr. 18m.  
Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Aussperrung in  
der Elektro-Industrie. 2. Diskussion.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, fehlen darf niemand.  
Mitgliedsbuch oder Streikkontrollkarte legitimiert.  
64/17 Die Ortsverwaltung. A. U. C. Bruns.

**Charlottenburg.**  
Freitag, den 13. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
**Oeffentl. Versammlung**  
im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal).  
Tages-Ordnung:  
Fortsetzung der Diskussion vom 14. 9. 05 über:  
**Weltanschauung und Taktik des Proletariats.**  
Referent: Genosse Dr. Friedeberg.  
24845 Die Agitationskommission der vereinigten Gewerkschaften.

**Achtung! Hutmacher! Achtung!**  
Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, bei Bötzow,  
Prenzlauer Allee 247:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehende Urabstimmung. Stellungnahme zu dem  
Pucknwalder Antrag. 2. Verschiedenes.  
294/7 Der Vorstand.  
Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht aller  
Mitglieder, zu erscheinen.

**Die Ortskrankenkasse  
der Kürschner etc.**  
sucht eine ständige Person zur Ge-  
leitung der Bureauarbeiten  
als Aushilfe zum 1. November. Be-  
werber oder Bewerberinnen, welche  
mit schriftlichen Arbeiten vertraut  
sind, wollen ihre Gesuche bis zum  
20. Oktober unter Angabe der Ge-  
haltsansprüche auf der Kasse, Dornier-  
straße 19, niederlegen.  
Der Vorstand, G. Seidenkranz.

**Wahl-Versammlung.**  
Abends 5-6 Uhr: Wahl für Arbeit-  
geber. Wahl von 78 Arbeitgeber-  
Vertretern für das Jahr 1906.  
Abends von 6 1/2-7 1/2 Uhr: Wahl  
für Arbeitnehmer. Wahl von  
147 Arbeitnehmer-Vertretern für das  
Jahr 1906. 275/9  
Ueber Wahlberechtigung und Wahl-  
barkeit siehe § 49 des Statuts.  
Der Vorstand.  
E. Brückner, 1. Vorsitzender.  
Das Mitgliedsbuch legitimiert.

**Sofastoffe**  
Resonanzwahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Moquette.  
Plüsch, Reste! Satteltaschen.  
Musterb. näher. Angabe franko.  
Emil Lefèvre, Berlin, 158.  
Oranienstr.

**Stegdecken**  
kauft man am preis-  
wertesten nur direkt  
in der Fabrik, 72 Woll-  
straße 72, wo auch alle  
aufgehoben werden.  
O. Strohmänder, Berlin 14.  
Jahreskatalog gratis.

**Paul Litfins Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstr. 67. - Amt VII 1075.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine  
Säle und Saalzimmer.  
**Jeden Sonntag: Ball.**  
Sonnabend, 4. November u. Totensonntag frei geworden.  
40702 Ergebenst Paul Litfin.

**Paul Litfins Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstr. 67. - Amt VII 1075.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine  
Säle und Saalzimmer.  
**Jeden Sonntag: Ball.**  
Sonnabend, 4. November u. Totensonntag frei geworden.  
40702 Ergebenst Paul Litfin.

**Paul Litfins Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstr. 67. - Amt VII 1075.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine  
Säle und Saalzimmer.  
**Jeden Sonntag: Ball.**  
Sonnabend, 4. November u. Totensonntag frei geworden.  
40702 Ergebenst Paul Litfin.

**Paul Litfins Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstr. 67. - Amt VII 1075.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine  
Säle und Saalzimmer.  
**Jeden Sonntag: Ball.**  
Sonnabend, 4. November u. Totensonntag frei geworden.  
40702 Ergebenst Paul Litfin.

**Paul Litfins Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstr. 67. - Amt VII 1075.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine  
Säle und Saalzimmer.  
**Jeden Sonntag: Ball.**  
Sonnabend, 4. November u. Totensonntag frei geworden.  
40702 Ergebenst Paul Litfin.

# Achtung! Sonntag, den 15. Oktober 1905: Große Matinee zum Besten der ausgesperrten Elektrizitäts-Arbeiter

veranstaltet vom Buchbinder-Männerchor, Gesangverein „Solidarität“ (Mitglieder d. A.-S.-B.), Musikverein „Harmonie“-Berlin, unter gütiger Mitwirkung des Instrumental-Sumoristen Herrn Otto Heinrich, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29. Anfang präzis 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Keine öffentliche Kasse. Billetts sind zu haben bei allen Mitgliedern der Gesangvereine sowie im Bureau des Buchbinder-Verbandes, Gewerkschaftshaus, bei Manzey, Reichsbergerstr. 16. Hahn, Adalbertstr. 4; Sonnabendabend in sämtlichen Zahlstellen des Buchbinder-Verbandes. 25/12\*

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Gillesing, Wassertorstraße 68: Branchen-Versammlung der Luxus-Tischler. Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57 (Eingang: Gormannstraße 28). Geöffnet von 9 1/2—2 und 4—8 Uhr. Telefon: III, Nr. 2906.

Donnerstag, den 12. Oktober 1905, abends 8 Uhr: Beschlüssende Mitglieder-Versammlung in Fiebigs Festsälen (Spruffen), Adelerstr. 6/7. Tages-Ordnung: 1. Stand der Aussperrung. Anträge. 2. Diskussion. 3. Gemeindefälliges. Mitgliederbuch oder Kontrollkarte legitimiert. Da wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen.

### Pre-Ussina

Raucht Pre-Ussina Zigarren überall künstlich. Für Wiederverkäufer zu haben bei H. Preuss, Zwinmünderstr. 66, 1. Zigarren- u. Tabak-Fabrik und Engros-Lager. Bekannte, billigste u. realste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. Reueinstellungen unter leichtesten Bedingungen und sachmündlicher Anleitung. Tel.: III, 6949.

Im Einklang am heutigen Tage in der Zimmerei, 25 ein Lokal und bitte um gütigen Zutritt. Paul Dunkel.

# Achtung! IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Freitag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der „Arnia“, Wrangelstr. 10-11: Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Parteitag zu Jena. Die Vertrauensleute.

## Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bureau: Engel-Ufer 15, v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.

Donnerstag, den 12. Oktober 1905, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Ufer 15: Allgemeine Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Göhre über: „Probleme der Kinder-Erziehung“. 2. Berufsangelegenheiten. Bei der für jeden einzelnen so interessanten Tages-Ordnung erwarten wir, daß diesmal alle Mitglieder vollzählig erscheinen.

Achtung! Töpfer! Achtung! Donnerstag, den 12. Oktober, abends 6 Uhr, bei Keller, Kopenstraße 29: Öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission und weitere Stellungnahme der Töpfer Berlins u. Umg. zur Tariffrage. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen wird erwartet. Die Lohnkommission. R. H.: Kiphensack.

### 1. Ziehung 4. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Oktober 1905, vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

29 230 313 14 20 806 755 1028 92 128 64 420 [400] 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [10000] 34 404

20017 220 381 98 21065 134 428 612 37 97 919 88 22484 513 19 628 715 983 23182 452 570 82 711 918 [3000] 2047 86 158 78 242 314 437 834 953 3167 87 223 523 64 688 810 4133 [400] 34 241 824 977 5087 100 307 63 655 66 09 619 [400] 891 6019 [400] 44 233 325 554 68 704 [5000] 964 07 7085 142 260 484 97 635 841 902 80034 85 140 407 670 [400] 732 800 9177 237 305 436 37 926 600 703 51 94 888

10018 30 32 184 231 47 83 394 445 810 [1000] 104 294 371 [400] 854 976 12023 44 09 88 125 411 510 681 797 829 964 13077 303 457 547 74 613 910 24 14123 269 93 612 95 775 15122 95 509 887 717 85 16463 17004 102 289 376 433 509 852 911 14 18054 494 96 608 607 703 61 19003 14 243 304 [

# Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:

Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 238. Mittwoch, den 11. Oktober 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonizelle 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Wilmersdorf.** In der heutigen Versammlung des Wahlvereins bei Salomon, Berlinerstr. 40, erstattet Genosse Gruhl, Kovales, vom Parteitag Bericht. Auch sonst stehen wichtige Angelegenheiten auf Tagesordnung.

**Wilmersdorf.** Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Wölfein die Generalversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: Statutenänderung §§ 4, 5, 6, 7, 8. Beschlußfassung über eine neue Bibliothekordnung. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre und Neuwahl. Beratung des Statuts des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen jedes Mitgliedes erforderlich.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Vermögen und Schulden der Stadt.** Am 31. März 1905 belief sich das Vermögen der Stadt auf 98 800 000 M., das Jahr 1904/05 brachte einen Vermögenszuwachs von 4 139 915 M. Von dem Zuwachs entfallen 2,4 Millionen Mark auf die allgemeine Verwaltung, 323 000 M. auf die Kanalisationsverwaltung, 413 594 M. auf die Ladestrafenverwaltung, 378 776 M. auf das Elektrizitätswerk, 78 248 M. auf die Gasanstaltsverwaltung. Dem Vermögen von fast 97 Millionen Mark stehen aber Schulden von nahezu 76 Millionen Mark gegenüber. Hiervon entfallen auf die allgemeine Verwaltung 46,6, auf die Kanalisationsverwaltung 8,6, auf die Ladestrafenverwaltung 0,3, auf das Elektrizitätswerk 5, auf die Gasanstaltsverwaltung 1,4 Millionen Mark. Allein im letzten Rechnungsjahr sind die Schulden um nicht weniger als 10,6 Millionen angewachsen, was in der Hauptsache auf das Wilmersdorfer-Unternehmen zurückzuführen ist. Den Aufwendungen für dies bekannte Döberitzer Heerstraßenprojekt in Höhe von 10,9 Millionen stehen als Vermögenswerte nur 2,25 Millionen für Restgrundstücke gegenüber.

**Die Entwicklung des Elektrizitätswerks** hat sich in den letzten Jahren in einer stetigen, den gedegneten Erwartungen entsprechenden Weise vollzogen. Das im Jahre 1899/1900 errichtete Werk eröffnete den Betrieb am 1. August 1900 mit einer Maschinenanlage, die für den Anschluß von 25 000 Glühlampen oder deren Gleichwert ausreichte. Der Anschlußwert der angeschlossenen Apparate betrug am 1. April 1901 rund 88 000 Lampen, am 1. April 1902 rund 60 000 Lampen, am 1. April 1903 rund 98 000 Lampen, am 1. April 1904 rund 131 000 Lampen, am 1. April 1905 rund 182 000 Lampen, am 1. September 1905 rund 201 000 Lampen. Dieser Zunahme der Anschlußanlagen entsprechend ist auch die Kraftanlage von Jahr zu Jahr vergrößert worden, so daß der in den Gebäuden zur Verfügung stehende Raum völlig ausgenutzt worden ist und bereits in diesem Jahre die kleinste der ursprünglich aufgestellten Kraftmaschinen von 250 Pferdestärken entfernt werden mußte, um Raum für eine Dampfmaschinenmaschine von 3000 Pferdestärken zu schaffen. Die letztere Maschine wird in nächster Zeit in Betrieb genommen werden und damit für den kommenden Winter und Sommer die erforderliche Betriebskraft und Reserve zur Deckung des aufstrebenden Strombedarfs geschaffen sein. Für den Winter 1906 auf 1907 reicht die vorhandene Kraftanlage unter keinen Umständen mehr aus. Es müssen vielmehr sowohl eine neue Dampfmaschinenmaschine, wie neue Kessel nebst allem Zubehör aufgestellt werden. Da aber die vorhandenen Gebäude, das Kesselhaus sowie das Maschinenhaus, voll besetzt sind, machen die vorzunehmenden Erweiterungen des Werkes umfangreiche Neubauten erforderlich. Eine entsprechende Vorlage, die mit einem Kostenaufschlag von 1 000 000 M. abschließt, ist der Stadtverordnetenversammlung bereits zugegangen.

### Wilmersdorf.

**Die Wilmersdorfer Gemeindevertretung** beschloß einstimmig die Gründung eines zweiten humanistischen Gymnasiums und einer zweiten Realschule zu Ostern n. J.; die gymnastische Anstalt wird mit der Sexta und der dritten Voranschulklasse, die Realschule mit der Sexta eröffnet werden. Für die in der Entwicklung begriffene zweite höhere Mädchenschule, die Cecilianenschule, die vorläufig die Räume der katholischen Gemeindeschule in der Döberitzerstraße mietet, wird ein eigenes Gebäude auf dem Gemeindegelände in der Wärttembergschen Straße errichtet werden. Was den Namen dieser Schule betrifft, so wird mancher sich fragen, wo denn in aller Welt eine Dame namens Cecilia vorhanden ist, die mit dem Schutzwesen oder sonstwie mit der Pädagogik irgendwie in aktivem Zusammenhang steht. Aber zur Aufklärung dieses Falles dient es diesbezügliche, wenn wir berichten, daß in Wilmersdorf auch bereits eine Victoria Luise-Schule vorhanden ist. Es genügt in unserem Vororte in dieser Hinsicht offenbar, nicht Subjekt, sondern Objekt der Erziehung zu sein oder einst gewesen zu sein. — Die Gemeinde-Arbeiter und -Dienstmänner sollen mit den Kanalisationsarbeitern gleichgestellt werden und durchschnittlich einen um 25 Pf. höheren Lohn als bisher erhalten. — Da in der Nähe der Wilhelmshöhe und des Rathauses der Verkehr dauernd wächst, so genehmigte die Versammlung die Einschränkung des mit Wagen betriebenen Straßenverkehrs für eine Reihe von Straßenzügen. — Zur Errichtung eines Schuppens auf dem Gemeindegrundstück Wilhelmshöhe 39 wurden 6000 M. benötigt, zur Beschaffung von Sitzgelegenheit in der Friedhofskapelle 400 M.

### Johannisthal.

**Der Wahlverein** hielt am Sonntag im Lindenhof gemeinsam mit dem Wahlverein von Ludow und Nieder-Schönebeck eine öffentliche Parteiverammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse Jubeil den Bericht vom Parteitag in Jena gab. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Diesener und Bengsch im Sinne des Referenten. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Parteiverammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages in Jena einverstanden. Die Versammelten versprechen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln im Rahmen der auf dem Parteitag gefassten Beschlüsse für die Sozialdemokratie zu wirken, und soweit sie noch nicht Mitglieder der Wahlvereine sind, sich diesen anzuschließen.“

Am Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung ersuchte der Vorsitzende Genosse Dühring die Anwesenden, an dem Besuch der Urania am 16. d. M. teilzunehmen sowie ebenfalls am

12. Stiftungsfeste des Wahlvereins am 21. Oktober. Streikende und ausgesperrte Mitglieder haben zum Stiftungsfeste freien Eintritt.

### Steglitz.

**Der gerüffelte Schularzt.** Herr Sanitätsrat Dr. Heidenhain hatte vor einiger Zeit im Mieterverein einen Vortrag über „Sauglingssterblichkeit und Milchversorgung“ gehalten und dabei auch die Wohnungsfrage in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen. Seine Ausführungen lauteten nach einem veröffentlichten Stenogramm wörtlich:

„Es müßte ferner für Wohnungshygiene in ganz anderer Weise gefordert werden, wie es geschieht. Wir haben neulich erst in der Gemeindevertretung eine große Debatte über das Wohnungsamt gehabt. Wir stehen noch weit von der Vollkommenheit ab. Ich kam dem Redner in unserem Roten Hause, der sagte: Auch wir haben noch ungläubliche Wohnungsverhältnisse für uns beizubringen. Ich möchte Sie mal in solche Wohnungen hinführen. Wir haben namentlich in Kellern Verhältnisse, daß es überhaupt nicht auszuhalten ist. Ich sage den Leuten immer: Lieber fünf Treppen hoch, als im Keller! Gott sei Dank ist es nicht mehr so schlimm, wie vor 15 Jahren, als ich hierherkam, aber schlimm genug ist es noch. Es ist recht traurig, wenn man sieht, wie in einzelnen Häusern die Leute zusammengedrückt sind. Vater, Mutter und Schlafbrüder, alles zusammen in der Küche mit zwei Kindern!“

Das war für unsere Hausagrarier, die immer und immer wieder das Lob ihrer Wohnungen singen, zu viel. Und daß es nun gar noch ein Arzt, der einige Hundert Mark für seine Tätigkeit als Schularzt von der Gemeinde bezieht, gewagt hatte, solche Wahrheiten öffentlich auszusprechen, das durfte nicht ungerade bleiben. Der Gemeindevorsteher Fischer hing der Sache die Schelle um und interpellierte in der Gemeindevertretersitzung vom letzten Freitag den Amts- und Gemeindevorsteher mit einem großen Aufwand von sittlicher Entrüstung. Er verlangte, daß der Arzt amtlich aufgefordert werde, den Beweis für seine „ungeheuerlichen Behauptungen“ zu erbringen. Daß Herr Fischer von einigen Mitgliedern der Hausbesitzermehrheit wirksam unterstützt wurde, ist selbstverständlich. Bürgermeister Kuhrow antwortete, daß ihm amtlich von solchen Mißständen nichts bekannt sei; er bezweifle auch deren Vorhandensein, da die hauptpolizeiliche Aufsicht sehr streng ausgeübt werde. Im übrigen habe er sich mit Herrn Heidenhain in Verbindung gesetzt, und er habe aus dessen Ausführungen erinnet, daß er seine Behauptungen nicht aufrechterhalten könne. Man habe seinen Worten einen anderen Sinn untergelegt. Auch Schöffe Flemming gab die Erklärung ab, daß ihm gegenüber Herr Heidenhain unaufgefordert seine Behauptungen widerrufen habe. Demgegenüber erklärt Gemeindevorsteher Weinhausen, der als Vorsitzender des Mietervereins jene Versammlung geleitet hat, daß Herr Dr. Heidenhain in der Diskussion nach jenem Vortrage seine Ausführungen ausdrücklich aufrecht erhalten habe, es könne also nicht so hingestellt werden, als ob er sich um eine rednerische Entgeißelung handele. Deshalb bezweifle er auch, daß die gegenüber dem Herrn Gemeindevorsteher und Herrn Flemming abgegebene Erklärung im Sinne eines Widerrufs anzusehen wäre. Herr Weinhausen behauptet, im Besitze von Material zu sein, welches nicht nur das Vorhandensein der angeführten Mißstände bestätigt, sondern auch erweist, daß die Bau-polizei nicht so streng gehandhabt werde, wie immer behauptet wird. Bei einem Spaziergang von einigen Stunden in den Strohen unseres Ortes sei es einem seiner Freunde möglich gewesen, 20 Wohnungen zu ermitteln, die den bau-polizeilichen Vorschriften nicht entsprechen. Herr Kuhrow hat ihm das Material zu überlassen, er werde dann eine gewissenhafte Untersuchung veranlassen. Das Resultat der Interpellation war, daß Herr Fischer und seine Freunde als festgesetzt betrachteten, daß Herr Dr. Heidenhain seine Behauptungen widerrufen habe — folglich gibt es in Steglitz keine „ungläublichen Wohnungsverhältnisse“. — Herr Dr. Heidenhain wird nicht umhin können, öffentlich den Sinn seiner Ausführungen ausdrücklich festzustellen.

### Potsdam.

**Zugunsten der Ausgesperrten** in der Berliner Elektrizitätsindustrie haben die Potsdamer Maler, Maurer, Metallarbeiter, Handels- und Transportarbeiter entsprechende Unterstützungsresolutionen gefaßt resp. beschlossen, wöchentliche Extrabeiträge für die Opfer der kapitalistischen Gewaltherrschaft zu erheben. Die anderen Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen daselbe beschließen.

### Mariendorf.

**Der Wahlverein** für Mariendorf und Umgegend hielt bei Reichard seine Generalversammlung ab. Der Vorstand und die Funktionäre berichteten über die Tätigkeit im letzten Geschäftsjahre. Es fanden im letzten Halbjahre statt eine Generalversammlung, drei Mitgliederversammlungen, eine Raiberversammlung und elf Vorstandssitzungen. Diese wurden größtenteils durch die häufigen Verschiebungen, die gegen die Lokalliste von mehreren Mitgliedern begangen waren, veranlaßt. Ferner wurde eine Agitationstour veranlaßt, zu der sich die Genossen zahlreich zur Verfügung stellten. Die Mitgliederzahl beträgt 143 gegen 139 im Vorjahre. Der geringe Aufschwung ist auf die ungenügenden Lokalverhältnisse in unserem Orte zurückzuführen. Nach Verlesen verteilten sich die Mitglieder: Ungelernte Arbeiter 60, Maurer 23, Tischler 7, Klempner 6, Dreher 5, Schmiede und Zimmerer je 4, Bäcker, Buchdrucker, Heizer, Mechaniker und Schlosser je 3, Gastwirte und Köpfer je 2, Barbier, Bildhauer, Buchbinder, Zigarrenhändler, Pfiesenleger, Kaufleute, Maler, Modelistischer, Schriftföhrer, Silberarbeiter, Stukkateure, Tapezierer, Schuhmacher und Steinseher je 1. Die Einnahmen vom dritten und vierten Quartal betrugen 506,72 M. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von 126,91 M. An die Zentralkasse wurden 341,22 M. abgeliefert, somit bleibt ein Bestand von 38,80 M. am Ort. Aus der Bibliothek wurden von 125 Werken 45 in Gebrauch genommen. Der Bibliothekar ermahnte die Genossen, im Winter sich mehr mit dem Lesen zu beschäftigen. Der „Vorwärts“ hat 330 Abonnenten. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Zunahme eine ständige sein werde. Der Expediteur konnte einen Ueberfluß von 288 M. an den Kassierer überweisen. Der Kassierer beklagte, daß bei der letzten Revision alles in bester Ordnung gefunden wurde und stellte den Antrag, den Gesamtvorstand zu entlasten, was die Versammlung einstimmig beschloß. Die Wahl des neuen Vorstandes ging sehr schnell vor sich. Es wurde der alte Vorsitzende Genosse Reichard wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender Genosse Hempel, als Kassierer Hermann Lehmann, als erster Schriftföhrer Emil Wäcker, als Revisoren Hammüller und Spannberg gewählt. Bibliothekare wurden Konnig und Hanne-

müller. Als Sympathie-Kundgebung für den inhaftierten Genossen Grealich wurde folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß der Genosse Grealich nach wie vor das größte Vertrauen bei den hiesigen Parteigenossen besitzt. Sie verurteilt es ganz entschieden, daß der Genosse einer Demütigung zum Opfer gefallen ist. Der Vorsitzende ermahnte darauf die Genossen zur weiteren Agitation.

### Röpenitz.

**In Röpenitz** fand in der Angelegenheit der Aussperrung in der Elektrizitäts-Industrie ebenfalls eine Volksversammlung statt. Genosse Jacobsen schilderte unter großem Beifall die Entwicklung der Angelegenheit. In der Diskussion erzählte ein Heizer aus der Zentrale der Berliner Elektrizitätswerke, was alles den Streikbrechern an Schweinebraten, Bier und Zigarren versprochen worden sei; selbst Telegramme an die Frauen über das Befinden ihrer Ehemänner wollte man abgeben. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Wolf forderte die anwesenden Frauen auf, sich dem Frauen- und Mädchen-Bildungsverein anzuschließen.

**Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein** Röpenitz hält Mittwoch eine Versammlung ab, in der Herr Fischer über Erziehungs-kunst in der Familie sprechen wird.

**Das Gewerkschaftskartell** von Röpenitz veranstaltet wie in früheren Jahren so auch jetzt wieder Theaterabende, deren erster morgen, Donnerstag, 8 Uhr im Stadttheater, Hotel Ringeltaube, abgehalten wird. Es kommen drei Einakter von Hartleben zur Aufführung. Der Eintrittspreis für diese von tätigen Schauspielkräften veranstaltete Aufführung beträgt 40 Pf. Karten sind noch bei Kühne, Grünstraße 11, und Weber, Bahnhofstraße 15, zu haben.

### Neu-Babelsberg.

**Der Verband der deutschen Buchdrucker** ersucht um, folgendes aufzunehmen: Die am 7. Oktober d. J. stattgefundene Verammlung des Ortsvereins Neubabelsberg des Verbandes der deutschen Buchdrucker bittet, den Bericht von Rowates-Neuendorf in Nr. 238 dahin zu berichtigen, daß der Kollege Edmund Kilecki seinen Selbstmordversuch nicht in Ergebenheit zum Trunk vollführt hat, daß dagegen unbekante Motive demselben zugrunde liegen und der betreffende Kilecki stets seine Arbeit zur Zufriedenheit erledigt hat.

### Spandau.

**Das Spandauer Gewerkschaftskartell** macht bekannt, daß die zwei Volksversammlungen nicht bei Tegnow, Hakenfelde, sondern bei Kunte, Schönwalderstraße, und Köpnick, Pöhlendorferstraße, stattfinden, und zwar heute abend 8 1/2 Uhr.

## Berliner Nachrichten.

### Herbstwetter.

Wie griesgrämig die Menschen werden bei anhaltendem Regenwetter! Sie erzählen sich nicht umsonst so gern und so viel von der „schönen Bitterung“, sie fühlen, wie ihre Stimmung dadurch beeinflusst wird. Freilich, als geistreich gilt es nicht, vom Wetter zu reden, aber der Spott darüber ist billig geworden. Seit Ende September nichts wie trübe, nasse Tage, das wirkt niederdrückend auf jeden, der nicht gerade Regenschirme und Gummischuhe verkauft. Wie zum Joku blickt Frau Sonne gelegentlich um eine Wolkendecke, aber gleich darauf verschwindet sie wieder, um sich tagelang nicht sehen zu lassen. Die Armen empfinden ein solches Wetter als eine besondere Bürde, die ihnen aufgedrückt wird, aber die Reichen sind nicht minder unzufrieden darüber, obgleich sie weit weniger Grund dazu haben. Sie können auch die Poesie des Herbstes kosten, während für die Armen meist nur die Prosa übrig bleibt. Ein Spaziergang, froh und sorgenlos durch den herbstlichen Wald, wenn es auch stürmt und wehtert, ist ein Genuss. Das hat gefärbte Laub bietet ein prächtiges Farbenspiel, stimmungsvoll lagern sich die Nebel, der Kampf gegen Regen und Wind macht Vergnügen. — Unbegreiflich, daß die bösen Menschen in der Stadt so lästerlich darüber schimpfen. Diese Antischer, Dienstleute, Stadtreißende, Händler, Straßenarbeiter, Verkehrs- und Transportarbeiter, die Arbeiter auf Werkplätzen, Bauten, alle, die ihr Beruf auf die Straße wirkt, jammern, stöhnen und seufzen und fluchen; auch die Schutzmänner sehen ganz wehleidig aus und nehmen Teil an der Unzufriedenheit der Arbeiter. Da draußen vor'm Tor, beim Mühlgange, da ist der Herbst ganz anders als drinnen in der Stadt, wo er den Kampf um Dasein erschwert und stört. Hier stimmt das viele Regenwetter nicht bloß trübselig; es macht auch krank. Da blickt mancher kummervoll auf sein Schuhwerk und läuft mit nassen Füßen herum. Überall wird geklagt über Husten, Schnupfen, Reizen, Asthma und wie die Plagegeister alle heißen, die der Herbst wachruft. Treffen sich zwei Bekannte auf der Straße, dann sagt der eine zum Grube nur: „Ein Sauwetter!“ Und der andere antwortet zum Gegengrube mit kräftiger Betonung ebenso: „Ein Sauwetter!“ Eiland geht jeder und mißmutig seines Weges. Bedauernswerte Geschöpfe sind die Frauen mit ihren langen Kleidern, die sie häufig durch den Schmutz schleifen. Jeder Omnibus, jede Elektrische ist stark besetzt, und laufen muß mancher, der gern einen Nidel für die Fahrt geopfert hätte. Aber es kann ja nicht immer so bleiben, man hofft auf morgen und wieder auf morgen, bis endlich ein langer Sonnenblick sich zeigt und wie mit einem Zauberschlage auf Millionen Gesichtern wiederstrahlt. Man glaubt so gern, was man wünscht und wird so leicht enttäuscht. Die Hoffnung ist vergeblisch, — da kommen schon wieder dicke, schwere Wolken angejohoben, und Petrus, den viele Christen zu ihrem Regenhüter gemacht haben, öffnet von neuem alle Schleusen, — es ist Herbstwetter. Trotz alledem kann noch ein schöner Herbst werden. Nur einige sonnige Tage, und schnell sind die langen Regenwochen vergessen.

**Das Vertrauen zum Reichskongress.** In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Vorstandes des deutschen Städtetages, zu dem die Bürgermeister der bedeutendsten Städte Deutschlands gehören, wurde beschlossen, wegen der herrschenden Not und mangel-

elnes Eingreifen des landwirtschaftlichen Ministeriums eine Sonderdeputation der Oberbürgermeister von Berlin, Frankfurt a. M., München, Stuttgart und Straßburg (Eisach) an den Reichskanzler zu entsenden, um wegen der dringlich notwendigen Schritte in der Fleischfrage vorstellig zu werden. Es wurde diesem Beschlusse entsprechend sofort ein Telegramm an den Reichskanzler abgefaßt mit der Anfrage, wann Fürst Bülow diese Deputation des Städtetages empfangen wolle. — Die Bürgermeister, die vom Fürsten Bülow hoffen, daß er sich der Not des Volkes annehme, sind sehr naive Leute.

### „Reichsgläubner“ Gehlsen.

Der Schriftsteller Joachim Gehlsen in Charlottenburg stand gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II unter der Anklage der Verleumdung des Kreisarztes Medizinalrates Dr. Klein in Charlottenburg. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Dr. Jüngst verteidigt. Es handelt sich um einen Artikel in der „Stadtlaterne“, in welchem auf Grund mehrerer näher bezeichnete Fälle dem Dr. Klein schwere Vorwürfe nach der Richtung hin gemacht wurden, daß er seine Amtspflichten gröblich vernachlässigt habe, so daß er als „gemeingefährlich“ zu bezeichnen sei. Zum Termin war eine große Anzahl von Zeugen geladen, mit deren Hilfe der Angeklagte glaubt, den Wahrheitsbeweis für seine Beschuldigungen erbringen zu können. Er vertrat auch geltend den Standpunkt, daß in jedem der in Frage stehenden Fälle dem Medizinalrat Dr. Klein der Vorwurf der Pflichtvernachlässigung unbedingt gemacht werden müsse. In einer längeren Zeugnenerklärung wies Medizinalrat Dr. Klein alle Beschuldigungen teilweise sehr erregt zurück, behauptete, daß die Tatsachen in dem Artikel völlig entstellte seien und er in allen diesen Fällen durchaus nach seinen Pflichten, nach dem Gesetz und seinen Instruktionen gehandelt habe. Der Angeklagte behauptete das Gegenteil und beantragte weitere Verweigerung, insbesondere über das Verhalten des Zeugen bei dem bekannten Fall der Laboratorium-Weiß des Dr. Saase, der ohne besondere Vorsichtsmaßnahmen in das Charlottenburger Krankenhaus eingeliefert und dann nach der Charité gebracht worden sei. Auch diesen Fall suchte der Zeuge ausführlich aufzuklären und darzulegen, daß ihm jedenfalls kein Vorwurf irgend welcher Art zu machen sei. Er legte vielmehr ein seine Tätigkeit lobendes Anerkennungs schreiben des Ministers vor. Der Angeklagte wollte auch noch mehrere von ihm in der „Stadtlaterne“ veröffentlichte Briefe des Zeugen, die dieser vor 30 Jahren an seine Schwester geschrieben, zum Gegenstand der Verhandlung gemacht sehen, da aus diesen Briefen ungünstige Schlüsse aus dem Charakter des Zeugen zu ziehen seien. Der Gerichtshof setzte die Entscheidung darüber, ob die Weisensnahme und dieser Richtung hin auszudehnen sei, aus, da er aus einem anderen Grunde zur Verurteilung kam. Da der Angeklagte speziell in Sachen des Postfalles die Mäßigkeit der Behauptungen des Zeugen bekämpfte, hielt es der Gerichtshof für geboten, die Akten über diesen Fall von der zuständigen Behörde einzufordern und die daraus sich ergebenden Personen als Zeugen zu laden.

Die Bahnhofsgelöhne für Wagenladungsgüter in Sendungen von und nach der Zentralmarkthalle in Berlin wird, wie die Berliner Handelskammer erfuhr, mit Gültigkeit vom 1. Dezember d. J. ab von 2 auf 3 M. für jede Achse erhöht.

Der Geschäftsfreunde Arthur Kordes, der wegen des Raub-anfalles auf das Geschäftsfraulein Dreßler in der Hornborststraße verfolgt wurde, ist gestern früh 7 Uhr in Berlin festgenommen worden. Kordes sagte vor einigen Tagen zu einem Bekannten, daß er nach der Gegend von Löwenberg fahren wolle. Er fuhr auch wirklich am Donnerstagabend dorthin ab und nahm seine Geliebte mit. Nach mehrtägliger Ausenft in Löwenberg, Gransee und Neu-Ruppin ging ihm das Geld aus. Daher fuhr er mit Marie Siebert nach Berlin zurück und brachte diese bei Bekannten in Charlottenburg unter. Gestern früh kam er wieder zu dem Bekannten in der Hülffersstraße, der die Kriminalpolizei auf seine Reise in die Provinz aufmerksam gemacht hatte, und bat ihn um Geld, damit er mit seiner Geliebten ins Ausland reisen könne. Der Mann gab ihm jedoch nichts, sondern ließ ihn festnehmen. Vor der Kriminalpolizei legte Kordes sofort ein Geständnis ab. Der bisher unbestrafte junge Mensch sagte, er habe den Raubversuch nur aus übergroßer Liebe zu Marie Siebert unternommen. Er habe mit ihr auszuwandern wollen, um sie zu heiraten, der Raub sollte die Mittel dazu liefern. Den Vorgang schildert Kordes so, wie er von ihm schon dargestellt wurde. Er sah auf dem Petersburger Platz, bis Fraulein Dreßler, die er dem Namen und Aussehen nach, nicht aber persönlich kannte, heran kam. Den Namen Voigt nahm er an, weil er wußte, daß ein Mann dieses Namens früher in dem Hause der Hornborststraße gewohnt hatte. Schon vor der Ausführung habe er das verbrecherische Unternehmen bereit. Nur um an dem Mädchen vorbeizukommen, habe er es nochmals geschlagen. Dann habe er einer Frau, die ihm begegnete, gesagt, oben liege ein Mädchen, das einen Kluturz bekommen habe. Diese Darstellung ist wohl nicht mehr als eine Andrede, wenn Kordes auch jetzt Reue bekundet. Seine Behauptung, daß Marie Siebert von seiner Tat erst aus den Zeitungen erfahren habe, erscheint sehr zweifelhaft.

Selbsterkenntnis ist der Weg zur Besserung. Die „Staatsbürger-Zeitung“ teilt mit: „Mit dem heutigen Tage übernimmt Herr Dr. Ernst Wachler, früher Chefredakteur der Weimarschen Zeitung“, die Chefredaktion der „Staatsbürger-Zeitung“. Im Einklang mit unserer programmatischen Erklärung vom 30. September wird Herr Dr. Wachler sich angelegen sein lassen, die Zeitung zu einem nationalen Tagesblatt vornehmen Stils auszubauen.“

Damit gibt auch die „Staatsbürger-Zeitung“ die nun einmal oft-kundige Tatsache zu, daß sie bisher kein Tagesblatt vornehmen Stils war. Aber was nicht ist, kann noch werden, wenn's einem auch schwer fällt.

Vom guten Ton in der bürgerlichen Presse. Der Ueberblyantismus hat einige arbeiterfeindliche Blätter aus dem Häuschen gebracht. Sonntag veröffentlichten wir einen so leidenschaftslos und sachlich wie nur denkbar gehaltenen Bericht über die Sitzung der städtischen Deputation, die sich mit der Angelegenheit eines Beschlusses zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars zu befassen hatte. Diesen Bericht benutzte das Städtische „Reich“ u. a. zu dem Ausfall, daß die Wahl unseres Parteigenossen Singer in die Deputation ein Schimpf für Berlin sei und die „Tägliche Rundschau“ spricht von einer „sozialdemokratischen Unanständigkeit“ und von „Aupöbelien der Genossen“. — Und diese staatsfeindliche Gesellschaft hat den traurigen Mut, über sozialdemokratische Heiße zu jammern!

Benutzung des Telefons durch Fremde. Gastwirte, Kolonialwarenhandler usw., welche Fernsprechanruf haben und Pauschalgebühren bezahlen, erheben, wie aus Befragungen, die in letzter Zeit bei der Oberpostdirektion eingegangen sind, hervorgeht, für Benutzung des Fernsprechers durch Fremde bei Ortsgesprächen fünf, bei Vorortgesprächen 20 Pf. Verschiedentlich haben auch Geschäftsleute Fettel mit Angabe dieser Gebühren neben dem Fernsprechapparat angeheftet. — Die Pauschalgebühren bezahlenden Fernsprechteilnehmer dürfen jedoch, wie besonders hervorzuheben ist, für die Benutzung des Telefons durch andere Personen sich Einzelgespräche nicht bezahlen lassen. Bei Verletzung dieser Bestimmung ist die Oberpostdirektion berechtigt, dem betreffenden Teilnehmer die Verbindung abzuschneiden. Dieses Recht steht der Postverwaltung auch zu, wenn die Erhebung einer Einzelgesprächsgebühr von dem Fernsprechteilnehmer durch ein neben dem Apparat befindliches Plakat angeündigt wird. Dagegen hat der Angeklagte, der sein Telefon der Rundschau zur Verfügung stellt, das Recht, die Benutzung des Fernsprechers einem Fremden zu verweigern, falls sich dieser nicht zum Kaufe eines bestimmten Quantum Ware verpflichtet. Diejenigen Fernsprechteilnehmer, welche Einzelgespräche bezahlen, sind dagegen berechtigt, sich die Gebühr für das geteilte Gespräch erheben zu lassen.

Zur Choleraepidemie. Auch der zweite in Stolpe an der Nordbahn erkrankte, unter Choleraverdacht eingelieferte ungarische Arbeiter ist nunmehr in der Parade in Oranienburg gestorben. Die bakteriologische Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, die bisherigen Feststellungen waren ergebnislos. Bei den unter Beobachtung gestellten Personen sind Erkrankungsfälle bisher nicht eingetreten. Bei dem in Rathenow erkrankten Arbeiter Warden hat sich der Choleraverdacht nicht bestätigt. W. befindet sich außer Lebensgefahr und auf dem Wege der Besserung.

Choleraepidemie und Abstinenz. Während die Temperenzler sonst nicht müde werden, die Gefahren des Alkohols in den grellsten Farben zu schildern, haben die in ihrer Existenz bedrohten Branerereien und Großdestillateure jetzt den Spieß umgedreht. Sie erklären in ihren Versammlungen und Hochblättern, namentlich im Hinblick auf die Choleraepidemie, den Genuß von Selterwasser und Limonaden, sowie sonstigen alkoholfreien Getränken für in hohem Grade gesundheitsgefährlich und fordern die Polizeibehörde allen Ernstes auf, eine amtliche Warnung vor dem Genuß dieser Getränke zu erlassen. Begründet wird dies Erfuchen mit dem Hinweis darauf, daß die Gärung des Wasser von allen schädlichen Keimen befreit, während dies bei den alkoholfreien Getränken nicht der Fall, zumal viele zumeist aus unsterilisiertem Wasser zubereitet werden und ihre Herstellung keiner strengen polizeilichen Kontrolle unterliegt. Die zuckerhaltigen Limonaden sollen in Cholerazeiten besonders schädlich wirken. Dies Vorgehen der Alkoholinteressenten hat in den Kreisen der Abstinenzler, noch mehr aber in denen der Mineralwasser- und Limonaden-Fabrikanten große Entrüstung hervorgerufen und Protestkundgebungen veranlaßt.

Schwindel beim vornehmsten Sport. In letzter Zeit häuften sich die Fälle, in denen Automobillisten falsche, ihnen nicht gehörige Nummern für ihre Wagen benutzen, und es ist auch bereits beobachtet worden, daß manche Automobilfahrer Doppelnummern führen, um auf der Chaussee eine Umwechslung der Kontrollnummern vorzunehmen. Von den Regierungspräsidenten sind zur Steuerung des gefährlichen Unfuges die Anweisungen ergangen, gegen die Übertreter der Bestimmungen auf das Entschiedenste vorzugehen. In allen Fällen, in denen sich Automobilisten falscher Nummern bedienen, werden, sobald sichere Feststellungen gemacht sind, die Nummern in den Amtsblättern veröffentlicht und die Polizeibeamten sind angewiesen, vorkommendenfalls die Automobilisten anzuhalten und ihre Personalien festzustellen.

Ein Kindesmord im Eisenbahnzug beschäftigt außer anderen Behörden auch die hiesige Kriminalpolizei. In der Nacht zum Sonntag wurde aus einem Einwandererzuge, der von Hamburg kam, auf der Station Medden in der Nähe von Stendal ein neugeborenes Kind vom Fenster hinausgeworfen. Es wurde festgehalten, daß das Kind gelebt hat und an den Folgen dieser Behandlung gestorben ist. Die hiesige Kriminalpolizei stellt jetzt Nachforschungen in Ansehung an, um vielleicht dort die grausame Mutter zu ermitteln.

Die Bestie im Menschen. Einen furchtlichen Antritt gab es Montag nachmittag in dem Hause Wrennstr. 131. Hier wohnt seit 15 Jahren der 60 Jahre alte Schuhmacher Robert Großhoff, der in der letzten Zeit mit seiner 63jährigen Frau Zeitungen austrug, im vierten Stock des Seitenflügels. Großhoff ist, so lange er nichtern bleibt, ein anständiger, ruhiger Mensch, in der Trunkenheit aber wird er zum Tier. Im vergangenen Jahre stürzte er sich in einem Anfälle von Delirium von der Gertrudenbrücke in den Kanal, wurde aber gerettet und lag vier Wochen im Krankenhaus. Als er am Montag nachmittag um 1 Uhr betrunken nach Hause kam, empfing ihn seine Frau mit dem Verurtheilten: „Aber Robert, du bist ja wieder betrunken!“ Sofort wollte er sie fassen, griff aber mit der rechten Hand den schadhafte Rand einer Porzellanlampe, die sie trug, und ritz sich einen Finger blutig. In der Trunkenheit glaubte er nun, seine Frau habe ihn mit einem Messer in den Finger gestochen. Während wollte er über sie herfallen, aber es gelang ihr noch, sich seinem Angriff durch die Flucht zu einer Hausgenossin zu entziehen. Nach einigen Stunden lehrte Frau Großhoff in ihre Wohnung zurück, weil sie glaubte, ihr Mann werde sich wieder beruhigt haben. Hierin täuschte sie sich jedoch. Er gab ihr sofort einen Stoß, daß sie die Treppe nach dem dritten Stock hinunter fiel und dort auf dem Abgang bewußlos liegen blieb. Auf den Hilferufen, den sie im Fallen noch aushohe konnte, eilten Hausgenossen herbei und brachten sie mit einer Droßke nach der Rettungswache in der Kastanienallee, die sie dem Lazarettkrankenhaus zuführte, dort liegt die Frau, die sich eine 5 Zentimeter lange klaffende Schädelwunde zugezogen hat und viel Blut verlor, bedenklich danieder. Dienstag vormittag war sie noch bewusstungslos.

Beim Einbruch abgefaßt wurde der 23jährige Schlosser Albert Vogt in der Straußbergerstr. 11. Er öffnete mit einem Nachschlüssel die Hintertür zum Kleidergeschäft von Rathenow, trat aber auf eine bewegliche Treppentstufe, die ein elektrisches Läutewerk in Tätigkeit setzt. Aus tiefem Schlaf erwaucht, eilte der Geschäftsmann an das Vorderfenster und rief nach der Straße um Hilfe. Ein Schutzmann hörte ihn, eilte herbei und nahm den Einbrecher fest. Vogt behauptet, er habe lediglich für sich selbst einen neuen Anzug holen wollen, weil sein alter gar zu schlecht geworden sei.

Schon wieder ist Tempelhof von einem großen Brande heimgegesucht worden. Am Dienstagnachmittag um 4 Uhr stand das Wohnhaus Dorfstraße 49 in Flammen. Es ist das ein altes dreistöckiges Gebäude von geräumiger Ausdehnung, umgeben von einem schönen alten Garten. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon an verschiedenen Stellen aus dem Dache empor. Mit unheimlicher Schnelligkeit griffen die Flammen um sich, und als die Wehren aus Tempelhof, Schöneberg, Mariendorf, Wris, Nixdorf usw. an der Brandstelle erschienen, war der Dachstuhl nicht mehr zu retten; er bildete ein Flammenmeer. Die Tempelhofer Wehr, unterstützt von einem Dampfstrahlzug der Schöneberger Feuerweh, nahm sechs Schlauchleitungen vor und gab kräftig Wasser. Die alarmierte Berliner Feuerweh entsandte den 11. Dampfstrahlzug unter Brandmeister v. d. Borck. Den vereinten Anstrengungen gelang es schließlich, nach mehrstündiger Tätigkeit die Flammen zu löschen. Die Entstehung des Feuers, das weithin sichtbar war, ist nicht ermittelt. Der Schaden ist ganz bedeutend. Die Mieter werden wahrscheinlich das Haus, das bedeutenden Wasserschaden erlitten hat, räumen müssen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Schöneberger Wehr ist es zu verdanken, daß das Feuer keine größere Ausdehnung erlangt hat.

Zum Besen der Ausgesperrten veranstaltet der Schauspielklub „Abalga“ Donnerstag eine Vorstellung in Wernau's Kesseln, Schwedterstr. 23. Billetts à 20 Pf. sind zu haben bei L. Bartel, Regierstr. 6, v. IV., und A. Tiedemann, Gutfeststr. 15, v. III. Abendkasse findet nicht statt. Zur Aufführung gelangt: „So sind sie alle“. Anfang 8 Uhr.

Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee schreibt uns: Zu der Jahresversammlung des wissenschaftlich-humanitären Komitees, welche am vergangenen Sonntag und Sonntag im Hotel Prinz Albert stattfand, hatten sich circa 300 objektiv Interessierte aus allen Teilen Deutschlands eingefunden. In seiner Begrüßungsansprache wandte sich der Vorsitzende Dr. Magnus Hirschfeld scharf gegen die Jelenen in den Stilllebensvereinen, welche nicht nur die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst, sondern auch die Freiheit der Persönlichkeit in ihren ureigensten Rechten zu knebeln trachten und dadurch, daß sie die Aufklärung auf sexuellem Gebiet verhindern, in erster Linie mit für das zurzeit herrschende Geschlechtsbedend verantwortlich gemacht werden müßten. Den Hauptvortrag hielt Dr. med. Ernst Wurchard über die Stellungnahme der Homosexuellen in ihrem Freiheitskampf, in welchem er besonders dafür entrat, daß die Homosexuellen in höherem Maße als bisher, auch ohne in Konflikt geraten zu sein, sich ihren Angehörigen, Hausärzten etc., anzuvertrauen sollten. Sonntag vormittag fand die geschäftliche Sitzung statt; aus dem Jahresbericht war ein

stetes Anwachsen der Bewegung ersichtlich. Vom 1. Januar bis 1. Oktober 1905 wurden allein über 18 000 M. für die Aufklärungsarbeit verausgabt. Die Petition bezugs Wänderung des § 175 R.-Str.-G.-B. soll weiter verhandelt werden, ferner sind Vorträge in den Provinzen in Aussicht genommen, welche Dr. med. Wurchard halten wird. Die Anträge wegen Fortsetzung der Statistik über die Anzahl der Homosexuellen wurden einer statistischen Kommission überwiesen. In der Nachmittags-sitzung sprach Dr. med. Hirschfeld über die Wissenschaft, davon ausgehend, daß sich erst in neuerer Zeit auch die Wissenschaft eingehender mit dem Liebesproblem beschäftigt, welches bisher als eine Domäne der Kunst angesehen wurde, legte er die Beziehungen zwischen Geschlechtstrieb, Liebe, erotischer und nicht erotischer Anziehung auseinander.

Treptow-Sternwarte. Mittwochabend 8 Uhr findet ein Vortrag des Herrn Ingenieur Rahariss über: Die wirklichen Grundlagen elektrischer und magnetischer Erscheinungen unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder statt.

## Vermischtes.

Aus Jena meldet uns eine Privatdepesche: Großes Auffsehen erregte am Dienstag die sofortige Entlassung zweier Angestellten eines Betriebes der optischen Anstalt von Zeiss. Die im Glaswerk der Firma beschäftigt gewesen Leute wurden entlassen, nachdem sie bei dem Versuch, wichtige Geschäftsgeheimnisse zu verraten, ertappt worden waren.

Ueber ein schweres Schiffsunglück wird aus Budapest berichtet: Dienstag nacht stieß auf der Donau unter der Elisabethbrücke ein Schleppdampfer der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft mit einer Stromab fahrenden Fille zusammen, auf der sich 20 Personen, Bauern und Bäuerinnen befanden, die Obst zum Verkaufe hierher brachten. Die Fille, die unbeleuchtet war, wurde mitten entzweit geschnitten und sank mit ihrer Besatzung. Drei Personen sind tot, sieben sehr schwer verletzt aus dem Wasser gezogen worden, die übrigen wurden noch vermisst. Sie dürften untergegangen sein. — Von den bei dem Schiffszusammenstoß verunglückten Obstfrauen sind noch zwei schwer verletzt geborgen worden; acht, die noch vermisst werden, sind wahrscheinlich ertrunken. Der Kapitän und zwei Steuerleute des Schleppdampfers sind verhaftet worden, da sie nach der Aussage von Zeugen, die von dem Schiffschiff gegebenen Laternen-signale nicht beobachtet haben sollen.

Die schweren Nordseejürme der letzten Tage haben großen Schaden angerichtet. In Kurhaden ist eine ganze Anzahl namentlich schwedischer, dänischer und russischer Seeschiffe wegen schwerer Schäden eingeschleppt worden. Bei Vorkum treibt ein großes, aneinander von der Mannschaft verlassenes Schiff. Ein Schleppdampfer ist daraufhin sofort nach den Vorkumer Gewässern abgegangen. Bei der Insel Wangeroog ist ein Schiff gestrandet. Der Seeschlepper „Simson“ befindet sich mit einem weiteren Boot unterwegs nach der Elbe. Von der Hochseefischerflotte fehlt zur Stunde noch jede Nachricht, während des Unwetters befanden sich acht Fischerfahrzeuge auf See. Der Flensburger Dampfer „Gratie“ hat auf der Reise von Riga nach Amsterdam beide Masten und die Decklast verloren. Die „Trigg“ wurde durch Sturzseen led geschlagen und hatte bereits zwei Meter Wasser, als es gelang, die aus acht Personen bestehende Mannschaft zu retten. Auf der Rettungsstelle Hirtsgals wurden nachts Notzeichen bemerkt. Ein ausgeandetes Boot fand eine norwegische Bark auf Grund in sehr gefährlichem Wasser. Kaum war die Mannschaft geborgen, als die Bark von der See vollständig zertrümmert wurde und versank. Der Nordweststurm hatte in der Nordsee die Stärke 10. Der Amerikadampfer „Pretoria“, der nach Kugabon unterwegs war, mußte stundenlang bedrehten und traf mit zwanzigstündiger Verspätung ein.

Gegen die Heilsarmee werden jetzt auch in England die gleichen Klagen wie in Deutschland erhoben. Die „Times“ veröffentlicht heute einen Brief von einem ihrer Abonnenten, worin der Heilsarmee Sensation gemacht vorgeworfen wird, ohne die man sich kaum um sie kümmern würde. Anstatt kostspielige Automobiltouren und Gedächtnisfundgebungen für unklare Offiziere im „Himmel“ zu veranstalten, solle „General“ Booth lieber seinen armen verhungerten Offizieren und Gefolglichen helfen, die noch nicht im Himmel sind, sondern Höllequalen unter Rot und Hunger leiden. Der Schreiber des Briefes, Mr. David L. Lumsden, führt dann zwei besonders krasse Fälle an. Ein Mann, der 14 Jahre lang Offizier in der Heilsarmee gewesen war, ein gediegener Charakter, mußte den Dienst verlassen, da er unter den ihm aufgebürdeten Lasten zusammenbrach. Während seiner Dienstzeit hatte er ein Gehalt von vier bis fünf Schilling wöchentlich bezogen. Er steht jetzt vor dem Verhungern. Die Heilsarmee lehnt es ab ihm zu helfen. Ein anderer bedauernswürdiger Mann, der verheiratet ist, Frau und drei Kinder hat, wurde, nachdem er ebenfalls 14 Jahre für einen Hungerlohn in der Heilsarmee gearbeitet hatte, entlassen, um die Ausgaben zu ernähren. Der Mann war vor 14 Jahren in die Heilsarmee aufgenommen worden, wo er seine Tätigkeit mit Holzhanden begann. Jetzt nach 14 Jahren wirft man ihn in schlimmerer Lage als in welcher er sich damals befand auf die Straße. Mr. Lumsden sagt, weitere Mitteilungen ständen zur Verfügung und bittet um Unterstützung für die beiden Leute.

Nehtausend Meter hoch. Aus Calcutta, 15. September, wird geschrieben: Am 1. d. M. war die kleine Gesellschaft, die versuchen wollte, den 8580 Meter hohen Kanchinjunga (Kanjanjunga) zu ersteigen, der Spitze schon ziemlich nahe gekommen, sie hoffte in spätesten zwei Tagen das Ziel zu erreichen. Die drei Reisenden Guillardmond, Nishi und Pache hatten sich mit den drei eingeborenen Begleitern untereinander durch Seile verbunden. Da wurden sie beim Aufstieg von einer Lawine niedergeworfen und 250 Meter in die Tiefe gestürzt. Pache fand mit den drei Eingeborenen dabei den Tod, während Nishi und Guillardmond gerettet werden konnten. Die Unternehmung ist also mißlungen, weitere Versuche werden jetzt nicht gemacht, die Ueberlebenden sind bereits auf dem Rückwege nach Darshiling. So hat sich also unser nächst dem Mount Everest höchster Gipfel der Erde abermals als unbefleglich erklärt.

Treber-Schmidt. Der ehemalige Direktor der Kaffeler Treberrodung Adolf Schmidt ist nach Verbüßung seiner Strafe aus dem Zuchthaus wieder entlassen worden. Schmidt war durch Urteil des Schwurgerichts vom 7. Juli 1903 wegen betrügerischen Bankrotts und Betruges zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus und Geldbuße von 3000 M. oder im Nichtverbreitungsfall zu weiteren 300 Tagen Zuchthaus und in die Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Von der erkannten Strafe waren jedoch acht Monate durch die Untersuchungshaft als verübt erachtet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-71 pr. 100 Pfund, Ha 58-63, IIIa 52-57, IVa 43-50, Kalbfleisch Ia 88-93, Ha 75-85, IIIa 62-72, Hammelfleisch Ia 66-76, Ha 52-64, Schweinefleisch 68-75, Rotmilch Eiland 40-46 Pf., Hefen Eiland 2,80-3,00, Klein 1,25-2,50, Kaninchen Eiland 50-80 Pf., Krammetbrägel 17-22 Pf., Rebhühner, junge Ia 1,00 bis 1,20, junge IIa 0,80-0,90, junge kleine 0,80-0,90, alte Ia 0,70-0,80, alte IIa 0,60-0,80, Hühner, alte 1,40-1,50, junge 0,80-1,10 das Stück, Tauben, junge 0,35-0,50, alte 0,60-0,90, Enten, junge 1,20-2,50, Gänse, junge Ia 3,50-4,20, IIa 2,50-3,00 per Stück, Ia 0,55-0,60, IIa 0,30-0,52 per Pfund, Gänse 92-102 Pf., Schafe 100 Pf., Kalb, groß 00-00, mittel 00-00 Pf., Kälber 00-00 Pf., Karpen 00-00, Raubf 00-00, Schellfische 00-00, Hämmer 28 Pf., pro 100 Pfund, Schottische Vögelinge (gefäßen) 96-98 Pf., Kacke, kleine, Schaf 00-00, unfortiert 00-00, Eier, Schaf 00-50, Butter pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108, Kariolein pr. 100 Pf., rote 1,00-2,00, Rosen 1,50-1,75, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,50-1,75, Schillinghölz pr. Schaf 4,00-7,00, Weißholz 4,00-6,00, Rothholz 1,00-3,00, Saure Gurken, neue Schaf 2,-.